

47. Sitzung

am Dienstag, dem 4. Mai 2010, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 3891

Geburtstagswünsche für den Abgeordneten
Heinrich Rudrof 3891

Erklärung
zum 65. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager in Dachau und Flossenbürg

Präsidentin Barbara Stamm..... 3891

Ministerbefragung gem. § 73 GeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion
"Bayern auf der Standspur - jetzt endlich Elektromobilität in Fahrt bringen!"

Markus Rinderspacher (SPD)..... 3892 3895
Staatsminister Martin Zeil..... 3893 3895 3896
3897 3898 3899 3900
Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 3896 3900
Thorsten Glauber (FW)..... 3897
Tobias Reiß (CSU)..... 3898
Tobias Thalhammer (FDP)..... 3898
Markus Blume (CSU)..... 3899

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
"Schluss mit der Übertrittsauselese von zehnjährigen Kindern - individuell fördern statt aussortieren"

Thomas Gehring (GRÜNE)..... 3901
Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU)..... 3902
Martin Güll (SPD)..... 3905
Eva Gottstein (FW)..... 3906
Renate Will (FDP)..... 3908 3909
Berthold Rüth (CSU)..... 3909 3910
Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle..... 3910

Gesetzentwurf der Abgeordneten
Gerhard Wägemann, Georg Eisenreich, Peter Schmid u. a. (CSU),
Thomas Hacker, Julika Sandt, Brigitte Meyer u. a. (FDP)
zur Änderung des Gesetzes über den Bayerischen Landessportbeirat (Drs. 16/4688)
- Erste Lesung -

Verweisung in den Bildungsausschuss..... 3912

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und weiterer Vorschriften (Drs. 16/4707)
- Erste Lesung -

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle..... 3912
Martin Güll (SPD)..... 3913
Walter Taubeneder (CSU)..... 3915 3916
Simone Tolle (GRÜNE)..... 3916
Eva Gottstein (FW)..... 3916
Thomas Gehring (GRÜNE)..... 3917
Renate Will (FDP)..... 3918 3919
Staatssekretär Dr. Marcel Huber..... 3919

Verweisung in den Bildungsausschuss..... 3920

Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Beschluss..... 3920

Antrag der Abgeordneten Otto Zeitler, Christian Meißner, Martin Bachhuber u. a. (CSU)

Führen von Fahrzeugen des Katastrophenschutzes bis 7,5 t (Drs. 16/3337)

Beschlussempfehlung (Drs. 16/4461)

Otto Zeitler (CSU).....	3920
Reinhold Perlak (SPD).....	3921 3922
Alexander Muthmann (FW).....	3922
Susanna Tausendfreund (GRÜNE).....	3922
Jörg Rohde (FDP).....	3923
Staatsminister Joachim Herrmann.....	3924
Beschluss.....	3925

Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Reinhold Perlak u. a. (SPD)

Zukunft der Feuerweherschulen (Drs. 16/3068)

Beschlussempfehlung (Drs. 16/4598)

und

Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Reinhold Perlak u. a. (SPD)

Feuerwehr (I)

Förderung des besonderen Ehrenamts bei der Feuerwehr (Drs. 16/3069)

Beschlussempfehlung (Drs. 16/4599)

und

Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Reinhold Perlak u. a. (SPD)

Feuerwehr (II)

Anpassung der Förderrichtlinie 2010 (Drs. 16/3070)

Beschlussempfehlung (Drs. 16/4600)

Inge Aures (SPD).....	3925
Josef Zellmeier (CSU).....	3926
Bernhard Pohl (FW).....	3928 3929
Susanna Tausendfreund (GRÜNE).....	3929
Dr. Andreas Fischer (FDP).....	3931
Staatssekretär Gerhard Eck.....	3932

Beschluss en bloc..... 3933

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sozialbericht ernst nehmen! - Pflegenotstand in der Altenpflege verhindern (Drs. 16/2768)

Beschlussempfehlung (Drs. 16/4657)

Renate Ackermann (GRÜNE).....	3933 3937
Petra Dettenhöfer (CSU).....	3934
Angelika Weikert (SPD).....	3934
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW).....	3935 3936
Brigitte Meyer (FDP).....	3936 3937
Staatssekretär Markus Sackmann.....	3937 3938

Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 2)..... 3938

Schluss der Sitzung..... 3939

(Beginn: 14.05 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 47. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie wurde wie immer vorab erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch einen Geburtstagsglückwunsch aussprechen. Am 24. April feierte Herr Kollege Heinrich Rudrof einen halbrunden Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlichen Glückwunsch vonseiten des Hohen Hauses, gute Gesundheit und weiterhin ein fröhliches Schaffen und viel Erfolg.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor wenigen Tagen jährte sich zum 65. Mal die Befreiung der Konzentrationslager in Flossenbürg und in Dachau. Am 23. April 1945 befreiten amerikanische Truppen die 1.500 verbliebenen schwerkranken Häftlinge in Flossenbürg. Sechs Tage später erlebten dann auch die 32.000 Überlebenden in Dachau das Ende von Hunger, Erniedrigung, Folter und Todesangst.

Einer von ihnen war der in München geborene französische Historiker Joseph Rovin. Er beschrieb später in seinem Buch "Geschichten aus Dachau" die überwältigende Freude, als plötzlich am Nachmittag ein Jeep in dem nun weit geöffneten Eingangstor des Konzentrationslagers stand. Mit bewegenden Worten gibt Rovin seine Empfindungen wieder, als ihm und seinen Kameraden endlich die Freiheit geschenkt wurde. Ich zitiere:

Jetzt, da es keinen Grund mehr gab, Angst zu haben, spürte ich eine große Leere in mir, eine abgrundtiefe Erschöpfung, aus der ich, wie mir schien, nie mehr würde auftauchen können. Ich ließ den Lärm, die Freudenschreie, den Trubel, das Stöhnen der Kranken und das Röcheln der Sterbenden hinter mir, begab mich in die Kapelle und ließ mich in der Dunkelheit nieder, die mir im Licht einiger weniger Kerzen noch undurchdringlicher schien. Ich setzte mich und atmete langsam durch, um meinen Herzschlag zu beruhigen. Ich glaube nicht, dass ich wirklich gebetet habe, ich habe auch an nichts Bestimmtes gedacht. Ich lauschte einfach in die Stille hinein, die nach und nach die Leere durchdrang. Es war wie ein kurzer Augenblick der Gnade.

Beim Lesen dieser Worte können wir vielleicht etwas von dem erahnen, was die Befreiung damals für die

Häftlinge bedeutet haben muss. Je länger jedoch die Gräueltaten zurückliegen, die sich in den Jahren zuvor hinter den Mauern und Zäunen der Konzentrationslager ereignet haben, umso mehr drohen sie aus dem Blick zu verschwinden. Gerade deshalb müssen wir jedem einzelnen Opfer sein Gesicht und seinen Namen zurückgeben, damit die Erinnerung an ihr Schicksal nicht in Vergessenheit gerät. Auch wir im Bayerischen Landtag leisten dazu auf verschiedene Weise unseren Beitrag.

Ich darf Ihnen einige Beispiele nennen: Seit drei Jahren erinnern eine Gedenktafel und eine umfassende Dokumentation im Kreuzgang an die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die 1933 im Bayerischen Landtag mutig gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben und durch das NS-Regime verfolgt und in Konzentrationslagern gequält wurden.

Neben dem Gedenkplatz - ich gehe davon aus, dass Sie es schon gesehen haben - steht heute und an den kommenden drei Tagen das Kunstwerk "Die goldene Stahlblume". Es ist ein Symbol der Bitte um Vergebung, eine Ehrenbezeugung für die ermordeten unschuldigen Menschen, aber auch ein Zeichen der Versöhnung und des Neubeginns. Die Schöpferin dieses eindrucksvollen Exponats ist die Künstlerin Barbara Alfen, die ich auf der Besuchertribüne ganz, ganz herzlich begrüßen darf. Verehrte Frau Alfen, ich danke Ihnen sehr, sehr herzlich, dass Sie dem Bayerischen Landtag Ihr Kunstwerk vorübergehend zur Verfügung stellen. Herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Des Weiteren werde ich übermorgen eine Gruppe ehemaliger Häftlinge des Konzentrationslagers Dachau im Landtag zu einem Empfang begrüßen. Diese Geste ist mir besonders wichtig; denn ich meine, es gehört sich, dass das oberste Verfassungsorgan den letzten Augenzeugen von damals seine Achtung und seinen Respekt erweist.

Ich habe unlängst in einem Gespräch mit dem Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, Herrn Kollegen Karl Freller, sowie Vertretern der bayerischen KZ-Gedenkstätten erörtert, wie wir künftig die Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar gestalten wollen. Wir waren uns in dem Gespräch einig, dass wir die Gedenkfeiern in Zukunft gemeinsam mit der Stiftung durchführen wollen, und wir werden uns überlegen, wie wir dabei auch die Gedenkstätten besser mit einbeziehen können.

Die Stiftung hat - wie Sie wissen - die KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg übernommen und pflegt sie als Mahnmale gegen das Vergessen, als Orte des Er-

innerns und Gedenkens, aber auch als Lernorte, besonders für unsere junge Generation. Es ist uns ganz besonders wichtig, dass vor allem die jungen Menschen erfahren, wie es damals tatsächlich war, damit sie nicht heute auf die verführerischen Parolen von extremistischen Gruppen hereinfallen. Wir wollen und müssen die Erinnerung an das Geschehen bewahren, aber nicht nur bewahren, sondern auch weitergeben. Das schulden wir unseren Kindern und Enkeln, damit sie das Grauen der Vergangenheit nicht noch einmal erleben müssen.

Wir schulden es aber auch den Überlebenden von damals. Einer von ihnen ist Herr Jack Terry, der Sprecher des Internationalen Flossenbürg Komitees, den wir 2009 mit der Verfassungsmedaille in Silber ausgezeichnet haben. Wie sehr für ihn das Vergangene immer noch präsent ist, hat er einmal so ausgedrückt:

Als ich zum 50. Jahrestag der Befreiung nach Flossenbürg zurückkehrte, träumte ich in der ersten Nacht hier von meinem Vater. Das heißt, das alles begleitet einen immer. Wenn ich deshalb davon spreche, dass das Konzentrationslager Flossenbürg befreit wurde, achte ich sehr darauf, nicht zu sagen, dass *ich* befreit wurde. Weil ich niemals von den Erfahrungen und den Verlusten befreit werden kann. Sie sind immer gegenwärtig.

In diesem Sinne darf ich Sie nun bitten, sich zum ehrenden Gedenken an die Menschen, die der Willkür und der Gewalt des Nationalsozialismus zum Opfer gefallen sind, und zu Ehren der Überlebenden zu einer Schweigeminute von Ihren Plätzen zu erheben. - Ich danke Ihnen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Ministerbefragung gem. § 73 GeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"Bayern auf der Standspur - jetzt endlich Elektromobilität in Fahrt bringen!"

Die vorschlagsberechtigte SPD-Fraktion hat als Thema für die heutige Ministerbefragung das Thema "Bayern auf der Standspur - jetzt endlich Elektromobilität in Fahrt bringen" benannt. Zuständig für die Beantwortung ist der Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie. Herr Staatsminister, vielen Dank, Sie sind schon an das Rednerpult getreten. Ich darf für die erste Frage dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Rinderspacher, das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister! Im Jahr 2008 wurden in Bayern von 6,8 Millionen Fahrzeugen gerade einmal 24 Pkw mit

Elektroantrieb angemeldet. Vergangenes Jahr waren es gerade einmal 27. Ich denke, diese Zahlen machen deutlich: Bayern steht in Sachen Elektromobilität absolut auf der Standspur. Herr Staatsminister, würden Sie mir recht geben, dass die Staatsregierung die rasante Entwicklung in den vergangenen Jahren, insbesondere in den Jahren 2007 und 2008, geradezu verschlafen hat und Sie als neuer Wirtschaftsminister auf diesem Feld geradezu bei null anfangen mussten?

Diese Zahlen machen auch deutlich, dass es vor diesem Hintergrund fast schon vermessen ist, wenn im Jahr 2020 200.000 E-Mobile auf Bayerns Straßen unterwegs sein sollen. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Politik zu wenig tut und die notwendigen Rahmenbedingungen nicht schafft. Ich denke - darüber gibt es wohl auch hier im Plenum Einigkeit -, dass das E-Mobil Zukunft hat. Sein volles Potenzial für den Klimaschutz entfaltet das Elektrofahrzeug bei der Verwendung von Strom aus regenerativen Energiequellen. Unser Ziel muss annähernd das Null-Emissions-Fahrzeug sein, das mit Strom aus regenerativen Energiequellen angetrieben wird.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Erwin Huber hat Ihnen in den letzten Tagen sinngemäß vorgeworfen, Sie seien derjenige gewesen, der die aktuelle Entwicklung gewissermaßen verschlafen habe. Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich dem nicht zwangsläufig widersprechen möchte. Ich erkenne aber auch, dass Herr Huber es in der Hand gehabt hätte, in den vergangenen Jahren all das in Gang zu setzen, was er jetzt fordert, nämlich einen Masterplan mit konkreten Etappenschritten, mit entsprechenden Maßnahmenpaketen sowie einem Beauftragten für Elektromobilität.

Die politische Antriebslosigkeit in Sachen Elektromobilität scheint mir auch bei Ihnen als Mitglied der gegenwärtigen Staatsregierung augenscheinlich. Gerade einmal 5 Millionen Euro hat die Staatsregierung im Haushalt des vergangenen Jahres etatisiert. Das ist überaus mager. Denken wir an China: 1 Milliarde an Förderungen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das wissen Sie nur, weil Sie dabei waren!)

- Das weiß ich dank unseres Besuchs, Herr Ministerpräsident.

Denken Sie an die USA: 2,4 Milliarden an Förderungen. Aber auch im bundesdeutschen Vergleich sind die Maßnahmen bescheiden. Im Nachbarland Baden-Württemberg wird die Elektromobilität mit 15 Millionen Euro gefördert, und Herzstück ist hier die Landesagentur Elektromobilität. Dabei werden Aktivitäten und För-

dermaßnahmen besser verzahnt. Sind Sie bereit, eine Landesagentur nach dem Modell von Baden-Württemberg auch in Bayern zu installieren?

Herr Minister, gestern gab es gewissermaßen symbolhaft ein Zeichen, wie es um die Elektromobilität in Bayern steht. Es gab den Spatenstich, verbunden mit einer Pressemitteilung Ihrer Seite, in Erlangen. Dort wurde ein Erweiterungsbau des Fraunhofer-Instituts von Ihnen eröffnet. Sie haben das als Beitrag zum Ausbau des Forschungsschwerpunkts Elektromobilität gefeiert.

Der Herr Minister mit dem Spaten in der Hand - so sieht das in Bayern aus -, und anderswo Elektroautos, die bereits serienmäßig von den Bändern laufen. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD)

In der Diskussion stehen aktuell Markteinführungsprämien; in China 6.500 Euro, in Frankreich wird ein Bonus von 5.000 Euro bezahlt. Wird es in Bayern solche Prämien geben?

Wird sich die Staatsregierung dafür einsetzen, dass auf E-Mobile keine Kfz-Steuer erhoben wird? Welche Anreize im Verkehrsrecht schweben Ihnen vor, auch wenn diese in der Gesamtschau vielleicht von geringer Relevanz sind? Ich denke an die bevorzugte Nutzung von Busspuren und kostenloses Parken in Innenstädten. In Frankreich wurde die Anschaffung von 100.000 Elektrofahrzeugen bis 2015 durch staatliche und private Unternehmen beschlossen. Wird der Freistaat einen Anteil seines Fuhrparks auf E-Mobile umstellen? Ab wann und in welcher Größenordnung?

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Kollege Rinderspacher, Ihre Frage gibt mir Gelegenheit, Sie sozusagen ganz frisch und aktuell über die Beschlüsse des Kabinetts zu unterrichten. Ich bin der Opposition natürlich sehr dankbar, dass das damit ermöglicht wird.

Ich will auch sagen, dass vieles durchaus auch schon vor meiner Amtszeit auf den Weg gebracht worden ist. Aber da ist vielleicht der eine oder andere auch noch mehr in der Wahrnehmung seiner eigenen Tätigkeit befangen. Ich will betonen, diese Staatsregierung hat, seit sie im Amt ist, diesem Thema allerhöchste Priorität beigemessen. Ich kann heute feststellen, Bayern ist nicht auf der Standspur, sondern seit Langem und verstärkt in den letzten eineinhalb Jahren auf der Überholspur in Sachen Elektromobilität.

(Beifall bei der FDP - Lachen bei der SPD - Zurufe von der SPD)

Ich darf übrigens daran erinnern, dass es die FDP-Bundestagsfraktion war, die im November 2008 bei der damaligen schwarz-roten Bundesregierung bessere Rahmenbedingungen für die Förderung von Elektrofahrzeugen gefordert hat. Die Frage ist immer, wer hier was vorangetrieben und wer blockiert hat.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Die Aktivitäten der bayerischen Fahrzeughersteller sprechen für sich. Die Automobilindustrie ist eine der wichtigsten Exportbranchen der deutschen und bayerischen Wirtschaft. Deutschland hat - das ist auch der Wille der Bundesregierung - das Zeug dazu, um auf dem Markt für Elektromobilität zu bestehen. Dieses Ziel wird von der Staatsregierung nachhaltig unterstützt und durch eigene Initiativen ergänzt.

Audi, BMW und MAN arbeiten gemeinsam mit ihren Zulieferern mit Hochdruck an der Entwicklung von Fahrzeugen mit Elektro- und Hybridantrieb. Audi entwickelt in einem eigens gegründeten Projekthaus ein integriertes Konzept für elektrische Antriebe im Fahrzeug. Das Förderprojekt wird unter der Bezeichnung "ePerformance" vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit 22 Millionen Euro unterstützt und bindet Institute aus Forschung und Industrie ein, unter anderem natürlich die TU München und die Fraunhofer-Gesellschaft mit ihren hohen Kompetenzen.

BMW setzt im Rahmen des "project i" ebenfalls auf eine ganzheitliche Betrachtung des Fahrzeugs. Das "project i" ist ein F&E-Projekt, mit dem neue Beförderungsstrategien und Fahrzeugarchitekturen für den weltweiten Einsatz in den weiter wachsenden Megacities entwickelt werden sollen. Der auch in München im Praxistest eingesetzte Mini-E ist ein erstes Produkt dieses Projekts. Ein weiterer Schwerpunkt liegt für BMW auf dem Einsatz von Leichtbauwerkstoffen, insbesondere der Carbonfaser. Die MAN Nutzfahrzeuge AG startet noch im Sommer 2010 einen europaweiten Kundeneinsatz mit emissionsarmen Hybrid-Bustypen im ÖPNV in Ergänzung zu den heutigen Bustypen.

Diese enormen Anstrengungen - deswegen wollte ich das ganz konkret machen - der bayerischen Hersteller sind natürlich auch auf die positiven Rahmenbedingungen zurückzuführen, die die Unternehmen im Freistaat vorfinden. Im Interesse der bayerischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesen Unternehmen möchte ich die mit dem Titel der heutigen Ministerbefragung verbindbare Unterstellung, die bayerischen Unternehmen würden die Elektromobilität verschlafen, in aller Deutlichkeit zurückweisen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Christa Naaß (SPD): Die Staatsregierung hat verschlafen!)

Die Staatsregierung hat die Zukunftsinitiative "Elektromobilität" mit einem Expertengespräch bereits im Mai 2009 in Nürnberg gestartet. Seit 1. August 2009 können über das bayerische Förderprogramm "Elektromobilität" die Forschung, Entwicklung und Erprobung von Elektrofahrzeugen bzw. hierzu notwendige Teilsysteme und Komponenten unterstützt werden. Für die Jahre 2009 und 2010 stehen insgesamt 5 Millionen Euro zur Verfügung. Herr Kollege Rinderspacher, natürlich hätte sich der bayerische Wirtschaftsminister hier mehr gewünscht. Aber Sie alle wissen, dass wir uns im Rahmen der Haushaltslage bewegen müssen. Im Übrigen hat der gestrige Tag in Berlin ergeben, dass es jetzt nicht so sehr an F&E-Mitteln innerhalb der Industrie mangelt, sondern dass wir die verschiedenen Aktivitäten besser aufeinander abstimmen und vernetzen müssen und dass es auch viel zu früh wäre, jetzt schon wieder von Prämien zu sprechen, zumal ich auch davor warne, meine Damen und Herren: Nicht die Politik weiß, was die beste Zukunftstechnologie ist. Das ist immer schon schiefgegangen. Wir brauchen einen breiten Förderansatz und Rahmenbedingungen, damit sich diese Zukunftstechnologie entwickeln kann.

(Beifall bei der FDP)

Damit das möglich ist, haben wir das Fraunhofer-Institut für Integrierte Systeme und Bauelementetechnologie in Erlangen mit insgesamt 10 Millionen Euro ausgebaut. Sie haben freundlicherweise den Spatenstich schon erwähnt. Das ist halt unsere Art: Wir reden nicht, meine Damen und Herren, wir handeln.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

Für den Wissenschaftstransfer von der Hochschule in die industrielle Praxis wird mit 9 Millionen Euro ein bayerisches Technologiezentrum für elektrische Antriebstechnik in Nürnberg errichtet. Es sind auch unsere Clusteraktivitäten zu erwähnen. Mit der Federführung von mir beauftragt ist der Cluster Automotive, der alle verbundenen Cluster einbezieht. Der Cluster Automotive vernetzt sich darüber hinaus mit anderen europäischen Automotive-Clustern und -Regionen und hat mit anderen ein europäisches Projekt initiiert, für das die EU eine Förderzusage ausgesprochen hat.

Mit dem Finanzvolumen von 24 Millionen Euro, das wir hier ausgeben, stehen wir auch im Vergleich mit anderen Bundesländern sehr gut da.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Baden-Württemberg!)

- Baden-Württemberg, Herr Kollege, gibt etwa 15 Millionen Euro aus.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

- Ich sagte doch, dass Bayern 24 Millionen Euro ausgibt. Sie müssen die Dinge schon zusammenzählen. Ich sage Ihnen auch noch einmal als Ergebnis des gestrigen Tages, Herr Kollege: Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in einen substanzlosen Aktionismus verfallen. Die Aktivitäten, die wir in Bayern haben, mit einer exzellenten Wissenschaft auf dem Gebiet - ich erwähne nur die wichtige Batterie- und Speichertechnologie -, mit der angewandten Forschung und hervorragenden Unternehmen, übrigens auch im Mittelstand, die führend sind - meine Damen und Herren, denken Sie beispielsweise an ZF Sachs in Schweinfurt -, finden dank der Förderung der Bayerischen Staatsregierung statt. Ich bin der Auffassung, dass diese Zahlen für sich sprechen.

Wir haben heute im Kabinett vereinbart, dass wir verschiedene Dinge, auch Rahmenbedingungen, die Sie, Herr Kollege Rinderspacher, angesprochen haben, angehen, auch solche, die sich auf bundespolitischem Gebiet abspielen wie beispielsweise das Thema Kfz-Steuer, also die Frage, ob man die Steuerbefreiung über die fünf Jahre hinaus verlängern soll, bis hin zu ganz praktischen Dingen wie Standspuren und Busspuren, auf denen wir Elektrofahrzeugen einen Vorzug geben wollen. Das muss alles in ein Paket.

Lassen Sie mich abschließend noch sagen, dass es Modellregionen gibt. Wir haben zwei in Bayern: die Metropolregion München und das Allgäu. Ich gebe zu, der Genehmigungsprozess seitens des Bundes im letzten Jahr war etwas holprig. Ich hatte zum Beispiel versucht, ein interessantes Projekt aus dem Bereich Nürnberg im persönlichen Kontakt mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister in den Genehmigungsprozess zu bringen. Jetzt sind es also das Allgäu und München. Diese Dinge müssen wir vorantreiben, müssen sie erst einmal auswerten und begleiten, bevor wir schon wieder alles zu wissen glauben. Dazu müssen wir unsere Initiativen in Richtung eines Leitmarkts Elektromobilität vorantreiben. Hierfür bietet auch der nationale Aktionsplan der Bundesregierung eine sehr gute Grundlage, auch die Verabredungen, die gestern getroffen wurden. Wir in Bayern sind entsprechend unserem Anspruch ganz vorne mit dabei.

Sie haben China und Japan angesprochen. Ich sage mal, natürlich würden wir uns gerne mit den finanziellen Fördermöglichkeiten von China vergleichen. Aber ich finde, es ist schon einmal ein gutes Zeichen, dass Bayern mit seinen Möglichkeiten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ganz vorne ist. Wir sind gewillt, diese Spitzenstellung auszubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Christa Naaß (SPD): Mit 24 Autos ganz vorn!)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - -

(Markus Rinderspacher (SPD): Erst die Nachfrage!)

- Gut, 27 Sekunden noch. Bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Frau Präsidentin! Der Herr Minister hat es eben angesprochen: Modellregion. Der Ministerpräsident hat in China noch eine weitere Modellregion in Bayern ins Gespräch gebracht, wohl wissend, dass es bereits München gibt und bundesweit acht Modellregionen, gefördert mit 115 Millionen Euro. Was hat den Ministerpräsidenten dazu veranlasst, eine weitere Modellregion ins Gespräch zu bringen, und wäre es denn nicht sinnvoller, alle Kräfte zu bündeln und auf eine Modellregion zu konzentrieren?

Letzte Frage: Ist es richtig, dass die Programmkoordination des Nationalen Entwicklungsplans Elektromobilität in den Händen des Bundesverkehrsministers Ramsauer liegt? Nun hat Herr Kollege Huber moniert, dass das Bundesverkehrsministerium bundesweit Förderbescheide über 100 Millionen Euro erlassen habe und kein einziger Cent nach Bayern gegangen sei.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Hört, hört!)

Jetzt frage ich mich: Wer hat dieses Versäumnis zu verantworten? Ist es Verkehrsminister Ramsauer, ist es Ihr Vorgänger, Herr Huber,

(Lachen des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

oder sind es Sie selbst?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Ich darf zum Thema Modellregion zunächst sagen: Der Ministerpräsident ist, wie Sie offensichtlich auch, unter dem Eindruck seines Besuchs in China gestanden,

(Christa Naaß (SPD): Wie meinen Sie das? - Dr. Thomas Beyer (SPD): Nur kein Neid!)

der sehr erfolgreich war und für den ich ihm auch im Namen der Bayerischen Staatsregierung sehr herzlich danke.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wenn wir auf Reisen sind, weitet sich auch der Blick aufs eigene Land. Insofern finde ich den Vorschlag sehr gut, dass wir Überlegungen anstellen sollten betreffend die Strukturen, die wir jetzt in der Modellregion haben - wir haben jetzt mit München ein großstädtisches Gebiet und mit dem Allgäu ein ländliches Gebiet. Die Idee ist, übrigens nicht nur für die Elektromobilität, sondern auch insgesamt für das Thema regenerative Energien und Selbstversorgung, zu prüfen - und das werden wir in unserer Arbeitsgruppe tun -,

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das haben wir beschlossen! - Christa Naaß (SPD): Geprüft oder beschlossen?)

wie wir eine kleinere Stadt mit etwa 10.000 Einwohnern in einen Modellversuch einbeziehen. Ich finde diese Idee hervorragend, und wir werden diese Dinge weiter gemeinsam prüfen.

Ich kann es, wie gesagt, nur begrüßen - das ist auch bei Ihnen, Herr Kollege Rinderspacher, der Fall -, dass Sie so viele wichtige Eindrücke auch für Ihre Tätigkeit hier in Bayern von Ihrer Auslandsreise mitgebracht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Ich muss die weitere Frage noch beantworten, wenn Sie gestatten, Frau Präsidentin.

Präsidentin Barbara Stamm: Natürlich. Entschuldigung.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Die zweite Frage richtete sich auf die Mittelvergabe. Es ist in der Tat so, dass für die Mittelvergabe das Bundesverkehrsministerium zuständig ist. Wir haben, seit ich im Amt bin, in regem Kontakt bezüglich der beiden Modellregionen gestanden, die letztlich erfolgreich waren. Mir wäre es lieber gewesen, wir hätten noch mehr zustande gebracht; dafür hatten wir uns eingesetzt. Ich bin ganz sicher, dass auch die neue Konstellation in Berlin - so neu ist sie jetzt gar nicht mehr - hilfreich ist, dass wir nach dem, was gestern verabredet wurde, noch mehr Aktivitäten nach Bayern holen. Wir stehen dabei nicht auf dem Bremspedal - da können Sie ganz sicher sein -, sondern so wie ich gestern bei der Fahrt eines Hybridfahrzeugs natürlich in aller Regel auf dem Gaspedal. Nur wenn es um die Ecke geht, muss man auf die Bremse treten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Dr. Thomas Goppel (CSU): Wenn's linksrum geht!)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt spricht für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Herr Minister, es scheint, dass endlich die Automobilindustrie und die Bayerische Staatsregierung erkannt haben, dass der Automobilverkehr auf der Basis der fossilen Brennstoffe keine Zukunft mehr hat. Das wird auch bei Ihrem Statement klipp und klar. Es ist eigentlich notwendig, dass es schneller geht, wenn man bedenkt, dass man in Bayern schon einiges verschlafen hat. Wenn wir die CO₂-Emissionen aus dem Verkehr von 1990 mit den heutigen vergleichen, müssen wir feststellen, dass wir keinerlei Fortschritt erzielt haben. Das heißt, in den letzten 20 Jahren ist der CO₂-Ausstoß durch den Verkehr gleich geblieben und nicht reduziert worden.

Zweifelsohne wird die E-Mobilität in der Zukunft zu einem wichtigen Bereich in der Mobilität werden. Die Frage ist eher, wie man dorthin kommt. Da muss man schon feststellen, dass die bayerische Automobilindustrie nicht gerade an der Spitze der Entwicklung steht, sondern in den letzten Jahren die Entwicklung eher verschlafen hat und jetzt verzweifelt aufzuholen versucht, während die anderen schon weiter sind.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf Folgendes hinweisen: Vor 20 Jahren bereits hatten wir in Deutschland eine Debatte über E-Mobilität, vor acht Jahren eine große Debatte zum Thema wasserstoffbetriebene Fahrzeuge. Das war in dieser Zeit eine Art Modewelle. Was ist daraus geworden? Das hat kaum dazu beigetragen, den Fuhrpark in Deutschland zu ändern - ich habe es vorhin erwähnt: Die CO₂-Emissionen sind in dieser Zeit gleich geblieben.

Daher frage ich die Staatsregierung: Welches CO₂-Reduzierungsziel streben Sie im Verkehrsbereich bis 2020 an? Zur Erinnerung: Aktuell liegt der CO₂-Ausstoß bei 25 Millionen Tonnen.

Des Weiteren würde mich interessieren, welchen Bereich die E-Mobilität ausmachen soll und was in anderen Verkehrsbereichen an Einsparung, zum Beispiel durch den Ausbau des ÖPNV angestrebt ist. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie sich vorhin gegen eine direkte Bezuschussung des Kaufs von E-Mobilen ausgesprochen. Würden Sie mir zustimmen, dass es eigentlich der bessere Weg wäre, eindeutige und klare Rahmenbedingungen, zum Beispiel strengere CO₂-Grenzwerte pro Kilometer, einzuführen, um dadurch einen Wettbewerb um die beste Technologie zu entfachen, ohne sich komplett auf batteriebetriebene Fahrzeuge festzulegen?

Ein weiteres Thema würde mich interessieren. Ich habe heute der Zeitung entnommen, dass Umweltminister Söder einen Einsatz der E-Mobilität eher im Ballungsraum sieht. Würden Sie mir zustimmen, dass umgekehrt die E-Mobilität im ländlichen Raum als Zubringer zum ÖPNV dienen könnte? - Also mehr der ländliche Raum, wo man mit dem ÖPNV faktisch nicht in die Fläche kommt, statt der Ballungsräume, die Umweltminister Söder in den Vordergrund stellt, wo durch den Ausbau des ÖPNV einiges erreicht werden kann.

Die letzte Frage: Sieht die Staatsregierung bei der Einführung oder Unterstützung der E-Mobilität denn nicht auch die Notwendigkeit, das Nutzerverhalten und das Anspruchsdenken in der Mobilität zu ändern, zumal man den Anspruch, möglichst das größte und schnellste Auto zu fahren, mit dieser Technik so schnell nicht befriedigen kann?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Vielen Dank, Herr Kollege Hartmann, für diese wichtigen Fragen. Ich will aber noch einmal sagen, wir sollten es uns nicht immer so einfach machen. Das CO₂ macht bekanntlich vor Staatsgrenzen nicht halt. Insofern hatten von 1998 bis 2005 auch Sie und Ihre Freunde Gelegenheit, massiv gegenzusteuern. Deswegen will ich noch einmal sagen: Es ist wahr, wir alle müssen uns da noch sehr viel mehr anstrengen. Das will ich überhaupt nicht leugnen. Ich will nur sagen, wir sollten das Thema nicht immer so einfach in die parteipolitische Schublade stecken.

Ich gebe Ihnen völlig recht - das will ich unterstreichen -, dass wir hier einen ganz breiten Förderansatz brauchen. Ich stimme Ihnen zu, dass wir uns jetzt nicht wieder in eine bestimmte Subjektförderung, in Prämien begeben sollten. Vielmehr sollten wir an den Rahmenbedingungen arbeiten durch Anreize, wie Sie auch sagen. Deswegen ist die CO₂-basierte Kraftfahrzeugsteuer im Prinzip auch der richtige Weg, und wir müssen gemeinsam daran arbeiten, dass wir das auch europaweit umsetzen können. Insofern müssen wir auch an die Ausdehnung von Steuerbefreiungen, an Reichweitenverlängerungen und an die Ausgabe von grünen Kennzeichen denken. Ich habe den Modellversuch von MAN mit den Nutzfahrzeugen und den Bussen in den Städten bereits erwähnt. Wir haben beispielsweise auch unser Busförderungsprogramm speziell ökologisch ausgestaltet, um diese Dinge voranzubringen. Das gilt natürlich auch für das Thema Straßenverkehrsrecht und anderes, was Sie angesprochen haben.

Zum Reduktionsziel kann ich Ihnen nur sagen: Natürlich muss man sich da Ziele setzen. Deutschland hat sich ein Ziel gesetzt, und auch Bayern hat sich Ziele gesetzt, was die erneuerbaren Energien angeht und die Reduktion von CO₂. Wir sollten uns allerdings solche Ziele setzen und sie lieber übererfüllen, als uns selbst ständig neue Benchmarks zu geben, die wir dann nicht einhalten. Wichtig ist, zu versuchen, diese Dinge zu realisieren. Beim ganzen Thema CO₂-Ausstoß hoffe ich immer noch auf den Beistand der GRÜNEN und darauf, sie von der friedlichen Nutzung der Kernenergie in diesem Zusammenhang überzeugen zu können.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Niemals! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

- Das gehört mit dazu; denn wir müssen auch über die Ökobilanz insgesamt sprechen.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig! - Zurufe von den GRÜNEN)

Übrigens, Herr Kollege Hartmann, ist gestern verabredet worden, dass bis zum Jahre 2020 mindestens eine Million Elektrofahrzeuge auf deutschen Straßen rollen sollen. Wir haben den Ehrgeiz, dass davon so viele wie möglich in Bayern fahren. Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel, das mit allen Beteiligten verabredet ist, und wir sollten daran arbeiten, dieses Ziel auch wirklich zu erreichen.

Sie haben dann noch Ausführungen zum Thema Ballungsraum/ländlicher Raum gemacht. Dazu haben wir - so habe ich Kollege Söder verstanden - eine Reichweitendiskussion hinsichtlich der Elektromobilität. Selbstverständlich schließt die Anwendung im Ballungsraum die Anwendung im ländlichen Raum nicht aus, das zeigen auch die Modelle. Insofern brauchen wir tatsächlich einen breiten Ansatz, und da habe ich das Allgäu schon erwähnt. Ich glaube, auch da sind wir auf gutem Wege.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich hoffe, dass ich fast alle Ihre Fragen habe beantworten können. Ich lade Sie herzlich ein, sich in diese interministerielle Arbeitsgruppe, die wir heute beschlossen haben, einzubringen. Sie ist offen für alle Anregungen von allen Seiten. Ich glaube, Sie könnten uns in dieser Gruppe sehr konstruktiv mit Ihren Vorschlägen begleiten.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP) - Zurufe von den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt der Kollege Glauber für die Fraktion der Freien Wähler. Bitte schön, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FW): Herr Minister, es ist natürlich spannend, wenn Sie sagen, Sie wollten eine schnelle Markteinführung der Elektromobilität. Sie meinen, eine solche schnelle Markteinführung könnte man beispielsweise mit der Einführung grüner Kennzeichen oder durch Hinweisschilder auf Stromladestationen erreichen. Das fänden Sie noch besser. Ich glaube nicht, dass wir mit solchen Maßnahmen mit Ländern konkurrieren können, die die Einführung finanziell fördern. So fördert Monaco beispielsweise die Markteinführung mit 8.000 Euro, Dänemark gibt 3.000 Euro, Großbritannien 5.800 Euro, Portugal 4.500 Euro usw. Herr Kollege Rinderspacher hat auch schon Japan angesprochen mit 10.000 Euro. Ich glaube, wir müssen uns viel konkreter mit dem Thema der Elektromobilität befassen.

Meine erste Frage geht nun dahin, wie Sie die so wichtige Speicherforschung in den nächsten Jahren finanziell ausstatten wollen. Dazu würde ich gerne konkrete Zahlen erfahren.

Nächster Punkt. Ganz wichtig in der Elektromobilität ist die Frage des intelligenten Netzes. Wenn wir regenerative Energien nutzen wollen - deren Förderung wird auf Bundesebene bei der Fotovoltaik zusehends beschnitten -, ist es wichtig, solche intelligenten Netze zu haben. Meine Frage geht dahin, wie Sie auf Bundesebene bzw. europäischer Ebene einheitliche Standards in der Elektromobilität erreichen wollen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister!

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Bezüglich der Speichertechnologie gibt es bereits gute Förderansätze, ob es sich nun um München handelt, Nürnberg/Erlangen oder Würzburg. Überall da gibt es Einrichtungen von hohem Rang, die wir weiter fördern wollen. Da haben Kollege Heubisch und ich bereits einiges auf den Weg gebracht. Und das geht weiter. Sie tun immer so, als stünden wir da am Anfang. Entsprechende Einrichtungen sind durchaus vorhanden. Ich nehme zum Beispiel ein Projekt an der TU München, die UnternehmerTUM Energy, wo es bereits jetzt einen fachübergreifenden Forschungs- und Ausbildungsschwerpunkt gibt.

An der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt laufen gerade auch in der Batterietechnologie sehr interessante Projekte, und die Hochschule für angewandte Wissenschaften in Kempten ist federführend in dem vom Bund geförderten Forschungsprojekt eE-Tour Allgäu. All diese Dinge laufen.

Im Übrigen sind wir beide beauftragt, im Rahmen unserer Initiative "Aufbruch Bayern" Projekte zum Thema Innovation zu verifizieren und massiv auszubauen. Ich freue mich da auch auf Ihre Unterstützung im Rahmen der Haushaltsberatungen.

Im Übrigen wissen wir, dass wir gerade in der Speicher- und Batterietechnologie - das gilt übrigens für ganz Deutschland - sehr aufpassen müssen, um nicht zurückzufallen. Es sind genügend Kompetenzen da, wenn es auch gilt, diese noch besser zu vernetzen. Aber ich bin sehr zuversichtlich, dass wir an das anknüpfen können, was wir bereits haben. Und wo es notwendig ist, werden wir selbstverständlich auch noch ein Zusätzliches tun.

Am Schluss haben Sie auch noch die Prämien angesprochen. In Antwort auf die Fragen des Kollegen Hartmann habe ich eben versucht, deutlich zu machen, dass wir als Politiker jetzt nicht den Fehler begehen sollten, lediglich auf eine ganz bestimmte Antriebstechnologie zu setzen. Die Dinge sind da sehr im Fluss. Gerade in der Hybridtechnologie gibt es eine ganze Bandbreite unterschiedlicher Lösungen. Das bestätigt mich in meiner Meinung, dass wir hier einen sehr breiten Ansatz brauchen, und da ist uns nicht mit Kaufprämien geholfen.

Ich darf Sie noch einmal an die gestrige Diskussion erinnern. Die vielen nachdenklichen Stimmen, die heute in der Presse zu lesen sind, haben doch bestätigt, dass dies der falsche Weg wäre. Wir müssen sehen, wie wir unsere Technologievorsprünge, die in der bayerischen und deutschen Automobilindustrie vorhanden sind, gezielt auf den Märkten ausbauen.

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion dem Kollegen Reiß das Wort erteilen.

Tobias Reiß (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Minister, ich komme auf die Frage der Vernetzung zurück. Das Kabinett hat heute in der Fünf-Punkte-Strategie beschlossen, neue Schwerpunkte im Bereich der Cluster-Offensive, insbesondere beim Cluster Automotive zu setzen. Wir wissen allerdings alle - das hat sich bei der Diskussion jetzt noch einmal herausgestellt -, dass das Thema ein clusterübergreifendes, ein branchenübergreifendes Thema ist, und es ist vor allem auch ein energiepolitisches Thema.

Wir setzen alle große Hoffnungen darauf, dass uns für die Mobilität in der Zukunft auch Speichermöglichkeiten für den Strom aus Wind und Sonne zur Verfügung stehen werden. Meine Frage geht dahin, welche konkreten clusterübergreifenden, branchenübergreifenden Maßnahmen hier angedacht sind. Es gibt die Cluster Leistungselektronik und Energietechnik. Wie kommen wir

hier zu einer stärkeren Vernetzung, und wie schaffen wir es, dass die Wertschöpfung, die wir uns in der Elektromobilität versprechen, überwiegend und vorrangig in Bayern stattfindet?

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister!

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege, Sie haben schon auf die Vielschichtigkeit des Themas abgehoben. Dementsprechend ist auch eine Vielzahl von bayerischen Clustern mit diesem Thema befasst. Gemäß meinem Auftrag liegt aber die Federführung ganz klar bei dem Cluster Automotive, der die Cluster Bahntechnik, Chemie, Energietechnik, Leistungselektronik, Mechatronik, Automation und, sehr wichtig, auch neue Werkstoffe ganz eng einbindet. Wir haben hier zunächst einmal bereits eine sehr stabile Plattform. Dennoch haben wir das von mir schon erwähnte Projekt ENEVATE mit zehn weiteren Projektpartnern ausgearbeitet, das Anfang dieses Jahres genehmigt wurde. Mit diesem Projekt wird auch die Entwicklung nachhaltiger Mobilitätskonzepte vorangetrieben. Vor allen Dingen wird die Transparenz und Zusammenarbeit in Europa beschleunigt. In einem weiteren Schritt wollen wir dann die Partnerregionen identifizieren und die Entwicklung, die Begleitung und den Erfahrungsaustausch aus den verschiedenen Modellregionen zusammentragen. Der Qualifizierungsbedarf wird auch im Rahmen dieses Projekts ermittelt; Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen werden erarbeitet.

Das Cluster Automotive, das auch der Identifizierung geeigneter bayerischer, nationaler und europäischer Förderprogramme dient, begleitet auch die Projektpartner, unterstützt und berät bei der Entwicklung von Projektskizzen und übernimmt auf Wunsch auch das Projektmanagement. Uns ist wichtig, dass wir im Rahmen dieses Clusters - das haben wir heute noch einmal festgehalten - auch einen Kompetenzatlas erstellen, in dem wir ganz klar sichtbar machen, welche großen Kompetenzen auf diesem Gebiet wir überall in Bayern, bis hinein in kleine mittelständische Betriebe haben, um dieses Netzwerk noch aufzufächern. Hier wurde zwar sehr viel gute Vorarbeit geleistet, aber Sie haben recht: Da muss noch stärker fokussiert werden. Das geschieht; das haben wir heute ausdrücklich auf den Weg gebracht.

Präsidentin Barbara Stamm: Danke, Herr Staatsminister. Nun darf ich Herrn Kollegen Thalhammer für die FDP das Wort erteilen.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Staatsminister, Sie wissen, dass Ihre Fraktion es sehr begrüßt, dass Sie sich immer ganz klar zu den Zukunftschancen bekennen und sich generell sehr für innovative Ansätze einsetzen, in diesem Fall sehr stark für die Elektromobilität.

Sie setzen dabei ein ganz klares Zeichen, indem Sie eine Arbeitsgruppe über die Ministeriumsgrenzen hinweg ins Leben rufen. Dabei haben Sie zugesichert, dass wir unsere Vorschläge gerne einbringen können.

(Zahlreiche Zurufe von den GRÜNEN - Unruhe)

Können Sie schon verraten, welche Schwerpunktthemen in der Arbeitsgruppe verfolgt werden sollen, die unter Ihrem Vorsitz tätig sein wird?

(Zurufe von den GRÜNEN: Aha! - Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Ich verstehe gar nicht, was Sie an der Frage stört.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Sie haben offenbar gar kein so großes Interesse an konkreten Auskünften. Herr Kollege Thalhammer, wir haben heute darüber ausführlich im Kabinett gesprochen und gesagt, dass es bei der Bündelung der Aktivitäten, die wir in der Wissenschaft und Forschung schon haben, bei den Gesprächen mit den Energiekonzernen und natürlich auch mit den Automobilherstellern wichtig ist, dass auch die Politik hier sehr viel vernetzter denkt. Deswegen ist es sinnvoll, dass wir die vielfältigen Zuständigkeiten in den Geschäftsbereichen Wirtschaft, Technologie, Wissenschaft, Umwelt, Inneres und, sehr wichtig, Finanzen sowie Landwirtschaft bündeln. Daher wird diese Arbeitsgruppe die Fragen und Maßnahmen, die Herr Kollege Glauber vorhin etwas geringschätzig abgetan hat, nämlich das ganze Bündel an Markteinführungsmaßnahmen prüfen, weil wir dann gegenüber dem Bund initiativ werden müssen. Herr Kollege Glauber hat ganz bewusst ein paar kleinteilige Maßnahmen herausgefischt, aber es sind natürlich eine ganze Menge umfassender Maßnahmen dabei, die gerade auch Kollege Söder mit eingebracht hat.

Uns ist auch ganz wichtig, dass wir in einem vernetzten Ansatz nicht nur über das ganze Thema Versorgungsstruktur und die ganze Logistik für diese Fahrzeuge reden, sondern dafür ganz konkrete Lösungsansätze erarbeiten. Wir wissen alle: Das schönste und beste Elektromobil nützt nichts, wenn man dafür nicht die notwendige Infrastruktur hat. Hierzu gibt es auch in anderen Ländern interessante Vorschläge. Wir wollen diese Vorschläge bewerten und uns auch überlegen, ob wir noch weitere Forschungsverbünde zu den Themen Batterieleichtbau und Brennstoffzelle über die jetzt vorhandenen Verbünde hinaus anstoßen. Sie finden also ein breites Feld an Vorschlägen und Aktivitäten vor. Ich

lade alle Mitglieder des Hohen Hauses ein, an dieser wichtigen Zukunftsaufgabe mitzuwirken.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. Jetzt darf ich Herrn Kollegen Blume für die CSU-Fraktion das Wort erteilen.

Markus Blume (CSU): Herr Minister, wir können feststellen, dass das Thema Elektromobilität tatsächlich in der Politik angekommen ist. Der Vollständigkeit der Debatte halber möchte ich noch nachschieben, dass einige der Maßnahmen, die heute diskutiert und von Ihnen eingebracht wurden, in der Tat schon von der vorhergehenden Staatsregierung im Rahmen von BayernFIT auf den Weg gebracht wurden. Das gehört zur Vollständigkeit.

Wir sind uns über die Zielsetzung im Klaren und wissen, wohin wir Bayern bei diesem Thema entwickeln wollen: Wir wollen Bayern zum Leitmarkt und zur Leitanbieterregion für Elektromobilität machen. Das ist ein einigermaßen komplexes Unterfangen. Es gibt bereits eine Vielzahl von Vorstößen und Initiativen zu diesem Thema. Deswegen waren wir der Auffassung, dass es möglicherweise sinnvoll wäre, sich zu überlegen, ob es eines Masterplans an dieser Stelle bedarf, um diese Maßnahmen zu orchestrieren und möglichst effizient auszuführen. Ich erkenne - das ist jetzt meine erste Frage - in Ihrem Hause eine gewisse Zurückhaltung gegenüber der Idee, einen solchen Masterplan zu entwickeln. Das wundert mich auch deshalb, weil die Wissenschaft, die Cluster und viele andere sagen, dass ein regionales Verständnis dafür entwickelt werden muss, was eigentlich notwendig ist, wie Elektromobilität in Bayern ausschauen soll und wie sie effektiv zu Wege gebracht werden kann.

Meine zweite Frage betrifft die Modellregion München, die mir persönlich sehr am Herzen liegt und die zu begleiten ich nach Kräften versuche. Es wäre wohl übertrieben zu sagen, dass die Modellregion München bisher brillant läuft. Es fehlt meines Erachtens - das möchte ich auch dem Kollegen Rinderspacher zurufen - am Rückenwind aus der Landeshauptstadt, die sich sonst mit ihrem Öko-Engagement immer brüstet. Daher möchte ich Sie fragen, ob Sie diese Einschätzung teilen. Es fehlt möglicherweise auch an einer intensiveren Begleitung durch uns selbst, an einer intensiveren Begleitung durch den Freistaat Bayern.

Es wurde problematisiert, dass wir niemanden in den Beirat der Modellregion entsandt haben, um die Entwicklung dort anzuschieben. Daher lautet meine zweite Frage: Glauben Sie denn nicht auch, dass ein Beauftragter der Staatsregierung genau diese wichtige Schnittstellenfunktion ausüben könnte, nämlich die Ko-

ordination von Modellregionen, von Überlegungen der Staatsregierung bis hin zu Überlegungen des Bundes wahrzunehmen?

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Vielen Dank, Herr Kollege Blume. Sie haben völlig recht, dass wir bei einem zusätzlichen Masterplan sehr zurückhaltend sind. Man muss zunächst einmal feststellen: Durch den nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität gibt es bereits auf Bundesebene eine sehr gute Grundlage. Mit dem Kompetenzatlas werden wir hier noch Verfeinerungen erreichen und etwas schaffen, was schon in diese Richtung geht.

Ich will Ihnen ganz offen sagen: Ich habe den Eindruck - und der ist auch durch die Berichterstattung über das Ereignis gestern in Berlin verstärkt worden -, dass es uns weniger an Plänen und guten Absichten mangelt, sondern dass wir jetzt vielmehr die Pläne und Absichten umsetzen müssen, die schon vorhanden sind.

(Beifall bei der FDP)

Da sind wir in Bayern schon auf einem sehr guten Weg, um diese Datenbasis noch zu verbessern. In der Auffassung über den Weg und das Ziel sind wir überhaupt nicht auseinander. Ich möchte aber dafür werben, dass wir die Bevölkerung nicht nur ständig mit neuen Begriffen, sondern mehr mit nachvollziehbaren Handlungen beglücken. Ihre Meinung zu den Modellregionen teile ich völlig. Sie laufen in der Tat sehr unterschiedlich. Ich hätte mir schon gewünscht, dass vor allem die, die sich mit einem sehr großen Vorlauf und öffentlicher Begleitung beworben haben, die Realisierung dieser Konzepte etwas stärker betreiben. Sie dürfen sicher sein, dass wir uns einbringen und es nicht zulassen werden, dass sich die Projekte zerfasern. So haben wir auch den von BMW ausgelobten Modellversuch mit den E-Minis sehr eng mit den Tankstellen und den Fahrzeugen begleitet.

Lassen Sie mich zum Schluss etwas zum Beauftragten sagen. Der Beauftragte für Elektromobilität im Freistaat steht vor Ihnen. Es ist der zuständige Minister, der dieses Projekt mit großem Engagement betreibt. Wir werden in der heute beschlossenen Arbeitsgruppe sicherlich Gelegenheit haben, die ressortspezifischen Kompetenzen auf diesem Gebiet voranzutreiben und zu bündeln.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt habe ich noch einmal Herrn Kollegen Hartmann für 23 Sekunden auf der Rednerliste.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Verehrter Herr Minister, ich bin nicht nur an konkreten Informationen, sondern auch an konkreten Antworten interessiert. Sie sind mir die Antwort schuldig geblieben, welches Ziel bei der CO₂-Reduzierung im Verkehr verfolgt wird. Es geht mir dabei nicht um irgendeine Messlatte, die Sie nach Lust und Laune auflegen. Wenn ich eine CO₂-Abgabe bemessen nach Kilometern oder Ausstoß einführe, brauche ich ein Ziel, das ich erreichen will, um die Werte festlegen zu können. Dieses Ziel möchte ich von Ihnen wissen. Wie viele CO₂-Emissionen möchte Bayern prozentual bis zum Jahr 2020 im Verkehrssektor einsparen?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege Hartmann, ich hatte gehofft, Ihnen klarge macht zu haben, dass ich ein Freund von ehrgeizigen Zielen bin. Die Zieldiskussion, die über das hinausgeht, was wir bereits vereinbart haben, halte ich nicht für richtig. Ich habe lieber eine ganz konkrete Vorgabe, um die Vereinbarungen zu erfüllen. Dazu müssen die Energiewirtschaft und der Verkehr ihre Beiträge liefern. Ich halte wenig davon, irgendein eigenes bayerisches Ziel vorzugeben. Im Jahr 2020, wenn wir beide in unseren Funktionen noch da sind - Sie in der Opposition und ich in der Regierung -, unterhalten wir uns dann darüber, ob wir die Ziele erreicht oder nicht erreicht haben. Wir müssen diesen Weg zum Erfolg beharrlich weitergehen. Deswegen entlocken Sie mir jetzt kein weiteres Ziel. Ich halte von diesen Diskussionen wenig. Wir sollten weniger Papier produzieren und mehr machen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Ministerbefragung beendet.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, zu Tagesordnungspunkt 2:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN "Schluss mit der Übertrittsauslese von zehnjährigen Kindern - individuell fördern statt aussortieren"

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema beantragt. In der Aktuellen Stunde dürfen die Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit. Dies wird auf die Anzahl der Redner

der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen.

Nun kommen wir zum Fortgang der Tagesordnung. Ich rufe als ersten Redner den Kollegen Thomas Gehring auf.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kultusminister Spaenle hatte sich aufs Panier geschrieben, dass er die Übergänge in unserem Bildungswesen optimieren will. Das ist sicher richtig. Ich denke nur an den Übergang vom Kindergarten zur Grundschule. Das sind zwei unterschiedliche Systeme, zwei unterschiedliche Kulturen, und es sind auch zwei unterschiedliche Ministerien dafür zuständig. Die paar Modellversuche, die Sie jetzt auf den Weg bringen, sind sicher noch zu wenig.

Notwendig ist es auch, den Übergang von der Schule zur Hochschule oder von der Schule ins Berufsleben und ins Ausbildungswesen zu verbessern. Wir haben gerade auf dem beruflichen Gebiet große Probleme. Meine Kollegin Simone Tolle hat dazu schon Vorschläge gemacht. Wir werden darüber sicher diskutieren. Die Schule endet irgendwann. Dann kommt ein neues System, und damit gibt es Übergangsprobleme.

Beim Übergang von der vierten Klasse Grundschule in die fünfte Klasse der weiterführenden Schule sind die Probleme hausgemacht. Diese Probleme bestehen innerhalb des Systems Schule. Sie sind auf eine fehlerhafte Schulpolitik in Bayern zurückzuführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gestern war für 120.000 Kinder in Bayern ein zweifelsohne wichtiger Tag, an dem die Übertrittszeugnisse übergeben wurden - ein Tag, an dem über Wohl und Wehe in der weiteren Schullaufbahn entschieden wurde, ein Tag, der von vielen als problematisch empfunden wird, ein Tag, dem problematische Wochen und Monate mit vielen Enttäuschungen, großem Druck, großem Ärger und großer Unzufriedenheit mit dem Schulsystem vorausgegangen sind. Unzufriedenheit besteht vor allem mit der Situation, dass die Schülerinnen und Schüler nach der vierten Klasse auf drei weiterbildende Schulen verteilt werden. Hier erfolgt nicht nur ein Übergang, sondern hier werden die Schülerinnen und Schüler ausgelesen und sortiert. Die Schülerinnen und Schüler werden auf unterschiedliche Schularten verteilt. Hier wird im Alter von neun oder zehn Jahren mit Prognosen über die weitere Schullaufbahn selektiert. Es ist absurd, die Kinder in diesem Alter aufzuteilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist absurd, in diesem Alter Prognosen über den weiteren Bildungsverlauf und Bildungserfolg, letztlich schon über die zukünftige berufliche Tätigkeit dieser Kinder abzugeben. Das macht niemand mehr in Europa, außer uns in Deutschland und insbesondere uns in Bayern. Dieses Verfahren erzeugt großen Druck. Es ist in keinem Bundesland so rigide geregelt wie in Bayern. Der Elternwille wird in Bayern am wenigsten berücksichtigt.

Ich weiß, dass Sie jetzt wieder auf die Untersuchung von Prof. Baumert hinweisen werden, der sagt, dass der Elternwille etwas mit den sozialen Hintergründen zu tun hat. Das ist eine andere Ebene, auf der wir diskutieren. In keinem Bundesland ist die soziale Ungerechtigkeit beim Übertritt auf die weiterführenden Schulen so groß wie in Bayern. Ein Akademikerkind hat bei gleicher Kompetenz eine sechsmal größere Chance, aufs Gymnasium zu gehen, als ein Kind eines Nichtakademikers. Damit werden die Chancen der bildungsfernen Schichten in Bayern verringert. Der Übertritt ist eine soziale Falle für diejenigen, die schlechtere soziale Voraussetzungen haben. Sie ist eine Falle für die Jungs, die nicht so weit entwickelt sind wie die Mädchen, wie wir feststellen müssen. Er ist eine Falle für Kinder mit Migrationshintergrund und schlechten sprachlichen Voraussetzungen, die in diesem Alter sprachlich noch nicht so weit sind wie die anderen. Wir haben große regionale Unterschiede, die hier schon oft angesprochen worden sind.

Mit diesem Übertrittsverfahren wird eine Scheinobjektivität hergestellt. Es ist aber kein Verfahren, das den Kindern, den Schülerinnen und Schülern gerecht wird. Die Kinder leiden unter einem großen Druck, haben psychosomatische Probleme. Außerdem erleben sie viel Frustration und Enttäuschung. Wenn ich den genannten Druck kritisiere, richtet sich dies nicht gegen die Leistung und nicht gegen die Anstrengung. Die Bereitschaft, sich anzustrengen, ist ein wichtiges Prinzip in der Bildung. Wir müssen alle lernen, uns anzustrengen, etwas durchzuhalten und Herausforderungen anzugehen. Mit diesem Übertrittsverfahren wird Leistung jedoch geschmälert. Dieses Übertrittsverfahren produziert zu viele Verlierer. Viele Schüler, die mit großer Leistungsbereitschaft die Schule besucht haben, denken: Das kann ich eh nicht, dafür bin ich zu dumm, das schaffe ich nicht. Dies geschieht bereits in einem Alter von neun oder zehn Jahren.

Dieses Übertrittsverfahren fördert ein Lernen und Bewerten im Gleichschritt. Die Lehrerinnen und Lehrer sprechen sich ab und schreiben zum gleichen Zeitpunkt die Proben. Mit dem festgelegten Prüfungszeitraum wird dies noch verstärkt. Dieses Verfahren fördert das Lernen im Gleichschritt und schadet der individuellen Förderung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Aufgrund ihres unterschiedlichen Lerntempos lernen die Kinder unterschiedlich. Sie entwickeln individuelle Zugänge und kreative Lösungen, die nicht alle falsch sind und bei denen der Pädagoge ansetzen kann, damit sie weiterlernen. Diese individuellen Fähigkeiten werden durch das Übertrittsverfahren kahlgeschoren. Die Individualität bleibt auf der Strecke.

Wir haben schon oft darüber diskutiert, dass besonders die Eltern den Druck erzeugen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies hat etwas mit der Logik des Systems zu tun. Eltern erleben dieses Bildungssystem am eigenen Leib als ein selektives Bildungssystem. Jeder sagt sich: Ich will mein Kind mit allen Mitteln durch dieses System bringen; wenn es sein muss, auch mit dem Rechtsanwalt. Wir als Bildungspolitiker, die verantwortlich für die Rahmenbedingungen dieses Bildungssystems sind, dürfen nicht an die Eltern appellieren. Stattdessen müssen wir die Logik dieses Systems ändern, damit sich bei den Eltern etwas verändert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbstverständlich hat die Staatsregierung die Probleme registriert. Die Probleme lassen einen gesellschaftlichen Druck auf die Politik entstehen. Aus diesem Grund wurden neue Begriffe wie "Übertrittskorridor" oder "Gelenkklasse", in der alles besser werden soll, erfunden. Auf der Grundlage der Diskussionen im Bildungsausschuss ist klar geworden, dass es sich ebenfalls um ein Sortieren und Nachsortieren handelt. Schülerinnen und Schüler werden wieder nach Leistung getrennt. Die Sortieranstalt, die es in der vierten Klasse gibt, wird einfach weitergeführt. Die Vorlage, die wir im Ausschuss erhalten haben, wurde in derselben Ausschusssitzung wieder zurückgezogen und als veraltet hingestellt. Dazu kann ich nur sagen: Diese Gelenkklasse hat Arthrose, und die tut langsam weh.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Herr Minister wird heute sein Monitoring vorstellen. Monitoring ist gut. Die Frage ist nur, womit sich dieses Monitoring genau befasst. Ich schlage Ihnen vor, dass Sie mit dem Herumdoktern am Übertrittsverfahren aufhören und das Auslesen in der vierten Klasse beenden. Schaffen Sie stattdessen eine Schule des gemeinsamen Lernens. Zwar wird es ebenfalls einen Übergang von Klasse vier zu Klasse fünf geben - vielleicht in ein anderes Gebäude -, jedoch sollte es sich um die gleiche soziale Gruppe handeln. Wünschenswert wäre ebenfalls das Hineinwachsen in eine andere Unterrichtskultur sowie die Einführung zusätzlicher Fächer. Im Rahmen des gemeinsamen Lernens würden die Schülerinnen und Schüler jedoch nicht in Schubladen gesteckt, in die sie nicht hineinpassen. Sie würden

ebenfalls nicht entmutigt werden. Wenn wir dieses Sortieren beenden - das ist das Wichtigste -, haben wir mehr Zeit für die individuelle Förderung. Eine Schule, die Kinder sortiert, wird ihnen nicht gerecht, weil sie nicht ausreichend individuell fördert. Die Ressourcen und das pädagogische Know-how sollten in die individuelle Förderung der Kinder gesteckt werden.

An der Schule des gemeinsamen Lernens - man kann sie Gemeinschaftsschule oder neue bayerische Sekundarschule nennen, wie Sie wollen - würden alle Schülerinnen und Schüler unterschiedliche Ziele erreichen, jedoch würden sie alle möglichst gleich weit kommen. Zudem wäre ein anderer Unterricht möglich.

Hören Sie auf, eine Politik zu machen, aufgrund derer von den Übertrittsquoten auf die Akademikerquoten oder Facharbeiterquoten geschlossen werden kann. Dies wird der Komplexität dieser Gesellschaft nicht gerecht. Dies wird den Kindern und Jugendlichen nicht gerecht. Es handelt sich dabei um Schubladen, die nicht mehr existieren. Ich habe gehört, dass in der Hauptschule kognitiv reduziert unterrichtet wird. Dabei frage ich mich, welches Bild Sie von Handwerkern haben. Ist der Handwerker kognitiv reduzierter als ein Facharzt? Was soll das eigentlich? Wir brauchen eine breite Bildung für alle Jugendlichen. Wir brauchen eine individuelle Förderung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen muss das Sortieren nach der vierten Klasse beendet werden. Eine Schule, die eine Sortieranstalt ist, egal ob sie ab der vierten Klasse oder in Zukunft ab der fünften Klasse sortiert, wird den Kindern nicht gerecht. Wir brauchen eine andere Schule, eine Schule, die Kinder individuell fördert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat das Wort Frau Kollegin Kerstin Schreyer-Stäblein. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Überschrift der heutigen Aktuellen Stunde hätte auch "The same procedure as every year" heißen können.

(Beifall bei der CSU - Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist es!)

Jedes Jahr und jedes halbe Jahr diskutieren wir das gleiche Thema. Wir diskutieren über die Strukturdebatte.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Jedes Jahr leiden Kinder darunter!)

- Wissen Sie, ich habe dem Kollegen eben auch zugehört. Ich habe nicht hereingeschrien. Es wäre sehr freundlich, wenn Sie mich ausreden lassen würden. Im Anschluss können Sie gerne weitere Fragen stellen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wie bereits gesagt, diskutieren wir jedes halbe Jahr hier im Plenum. Wir diskutieren regelmäßig im Bildungsausschuss. Wir führen die Strukturdebatte. Leider diskutieren wir nicht darüber, was wir den Kindern mitgeben wollen.

Außerdem diskutieren wir nicht über die Lerninhalte. Sicherlich kennen Sie den Aufsatz "Bildungsgang und Schulstruktur" von Professor Jürgen Baumert und Cordula Artelt. Aus diesem Aufsatz darf ich kurz zitieren: "In Deutschland wird die Frage der pädagogischen Gestaltung der Schule immer neu überlagert von der Diskussion über die Organisationsstruktur des allgemeinbildenden Schulwesens." Ich bitte Sie noch einmal: Lassen Sie uns die Strukturdebatten beenden und miteinander darüber diskutieren, was unsere Kinder lernen sollen. Entscheidend ist nicht, wo man etwas gelernt hat, sondern was man gelernt hat. Hervorzuheben ist, dass, obwohl wir ständig das Gleiche diskutieren, unser Staatsminister Dr. Spaenle und unser Staatssekretär Dr. Huber in der Lage sind, ihre Arbeit weiterhin so gut zu machen, dass unsere Schulen unter unseren Debatten nicht leiden, sondern weiterhin hervorragend funktionieren.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Wir müssen darüber beraten, wie es weitergehen soll. Laut Studie des Allensbacher Instituts können wir offensichtlich in der Bildungspolitik nicht alle zufriedenstellen. Alle haben ungefähr die Note drei. Bayern schneidet mit einer Drei minus am besten ab. Sie könnten jetzt zu Recht einwerfen, dass eine Drei minus nicht besonders gut sei. Jedoch ist eine Drei minus in der Studie immer noch die beste Note. Dies bedeutet, dass wir offensichtlich nicht in der Lage sind, die gesamte Schulfamilie glücklich zu machen.

Liebe Opposition, ich verstehe natürlich, dass Sie versuchen, gerade den unzufriedenen Teil zu mobilisieren und anzusprechen. Das gibt eine schöne Schlagzeile. Solange die Koalition in der Form besteht, bleibt auch das Bildungssystem. Das Bildungssystem ist ein gutes Bildungssystem.

Ich könnte es mir leicht machen und die gesamten Übertrittsreden, die ich in den letzten eineinhalb Jahren gehalten habe, erneut herausholen. Offen gestanden habe ich jedoch keine Lust mehr, das Übertrittsverfahren ein weiteres Mal zu erklären. Wir alle erhalten unsere Diäten, damit wir uns darüber informieren, wie das

Kultusministerium arbeitet. Dort kann man sich darüber informieren, aus welchen Gründen an dem Übertrittsverfahren festgehalten wird.

In meinem Stimmkreis besuche ich derzeit 26 Grundschulen, um zu erfahren, ob die Diskussionen, die wir im Landtag führen, auch in den Schulen von Bedeutung sind. Diskutieren wir nicht ein Stück weit an der Sache vorbei? In den Grundschulen, die ich bis jetzt besucht habe - das ist die Hälfte der Grundschulen in meinem Stimmkreis -, hat keine einzige das Thema Einheits- oder Gesamtschule benannt. Wichtig waren stattdessen folgende Fragen: Wie ist die Unterrichtsversorgung? Sind die Lehrer gut ausgebildet? Haben die Lehrer Freude an dem, was sie tun? Wie sieht es mit kleinen Klassen aus?

Ein Ziel des Koalitionsvertrags ist es, die Größe der Klassen am Ende der Legislaturperiode auf maximal 25 Kinder in Grundschulen zu reduzieren. Ihnen ist wahrscheinlich bekannt, dass wir derzeit einen Schnitt von 22,7 Kinder pro Grundschulklasse haben. Dies bedeutet, dass bei einer Reduzierung der Höchstgrenze auf 25 Kinder pro Grundschulklasse der Schnitt ebenfalls sinkt. Es wundert mich jedoch besonders, dass die Mehrheit in Deutschland, die kein anderes Schulsystem fordert, ignoriert wird. Erst kürzlich haben wir die Forsa-Umfrage gelesen. Sie werden sie alle gelesen haben. Daraus wissen wir, dass nur 31 % der Befragten die Abschaffung des bisherigen Bildungssystems wünschen. Das bedeutet, 69 % sind durchaus zufrieden.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich gebe zu, ich hätte gerne eine Wahlzustimmung von 69 %. Nun denn, wir wissen aus derselben Studie, dass 29 % der Meinung sind, dass die Einheitsschule eine Verbesserung des Systems bedeutet. - Manche mögen mit 29 % Wahlergebnis auch zufrieden sein.

Die Bürgerinnen und Bürger zeigen aus meiner Sicht eine große Weitsicht; denn die Gleichheit von Menschen gibt es nicht. Wir sind nicht alle gleich. Wir sind begabungsmäßig unterschiedlich, und deswegen brauchen wir auch ein begabungs- und leistungsorientiertes Schulwesen mit unterschiedlichen Schulabschlüssen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Warum machen Sie dann alle gleich?)

Ich kann feststellen, dass jeder Schulabschluss etwas wert ist. Würden wir das Niveau des Abiturs so weit senken, dass jeder mitkommt, wäre das Abitur nicht mehr das Gleiche wert, was es heute wert ist. Davon hat dann weder der Starke noch der Schwache etwas.

(Beifall bei der CSU)

Josef Kraus, immerhin Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, schreibt in seinem Buch "Ist die Bildung noch zu retten?" - im Übrigen auch für die Opposition eine ausgezeichnete Lektüre:

Auch in der Schule soll es sein wie beim Hundert-Meter-Lauf. Am Start stehen alle auf einer Linie, und alle sollen optimal trainiert sein. Am Zieleinlauf mag es aber den Langsameren und den Schnellere geben. Den Menschen geht es nämlich nicht besser, wenn alle gleichzeitig am Ziel sind.

So Josef Kraus.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sie kennen die entsprechenden Aussagen des Bayerischen Philologenverbandes, der sich deutlich hinter den Übertritt nach der vierten Klasse stellt. Der Bayerische Realschullehrerverband - brlv - macht es im Übrigen ebenso. Das wissen Sie.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Das wissen Sie, und Sie wissen auch, dass darauf hingewiesen wird, dass wir uns an den Entwicklungspsychologen und den Begabungsforschern orientieren müssen. Es macht also wenig Sinn, dass jeder aus dem Bauch heraus sagt, dass das für alle gilt, was man selbst an einer Schule erlebt hat.

Ich darf Ihnen Prof. Dr. Marcus Hasselhorn in Erinnerung rufen. Er sagt, entwicklungspsychologisch sei die Verlängerung der Grundschulzeiten nicht sinnvoll und selbst eine sechsjährige gemeinsame Primarschule habe für die meisten Kinder mehr Entwicklungsnachteile als -vorteile. Herr Hasselhorn war immerhin bis 2008 Präsident der Deutschen Gesellschaft für Psychologie.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Na und!)

Sie kennen auch die Studie der Gehirnforscher, die klar sagen, mit zehn Jahren könne man die Begabungsstruktur von Kindern gut erkennen und die Verschiebung des Übertritts insbesondere in die Pubertät wäre durchaus schwierig, weil man dann bei der Prognose sehr unsicher wäre. Sie kennen sicherlich auch Prof. Roeder, der in seinen Arbeiten herausfinden konnte, dass viele Kinder, die in der vierten Klasse eine Gymnasialeignung zeigen, diese später in der Form nicht mehr zeigen und wieder verloren haben, wenn sie eine längere gemeinsame Schulzeit hatten.

Zum Titel der heutigen Aktuellen Stunde sind wir uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, zumindest in einem einig: Wir wollen die individuelle Förderung in den Mittelpunkt der Bildungspolitik stellen. Umso weniger kann

ich verstehen, warum wir eine Einheitsschule schaffen sollen, weil genau dort nicht individuell gefördert wird.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Mich macht das auch ärgerlich, wenn in den Überschriften von "Auslese" geredet wird, denn wir lesen nicht aus, sondern wir fördern individuell.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ja, nach unten!)

Man wird den Kindern nur gerecht, wenn man nicht alle in einen Topf wirft.

(Beifall bei der CSU)

Sie wissen auch: Die Übertrittsempfehlungen von Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern stimmen zu einem sehr hohen Prozentsatz. Trotzdem haben wir sehr viele Eltern, die ihre Kinder entgegen der ausdrücklichen Empfehlung auf das Gymnasium schicken. Man kann es dem bayerischen Schulsystem nicht anlasten, wenn diese Kinder später das Abitur nicht schaffen.

(Zurufe von der SPD)

Wir werden überlegen müssen, wie wir Eltern in die Lage versetzen können, die Fähigkeiten ihrer Kinder richtig zu bemessen und sie an die Schulart zu schicken, wo sie richtig aufgehoben sind und wo es weniger um den Wunsch geht, was das eigene Kind schaffen soll. Kollege Rüth wird später etwas über die Durchlässigkeit des Systems sagen. Deshalb erspare ich mir das an dieser Stelle.

Kollege Gehring hat vorhin die Pisa-Studie 2000 zitiert und gesagt, dass es ein Arbeiterkind sechsmal schwerer habe, auf das Gymnasium gehen zu können. Kollege Gehring hat anscheinend die Fortschreibung der Pisa-Studie von 2006 verpasst. Danach ist es nur noch dreimal so schwer, was im Übrigen im deutschen Durchschnitt liegt. Das heißt nicht zwingend, dass ich damit zufrieden wäre. Wir werden miteinander daran arbeiten müssen, dass die Chancengerechtigkeit weiter verbessert wird. Das tun wir im frühkindlichen Bereich mit der Sprachförderung, und wir müssen Weiteres tun, wenngleich jeder, der ehrlich ist, zugeben muss, dass es eine Gleichheit nicht geben wird. Die gleichen Chancen haben wir aufgrund unserer Herkunft und unserer Vielfalt nicht. Dennoch muss das Ziel sein, die Chancen maximal anzugleichen.

Anhand der LIfE-Studie von Fend wurde bereits 2007 festgestellt, dass die Arbeiterkinder über das gegliederte Schulwesen eine größere Chance auf den Hochschulabschluss haben als in den Gesamtschulen. Warum also sollen wir das Schulsystem verändern?

Ich kann nicht ganz nachvollziehen, dass immer wieder die Angst der Schüler vor dem Übertritt angeführt wird. Sie kennen alle die Umfragewerte der Universität Dortmund, wonach der weit überwiegende Teil der Schüler sich darauf freut, ins Gymnasium übertreten zu dürfen, und nur 7,7 % Sorge haben. Wir müssen uns um jeden Einzelnen dieser 7,7 % kümmern. Das ist keine Frage. Dennoch sollten wir nicht außer Acht lassen, dass sich die Mehrheit offensichtlich freut.

Die flexible Grundschule - das wissen Sie - ist der richtige Weg, um flexibel und individuell zu fördern. Sie wissen auch, dass Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen im Schulvergleich innerhalb Deutschlands beim differenzierten System sehr gute Schulleistungen aufzuweisen. Sie kennen sicher auch die Aussage, mit der ich schließen möchte: "Nicht das Bewährte muss sich vor dem Neuen, sondern das Neue vor dem Bewährten beweisen und seine Sinnhaftigkeit bzw. Notwendigkeit beweisen."

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster Redner hat Kollege Martin Güll das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Schreyer-Stäblein, mir war das eine Spur zu arrogant.

(Beifall bei der SPD)

Ich erwarte nicht, dass Sie unsere Schlussfolgerungen teilen, die ich gleich ziehen werde und die auch Herr Gehring und andere ziehen. Ich kann aber von der Regierungskoalition schon erwarten, dass nicht nur Professoren, Wissenschaftler und Fachleute zitiert werden, sondern dass auch Realitäten zur Kenntnis genommen werden. Realitäten können positiv oder negativ sein. Sie können durchaus recht haben, dass es Kinder gibt, die mit der Systematik der Grundschule keine Probleme haben. - Auch mein eigenes Kind hatte keine Probleme. Genauso richtig ist es jedoch, dass es sehr viele und zunehmend mehr Kinder gibt, die massive Probleme haben, die vierte Klasse vernünftig zu durchlaufen. Das sind Tatsachen. Wir wollen uns nicht streiten, ob das von einer Klasse mit 25 Kindern 10, 15, 12 oder auch nur 5 Kinder sind, weil jedes Kind, das darunter leidet, eines zu viel ist.

Sie sagten, entscheidend sei nicht, wo man etwas gelernt habe, sondern was man gelernt habe. Das mag zunächst richtig sein. Was glauben Sie denn, was die Eltern vermuten, wo man das Richtige lernt? - Nicht in der Hauptschule beispielsweise. Sie vermuten, das bekommen die Kinder im Gymnasium. Deswegen ist der Schluss nicht richtig, dass die Eltern den Druck und die

Problematik erzeugen, sondern der Schluss ist richtig, dass das System der jetzigen Schulsituation diesen Druck erzeugt und die Eltern sich nur so verhalten, wie das System ist. Deshalb ist dieses Verhalten legitim, und jeder von uns würde sich genauso verhalten und sich bemühen, dem Kind die bestmögliche Bildung zu geben. Wenn man diese am Gymnasium vermutet, wird man alles tun, um sein Kind dorthin zu bringen. - Das war die Vorrede.

Ich will weder die Wissenschaft noch die vielen Berichte von Schulleitern und Lehrkräften zitieren, die uns glaubwürdig erzählen, wie die Kinder leiden, wie Kinder Pharmaka nehmen müssen, von Schlafstörungen geplagt sind, denn die Kinder können nichts dafür. Sie sind die Ausführenden des Systems. Sie müssen das erleiden.

Ich kenne viele Berichte von Lehrkräften, wonach in der vierten Klasse kein vernünftiger Unterricht mehr gemacht werden kann, weil jede Unterrichtsaktivität mit der Frage belegt wird, ob man darauf Noten bekommt. Wenn ich keine Noten bekomme, dann tue ich auch nichts. - Sehen wir uns die Situation an einer oberbayerischen Grundschule an, einer Schule im ländlichen Raum. Von 78 Viertklässlern gehen 12 in die Hauptschule. 12 gehen also in die Hauptschule. Ich spreche hier nicht von München. Was glauben Sie wohl, was das bei den 12 Kindern auslöst, die in keine andere Schule wechseln können, was es für diese Kinder bedeutet, wenn sie in diesem Prozess hinten bleiben? Was glauben Sie, was passiert, wenn die anderen, die es geschafft haben, in eine andere Schule zu kommen, zu diesen Kindern sagen - sei es mutwillig oder im Spaß: Du, du schaffst es sowieso nur auf die Hauptschule, du bist ein "Loser". - Das sind Erfahrungen, die diese jungen Menschen nicht so schnell vergessen werden.

Sie heben immer sehr schnell auf das Argument ab, das liege nicht am Schulsystem, sondern an den Einflüssen von außen. Man könnte nun sagen, wenn es gelänge, eine Auslese - ich bleibe bei diesem Wort, auch wenn Sie es nicht so gerne hören - kindgerecht zu machen, dann könnte man durchaus eine Auslese durchführen. Es ist aber nicht möglich, die Auslese so zu gestalten, dass sie prognosesicher geschieht. Was heißt prognosesicher? - Prognosesicher würde bedeuten, dass die Kinder an dem Schulort bleiben können, wo man sie eingeschult hat, wenn sie das Ziel dort auch erreichen können. Wenn diese Prognosesicherheit aber nicht gegeben ist, dann muss man sich schon fragen, ob das Instrumentarium das richtige ist.

In Zeiten wie diesen, wo Übertrittszeugnisse verteilt werden, sagen Interessenvertreter wie beispielsweise der Philologenverband: Es ist alles in Ordnung, der Übertritt nach der vierten Klasse ist sinnvoll, der größte

Teil der Schüler hat keine Angst, sie freuen sich auf die neuen Schulen. Es ist klar, dass man in solchen Zeiten die Fachleute zitiert, die diese Haltung bestätigen. Es ist aber auch klar, dass die Interessenvertreter, die nah an den Kindern sind - ich nehme jetzt beispielweise den Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband - sagen, die Korrekturen des Übertrittsverfahrens sind nicht zielführend gewesen, denn sie haben keine Entlastung der Kinder gebracht.

Herr Minister Spaenle, warum haben Sie eigentlich das Übertrittsverfahren geändert, wenn alles so richtig und sicher ist? Dann hätten Sie doch hier sagen können: Wir bleiben dabei. Es ist aber das Gegenteil passiert: Der Druck der Eltern ist so groß gewesen, dass die Politik reagieren musste und sagte: An dieser Stellschraube müssen wir weiter nach unten drehen. Mittlerweile kann man fast nicht mehr verhindern, einen Durchschnitt von 2,66 zu bekommen. Damit ist man mindestens für die Realschule geeignet. Mit einer prognosesicheren oder einer kindgerechten Auslese hat das aber wirklich nichts zu tun.

Ich will es mir nicht verkneifen, nun doch noch auf ein paar Fachaussagen hinzuweisen. Ist es nicht interessant, dass es mittlerweile enorme Begabungsüberlappungen in der Fachleistung gibt? Man spricht von mindestens 25 %. Das bedeutet, 25 % des unteren Gymnasialbereichs entsprechen der Begabungsstruktur von 25 % des oberen Hauptschulbereichs. Ist es dann nicht wahnsinnig, wenn wir eine Zuteilung in verschiedene Schubladen mit dem Notendurchschnitt 2,33 oder 2,66 aufrechterhalten? - Es ist doch längst bewiesen, dass man so keine sichere Prognose gewinnen kann. In Bayern sind einzig Noten Voraussetzung dafür, in eine andere Schule zu wechseln. Es ist belegt, dass sich die Noten in einer Klasse immer an der mittleren Schulleistung orientieren. Ein Schüler, der in einer sehr guten Klasse ist, hat damit wesentlich schlechtere Möglichkeiten. Der Druck in einer solchen Klasse ist wesentlich härter und größer.

Es bleibt die Frage: Was ist zu tun? Frau Schreyer-Stäblein, für mich stellt sich die Strukturfrage erst an zweiter Stelle. Die erste Frage ist für mich: Welches ist die Baustelle, welches Ziel wollen wir erreichen? Ich hoffe, hier sind wir uns einig: Das Ziel ist das Kind, das Kind steht im Mittelpunkt.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der SPD: Bravo!)

Das Kind muss eine individuelle Förderung erfahren, und zwar zu jeder Zeit. Erst wenn das Kind eine individuelle Förderung erfährt, kann es begabungsgerecht beschult werden, nur dann kann es Erfolg haben. Ich muss mir deshalb die Frage stellen, ob das in diesem System möglich ist oder ob es in einem anderen System

besser möglich wäre. Sie werden sich nicht wundern, dass wir zu dem Schluss kommen, eine individuelle, bedarfsgerechte Förderung kann man in einem gegliederten Schulsystem schlechter vollziehen als in einem integrativen System. Außerdem wollen wir endlich mit dem Märchen aufhören, dass eine integrative Beschulung ein Einheitsbrei sei. Was hat das damit zu tun? Wenn die Kinder länger gemeinsam zur Schule gehen, dann muss das kein Einheitsbrei sein. Andernfalls wäre die Grundschule als die einzige gemeinsame Lernzeit ebenfalls nur ein Einheitsbrei. Das ist aber mitnichten der Fall. An den Grundschulen wird eine vernünftige, leistungsorientierte Arbeit gemacht.

Wenn wir also schlussfolgern, dass die Kinder länger gemeinsam zur Schule gehen sollen, dann müssen sie in dieser Zeit ein ihrer Begabung entsprechendes Lernangebot bekommen. Wie wir das organisieren, darüber kann man trefflich streiten. Das können wir gerne tun. Die Tatsache aber, dass man gemeinsam lernt, dass der Starke vom Schwachen lernt und umgekehrt, das muss unser Ziel sein. Das bedeutet nicht die gleichen Lernziele oder eine gleichschrittige Vorgehensweise. Die Untersuchungen belegen aber, dass man nach einer vorausgegangenen inhaltlichen Bestimmung eine andere Struktur erhält. So könnte man auch in Bayern richtig liegen. Ich habe keine Lust auf ideologische Debatten, ich habe aber sehr wohl Lust darauf, zu diskutieren, wie wir Kinder besser fördern und wie wir den Kindern besser gerecht werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir das mit unserem jetzigen gegliederten Schulsystem nicht schaffen werden.

(Beifall eines Abgeordneten der SPD)

Die Forderung der heutigen Aktuellen Stunde ist deshalb mehr als überfällig: Schluss mit der Übertrittsauslese von zehnjährigen Kindern - individuell fördern statt aussortieren. - Diese Forderung hat meine Zustimmung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Gottstein das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FW): Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich mir die heutige Pressemitteilung des Kultusministeriums ansehe, dann lese ich dort:

Kultusminister Spaenle startet Monitoring zum Übergang der Grundschüler an die weiterführenden

den Schulen mit repräsentativer Online-Erhebung
- Gespräche mit Schulleitungen und Eltern.

Ich sehne mich zwar nicht selten nach meiner Zeit als Lehrerin bzw. Schulleiterin zurück, aber wenn ich so etwas lese, dann bin ich froh, dass ich nicht im Schuldienst bin. Hier liegt nämlich das Grundübel. An den Schulen erhalten wir in den letzten Jahren Papier über Papier. Wir bekommen keine Lehrer und keine kleinen Klassen. Stattdessen bekommen wir eine Flut von Mitteilungen, die sind teilweise ganz modern, so modern, dass wir sie gar nicht verstehen, und all dieses Papier landet im Papierkorb. Das ist mein erster Kritikpunkt.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Aber ich möchte auch etwas zu den Damen und Herren von den GRÜNEN und der SPD sagen: Sortieren per se ist nicht negativ. Wir hätten sonst keine sportlichen Wettkämpfe, wir hätten keine Leistungswettbewerbe, beispielsweise in Musik. Wir haben täglich Wettbewerbe zu bestehen, im Beruf und natürlich auch in der Schule. Das darf man nicht negieren.

(Beifall bei den Freien Wählern - Zurufe von der CSU)

Der Zeitpunkt ist sicher umstritten. Der Bildungsausschuss ist gerade aus einem Land zurückgekommen - das möchte ich doch in Erinnerung rufen -, wo zunächst einmal alle einen vermeintlichen Abiturabschluss haben, und dann wird sehr wohl auf einmal gesagt, das Studium geht nur mit einer bestimmten Fächerverbindung, und die Auslese findet dann bei den 17- und 18-Jährigen statt. Ich weiß nicht, ob es für einen jungen Menschen leichter ist, in diesem Alter eine Auslese zu verkraften, nachdem er eine Zeit lang auf ein Ziel hingearbeitet hat. Er erfährt dann in diesem Alter, dass er für bestimmte Dinge nicht geeignet ist.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der CSU - Zuruf von der CSU: Bravo!)

Jetzt komme ich aber wieder zu Herrn Kollegen Güll: Die Rahmenbedingungen stimmen nicht! Man merkt in diesem Punkt inzwischen sehr negativ das Nebeneinander in einer Koalition, die eigentlich unterschiedliche Ziele verfolgt. Die Rahmenbedingungen stimmen nicht, und darum ist diese frühe Auslese inzwischen absolut zum Scheitern verurteilt.

(Beifall bei den Freien Wählern)

In der Pressemitteilung des Kultusministeriums lese ich "Zentrale Elemente des Übertrittsverfahrens ...". Hier lobt sich unser Kultusminister natürlich. Weiter ist dann die Rede von einer intensivierten Beratung der Eltern, auch über die Schullaufbahn. Ja, durch wen denn? Un-

sere Anträge auf mehr Personal, Beratungslehrer, Psychologen wurden abgelehnt. Die Übertrittsempfehlung für alle Kinder ist das einzig Gute und Neue an dem Ganzen. Der Probeunterricht findet nach wie vor nicht mithilfe der Grundschullehrer statt. Doch - einen einzigen Grundschullehrer pro Schule gibt es jetzt wieder, aber nicht etwa einen Grundschullehrer pro Gruppe. Das wäre wichtig gewesen, um eine Prognose zu erleichtern.

Die stärkere Einbindung des Elternwillens ist doch auch nichts Neues. Schon bisher konnten die Eltern nach einem Beratungsgespräch entscheiden. Die Tatsache, dass wir kleine Klassen brauchen, gehen Sie aber nicht an; dazu stehen Sie nicht. Sie haben die Übertrittsbedingungen aufgeweicht, ohne die Rahmenbedingungen zu ändern. Dreißig Jahre lang waren Kinder mit einem Durchschnitt von 2,66 bedingt geeignet; ab heuer sind sie geeignet. Ich weiß nicht, aus welchen Gründen das jetzt anders ist, wegen der Klimaveränderung vielleicht? Jedenfalls nicht, weil die Kinder besser gefördert werden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Der Probenplan ist völlig unpädagogisch. Das haben wir hier, an dieser Stelle auch schon des Öfteren festgestellt. Er ist in keiner Weise kindgerecht.

In der Pressemitteilung der FDP lese ich, dass sich mit der Gelenkklasse ganz viel geändert hat, weil gefördert wird. Es gibt in Bayern 57 Lehrer für die zukünftigen fünften Klassen, es gibt 64 Lehrkräfte, die für den zusätzlichen Förderunterricht in den sechsten Klassen zuständig sind. Das ist die künftige Gelenkklasse, aber in den Übertrittsbedingungen heißt es: Wer im Halbjahreszeugnis der fünften Klasse einen Schnitt von 2,33 hat, ist für die Realschule geeignet. Hier wird wirklich noch einmal selektiert. Das ist höchst unausgegoren und verunsichert die Eltern und die Lehrer. Dadurch haben wir inzwischen fast eine Hysterie in der Bevölkerung, die dem Ganzen nicht mehr angemessen ist.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir alle wissen: Die soziale Ungerechtigkeit beginnt mit der frühkindlichen Bildung. Ich bitte, den Fokus darauf zu richten: Kein Land gibt so wenig Geld für die frühkindliche Bildung aus wie wir. Wir wissen das; dieses Problem müssen wir wesentlich stärker angehen, um Chancengleichheit zu schaffen. Dann müssen die Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden. Wir geben uns da nicht mit den Zahlen zufrieden, die uns CSU und FDP liefern. Wenn wir kleinere Klassen haben, wenn wir motivierte Lehrer haben - und die sind automatisch motivierter, wenn sie kleinere Klassen haben - und wenn wir in der frühkindlichen Bildung ent-

sprechend ansetzen, können wir uns eine Diskussion wie die heutige eigentlich sparen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin Gottstein. Als Nächste hat Frau Kollegin Renate Will das Wort. - Bitte schön, Frau Will.

Renate Will (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass wir heute durch diese Aktuelle Stunde die Gelegenheit haben, mit einigen Behauptungen aufzuräumen, die in den letzten Tagen in der Presse kursierten. Für die vierte Klasse wurde eine Richtzahl von Leistungsnachweisen definiert. Wohlgermerkt: Es handelt sich um eine Richtzahl, nicht um eine Muss-Zahl. Die Leistungsnachweise werden angesagt. Fakt ist: Diese Regelung erlaubt die Definition von Phasen ohne Prüfungen, also auch ohne Prüfungsdruck. Eltern entscheiden dann eigenverantwortlich, welche Schule ihr Kind besuchen soll.

(Eva Gottstein (FW): Ja wo denn, bei zwei Vierern?)

- Nee. Wir haben die Definition von Phasen ohne Prüfungsdruck. Die Beratung der Eltern wurde, beginnend ab der dritten Klasse, verstärkt und intensiviert.

(Eva Gottstein (FW): "Beginnend"! Das ist doch auch alles nicht neu!)

Alle Kinder erhalten eine Schullaufbahnpflicht, damit auch Kinder aus einem sozial schwierigen Umfeld die Chance erhalten, die sie verdienen. Fakt ist: Die Eltern werden jetzt wesentlich besser über den individuellen Leistungsstand ihres Kindes informiert. Wohlgermerkt: ab der dritten Klasse!

(Eva Gottstein (FW): Das war doch vorher schon genauso! Was habe ich denn in den letzten Jahrzehnten als Lehrerin gemacht?)

Im Probeunterricht reichen künftig zwei Vierer, Frau Gottstein, in Deutsch und Mathematik.

(Eva Gottstein (FW): Bei zwei Vierern, das war bisher doch schon genauso!)

Das reicht für den Übertritt. Dann entscheiden die Eltern eigenverantwortlich darüber, welche Schule ihr Kind besuchen soll. Fakt ist also: Der Elternwille wurde gestärkt. Ob das immer so gut ist, ist eine andere Frage.

(Walter Taubeneder (CSU): Sehr richtig!)

Gegen die von Ihnen geforderte Freigabe des Elternwillens sprechen sich Experten mit guten Gründen aus, zum Beispiel der deutsche "Mr. Pisa" Jürgen Baumert. Statistiken belegen nämlich, dass Kinder, die mit mäßigen Leistungen im Probeunterricht aufs Gymnasium wechseln, bis zur 10. Klasse überdurchschnittlich oft scheitern. Ich will nicht verschweigen, dass ich hier auch die Eltern in einer besonderen pädagogischen Verantwortung sehe. Eltern wollen sicher immer das Beste für ihr Kind. Ob dies beim Streit um den Übertritt aber immer das Richtige ist, möge hier infrage gestellt sein. Unser Ziel muss sein, dass jedes Kind auf die Schule gehen kann, die zu ihm passt, um sich dort entsprechend seinen Begabungen bestmöglich entfalten zu können, vor allem möglichst ohne zu wiederholen. So soll jedes Kind den ihm entsprechenden Abschluss erreichen; denn auch heute ist nichts verbaut, wenn das Kind nicht auf Anhieb den Sprung auf Realschule oder Gymnasium schafft. Das bayerische Schulsystem ist durchlässiger geworden.

(Beifall bei der FDP - Eva Gottstein (FW): Das ist es doch schon seit zwanzig Jahren! - Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Es ist durchlässiger geworden mit der Möglichkeit zum Aufstieg. Das ist unser wichtigster Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit.

(Eva Gottstein (FW): Bei 2,0 war das immer schon möglich, seit zwanzig Jahren!)

Richtig ist sicher - das will ich nicht verschweigen -, dass uns Liberalen die Einführung einer sechsjährigen Primarschule mit einer Orientierungsphase in der fünften und sechsten Klasse lieber gewesen wäre. Das will ich nicht verschweigen. Ich weiß auch, dass das noch Zukunftsmusik ist für die Zeit nach 2013. Schließlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Politik kein Wunschkonzert, bei dem jeder seine Vorstellungen 1 : 1 umsetzen kann. Aber, Frau Gottstein, ein erster ermutigender Schritt hin zu unserem bevorzugten Modell ist die Einführung der sogenannten Gelenkklassen in allen Schularten.

(Eva Gottstein (FW): Die ist doch so was von stümperhaft!)

Bei den Gelenkklassen übernehmen die fünften Klassen aller Schularten eine Brückenfunktion. Das ist uns wichtig. Die Schülerinnen und Schüler der Hauptschule und der Realschule werden in diesem Jahr so gefördert, dass sie eine zweite Chance zum Übertritt erhalten.

(Beifall bei der FDP)

Im Idealfall steigen sie dank des Gelenks und bei entsprechender Förderung direkt in die sechste Klasse von Realschule oder Gymnasium auf,

(Eva Gottstein (FW): Bei 57 Lehrern in Bayern?)

ohne einen bestimmten Notenschnitt haben zu müssen oder eine fünfte Klasse wiederholen zu müssen. Das ist ein ganz wichtiger Schritt in Richtung mehr Chancengerechtigkeit.

(Eva Gottstein (FW): Wir gehen nächstes Jahr einmal gemeinsam in die fünften Klassen und schauen uns das an!)

- Ja, das können Sie machen. Das ist keine Auslese, im Gegenteil: So sieht begabungsgerechte Förderung aus.

Damit dieses Scharnier in den fünften Klassen auch wirklich funktionieren kann, sind noch erhebliche Vorarbeiten notwendig. Jetzt ist das Ministerium am Zug, die Lehrpläne in einzelnen Kernfächern zu harmonisieren.

(Eva Gottstein (FW): Das fordern die Freien Wähler!)

Wir dürfen da natürlich keine Zeit verlieren, damit Sie nächstes Jahr auch die Erfolge sehen können. Die Lehrpläne müssen so gestaltet sein, dass sie in den Inhalten angeglichen werden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, darf ich Sie an das Ende Ihrer Redezeit erinnern? - Ich bitte, zum Schluss zu kommen.

Renate Will (FDP): In der Didaktik orientieren sich die Lehrerinnen und Lehrer weiter an den Anforderungen der jeweiligen Schulart. Die Gelenkklassse eröffnet zudem eine weitere, sehr überlegenswerte Option; denn wir wollen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart,

(Zurufe von den GRÜNEN)

frühkindliche Bildung fördern. Dann hätten wir mit einem Vorschuljahr, mit vier Jahren Grundschule und einem Jahr Gelenkklassse, möglichst in der Grundschule - das gebe ich zu, das wäre unser Wunsch - die sechs Jahre Primarschule erreicht.

(Beifall bei der FDP - Ulrike Gote (GRÜNE): Wir wollen auch zwei Minuten überziehen dürfen!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Frau Kollegin Will. Nachdem Sie ständig gestört worden sind, habe ich Sie Ihre Redezeit etwas überziehen lassen. Als Nächster hat Herr Kollege Rütth das Wort.

Berthold Rütth (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein jüngster Sohn Vinzenz hat gestern sein Übertrittszeugnis erhalten.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Ganz der Papa!)

Insofern kann ich das, was Sie heute theoretisch behandelt haben, praktisch nachvollziehen. Ich weiß, wie Väter fühlen. Ich weiß, wie Mütter fühlen. Ich weiß auch, wie sich die Kinder fühlen.

(Eva Gottstein (FW): Das glaube ich nicht!)

Die Kinder sind alle hoch motiviert. In der Regel haben sie alle sehr gute Noten. Die Kinder wurden von ihrem Lehrer gut gelenkt und sind mit dem, was ihnen im Zeugnis attestiert wurde, zufrieden.

Meine Damen und Herren, die angesagten Leistungsnachweise werden begrüßt. Ich habe Mütter nach ihrer Meinung dazu gefragt. Sie haben gesagt: Das ist Klasse. Wir kriegen sieben Tage vorher die Ansage, wann was gemacht wird. Dann gibt es eine Zeit, in der Ruhe an der Schule ist. Dann folgt wieder eine Zeit, in der wir wissen, dass eine Probe geschrieben wird. Lieber Herr Kollege Gehring, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, dass ein Arbeiterkind im Jahr 2002 eine siebenmal schlechtere Chance gehabt hätte, das Abitur zu machen. Das ist eine alte und falsche Zahl. Es gibt neuere Zahlen. Ich bitte Sie deshalb, nicht mehr diese alten Zahlen zu verwenden, sondern die aktuellen. Die Chancen sind deutlich besser geworden. Sie sind zwar noch dreimal schlechter, aber das ist deutlich besser als früher. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

- Herr Präsident, ich sehe die Uhr laufen. Ich spreche für Herrn Kollegen Eisenreich mit. Insofern dürfen Sie gerne noch fünf Minuten draufschlagen. Ich habe demnach jetzt noch acht Minuten und 24 Sekunden.

Meine Damen und Herren, vor mittlerweile zwölf Jahren hat der damalige Bundespräsident Dr. Roman Herzog gesagt, dass wir im Bildungssystem und in der Bildungspolitik einen neuen Aufbruch bräuchten. Er sagte: Ich glaube an die Zukunft eines Bildungssystems, das sich durch sechs Eigenschaften auszeichnet: Es muss wertorientiert, praxisbezogen, international und vielgestaltig sein. Es muss Wettbewerb zulassen und mit der Ressource Zeit vernünftig umgehen.

Sie und auch ich haben diesen Forderungen zugestimmt. Wir haben gesehen, dass die Erfüllung dieser Ansprüche eine zentrale Voraussetzung für eine gute Zukunft unseres Bildungssystems ist. Ich glaube aber, dass die GRÜNEN eine andere Auffassung vertreten; denn ihre Bildungspolitik entspricht den von Dr. Roman Herzog geforderten Eigenschaften in vielen Punkten

nicht. Ich nenne drei Beispiele: Während Dr. Roman Herzog ein wertorientiertes Bildungssystem fordert, haben sich die GRÜNEN im Sommer des Jahres 2008 auf ihrem Parteitag dafür ausgesprochen, die Kreuze aus den Klassenzimmern zu entfernen. Dieser Beschluss ist bis heute gültig.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Während Dr. Roman Herzog ein Bildungssystem fordert, das Wettbewerb zulässt, können die GRÜNEN mit Wettbewerb im Bildungssystem überhaupt nichts anfangen. Das zeigt der vorliegende Antrag. Während Dr. Roman Herzog ein vielgestaltiges Bildungssystem fordert, träumen die GRÜNEN noch immer den süßen Traum eines einheitlichen, gleichmacherischen Bildungssystems. Um diesen Traum zu verwirklichen, wollen sie jetzt die Grundschulzeit von vier auf sechs Jahre verlängern. Das würde bedeuten, dass aus dem G 8 ein G 6 und aus der R 6 eine R 4 würde. Die Schülerinnen und Schüler der Gymnasien und Realschulen hätten rund ein Drittel weniger Förderung und - sobald es an die Abschlüsse geht - weniger Zeit und einen viel höheren Leistungsdruck. Eine weitere Forderung Dr. Roman Herzogs, mit der Ressource Zeit vernünftig umzugehen, würde damit auf den Kopf gestellt.

Nach eingehender Abwägung aller Argumente bin ich davon überzeugt, dass die von den GRÜNEN geforderte Verlängerung der Grundschulzeit um 50 % ein waghalsiges Experiment wäre, das auf dem Rücken unserer Schülerinnen und Schüler ausgetragen würde und von dem man schon jetzt weiß, dass es schiefgehen muss. Die große Mehrzahl der Eltern ist gegen eine Verlängerung der Grundschulzeit. Das hat die jüngste Forsa-Umfrage in Nordrhein-Westfalen eindrucksvoll gezeigt. Die Ergebnisse dieser Umfrage sind sehr klar und deutlich: Kein Mensch will eine Verlängerung der Grundschulzeit.

Meine Damen und Herren, wie Frau Kollegin Schreyer-Stäblein bereits ausgeführt hat, ist es erklärtes Ziel der CSU-Landtagsfraktion, den Schülerinnen und Schülern den Übertritt auf die weiterführenden Schulen zu erleichtern. Deshalb wird die fünfte Klasse in eine Gelenkklassse umgewandelt, in der die Schüler an den Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien verstärkt individuell gefördert werden. Diese Förderstunden an allen weiterführenden Schularten haben zwei Zielsetzungen: Sie erleichtern leistungsschwächeren Schülern, die dem Anforderungsniveau der Schule grundsätzlich gewachsen sind, den Verbleib an einer Schule. Leistungsstärkere Schüler an Haupt- und Realschulen können unterstützt werden, um sie für einen möglichen aufsteigenden Übertritt an eine andere Schulart vorzubereiten.

Das neue Verfahren ermöglicht den Schülerinnen und Schülern damit noch mehr Wege, sich begabungsgerecht zu entfalten. Das ist natürlich auch im Interesse der bayerischen Eltern. Ich möchte außerdem betonen, dass das bayerische Bildungssystem bereits bisher ein hohes Maß an Durchlässigkeit besaß. Die Behauptung, die Entscheidung nach der vierten Klasse würde die gesamte Karriere beeinflussen, ist schlichtweg falsch. Wir wissen, dass über 40 % der bayerischen Hochschul- und Fachhochschulzugangsberechtigungen nicht über das klassische Abitur, sondern über die FOS, die BOS oder die Meisterausbildung erworben wurden. Insgesamt gibt es 15 Möglichkeiten, um zu einem Studium zu kommen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Rüth, ich darf Sie darauf hinweisen, dass Sie Ihre Redezeit bereits überzogen haben. Leider ist es nicht möglich, dass Sie das Redekontingent des Herrn Kollegen Eisenreich übernehmen, da bereits eine Kollegin Ihrer Fraktion die Möglichkeit, zehn Minuten zu sprechen, wahrgenommen hat. Deshalb möchte ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Berthold Rüth (CSU): Ich bin der Meinung, dass wir keine Experimente brauchen. Der Antrag der GRÜNEN sollte nicht umgesetzt werden. Was sich bewährt hat, ist gut und sollte fortgeführt werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als letztem Redner erteile ich Herrn Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle das Wort.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin den Kollegen sehr dankbar dafür, dass das Thema Übertritt zum jetzigen Zeitpunkt im Hohen Hause besprochen werden kann.

Im Mittelpunkt des Übertrittsverfahrens steht die Lebenschance des einzelnen Kindes, einen ihm gerechten Bildungsweg und eine ihm gerechte Bildungslaufbahn beschreiten zu können. Die Güterabwägung bei der Frage, wie lange die gemeinsame Schulzeit dauern soll, muss darin bestehen, die Vorzüge einer der leistungsstärksten Grundschulen Deutschlands, nämlich der bayerischen Grundschule, mit den Vorteilen eines differenzierten Bildungswesens auf gleiche Augenhöhe zu stellen. Ich sehe im Kern keine ideologisch verfestigten Prinzipien für eine vierjährige, fünfjährige oder sechsjährige Grundschulzeit. Die Lokalisierung dieses Zeitpunkts auf das Ende der vierten Jahrgangsstufe ist pädagogisch verantwortlich.

Wir haben den Übertritt, der vielerorts als Druck empfunden wurde, grundlegend neu strukturiert und weiterentwickelt.

(Eva Gottstein (FW): Das stimmt aber nicht!)

Unser Gedanke war, die Übertrittsphase von der dritten bis zur fünften Jahrgangsstufe als einen begleitenden Weg zu gestalten. Das Kind erhält in der Grundschule, also der abgebenden Schule, den pädagogischen Hinweis der Übertrittsempfehlung und wird an der aufnehmenden Schule über den Probeunterricht bewertet und beurteilt. Frau Kollegin Gottstein, Sie kennen die Realschule. Dort war es bisher möglich, bei zwei Vierern im Zeugnis den Elternwillen zu berücksichtigen. Dieses positive Beispiel haben wir für alle weiterführenden Schulen übernommen.

(Eva Gottstein (FW): Das war kein positives Beispiel!)

Wir haben also in Bayern beim Übertrittsverfahren einen Paradigmenwechsel vorgenommen. Die Letztentscheidung für die Wahl der Schullaufbahn liegt jetzt am Ende der vierten Klasse in den Händen der Eltern. Die Eltern werden in die Verantwortung einbezogen.

Wir wissen aber auch, dass ab dem ersten Tag des fünften Schuljahres, unabhängig von der weiterführenden Schulart, die Lerngeschwindigkeit und die Lernintensität eine große Rolle spielen. Herr Kollege Güll und Herr Kollege Gehring, Bayern hat nicht den Weg eingeschlagen, die Numerik zu verschärfen. Das Land Sachsen hat die für den Übertritt an das Gymnasium erforderliche Durchschnittsnote auf 2,0 angehoben. Wir gehen den Weg eines verantwortlichen Miteinanders. Die erfahrene betreuende Grundschullehrkraft, die das Kind zwei Jahre lang begleitet hat, ermittelt eine Gesamtnote der Fächer Deutsch, Rechnen und Heimat- und Sachkunde. Wir hatten im Zuge der Weiterentwicklung des Übertrittsverfahrens in der Koalition überlegt, ob man dies auf Deutsch und Rechnen fokussiert. Wir haben diesen Weg ausdrücklich nicht eingeschlagen, weil wir im Heimat- und Sachkundeunterricht kreative und musische Kompetenzen des Kindes mit abbilden können. Das heißt, wir können in der gemittelten Übertrittsnote den Leistungsgang, den Leistungsstand und die Leistungskompetenz eines jungen Menschen am Ende einer zweijährigen Beobachtungs- und Begleitungsphase durch die Grundschullehrkraft den Eltern auf den Tisch legen. Wir haben eben unterschiedliche Geschwindigkeiten bei der Lernintensität in den unterschiedlichen Schularten. Das ist Bezug nehmend auf die fünfte Klasse der Unterschied.

Das Zweite ist die Beurteilung durch die aufnehmende Schulart, wenn aufgrund der Übergangsnote kein Zugang erreicht werden konnte. Im Probeunterricht, der

landesweit zentrale Anforderungen stellt, wird die Beurteilung durch die aufnehmende Schulart den Eltern als zweite Entscheidungshilfe an die Hand gegeben. Wir sind der tiefen Überzeugung, dass die pädagogisch gewichteten Hinweise für eine verantwortliche Schullaufbahnwahl zu diesem Zeitpunkt richtig sind und beibehalten werden sollen, weil an den weiterführenden Schulen unterschiedliche Anforderungsprofile bestehen. Ich halte die Bezeichnung mit weniger Kognitivem und Ähnlichem für völlig abwegig.

Es ist aber notwendig, die Verantwortung der Eltern mit in die Wahl der Schullaufbahn einzubeziehen. Kindern mit zwei Vierern in Vorrückungsfächern, in Deutsch und Rechnen, den Weg in eine weiterführende Schule außer der Hauptschule zu diesem Zeitpunkt zu eröffnen, ist von den Anforderungsprofilen her ambitioniert. Deshalb ist die Einbeziehung der elterlichen Verantwortung richtig.

Wir wollen dieses weiterentwickelte Übertrittsverfahren - ähnlich wie die Umsetzung der gymnasialen Oberstufe begleitet worden ist - mit einem landesweiten mehrstufigen Monitoring-Verfahren umfassend begleiten. Wir werden das an mehreren Hundert Grundschulen mit entsprechend online-gestützten Umfrageelementen machen. Ich selber habe damit begonnen und werde mit dem Herrn Staatssekretär in den kommenden Wochen - bis in den Herbst hinein - alle Leiterinnen und Leiter von Grundschulen in ganz Bayern in entsprechenden Gesprächsrunden persönlich über ihre Erfahrungen mit diesen veränderten Bedingungen befragen. Ich freue mich, wenn wir die Erfahrungen, die wir bei den Gymnasien mit diesen Elementen gesammelt haben, auch bei den Grundschulen zur Anwendung bringen können. Elterngespräche auf ähnlicher Basis werden dann folgen.

Wir sind der tiefen Überzeugung, dass wir notwendige, begründete und wohl abgewogene Weiterentwicklungen mit denjenigen, die in diesen Prozessen ihre Schullaufbahn gestalten, betrachten müssen. Wir wollen diese Monitoring-Strategie letztlich zu einem Grundelement bayerischer Bildungspolitik machen. Frau Kollegin Will hat zu Recht die Gelenkkategorie angesprochen. Wir können in allen fünften Klassen aller weiterführenden Schularten eine völlig neue Förderkulisse und Förderkonzeption anbieten. Wir können in der Hauptschule eine Intensivierungsstunde nach dem Vorbild des Gymnasiums mit doppelter Lehrbesetzung in Zukunft ab der fünften Klasse anbieten. Wir wollen die individuelle Förderung gegen das Modell der Einheitsschule stellen.

Das ist die wahre politische Alternative, um die wir in diesem Lande ringen. Es ist die Frage, ob wir das differenzierte Bildungswesen mit der größeren Chancen-

gerechtigkeit und der Möglichkeit zur Ausschöpfung aller Talente und Begabungen, verbunden mit der individuellen Begleitung durch die Schule selbst - das bedeutet einen erheblichen Ressourceneinsatz -, als das zielführendere bildungspolitische Grundmodell anbieten oder ob wir uns dem aus der Mottenkiste der Bildungspolitik wieder auftauchenden Modell der Einheits- und Gesamtschule zuwenden. Diese Grundentscheidung wird zu treffen sein. Die Frage der heute zu diesem Thema terminierten Aktuellen Stunde ist Teil dieser Grundauseinandersetzung. Ich bin sowohl dem Herrn Kollegen Güll als auch dem Kollegen Gehring dankbar, dass die Alternativen klar auf dem Tisch liegen. Wir wollen das differenzierte Bildungswesen mit einem Optimum an Möglichkeiten, seine Chancen auszuschöpfen, einem Optimum an Durchlässigkeit, und zwar mit der zweiten Seite der Medaille, nämlich einer nachhaltig weiterzuentwickelnden und verbesserten individuellen Förderung, den Eltern in diesem Lande vorstellen.

Wir können zeigen, dass sich diese Anforderungen und diese Strategie mit Zahlen hinterlegen lassen. Das ist die Intensivierungsstunde an der Hauptschule mit einer doppelten Lehrerbesetzung, die eine entsprechende Förderung beinhaltet. Das gibt es bisher in dieser Form nicht. Das ist völlig neu. Wir können eine vom Fachunterricht unabhängige Förderstunde für die fünfte Jahrgangsstufe an den Realschulen ab dem kommenden Schuljahr anbieten. Wir haben das Instrument der Intensivierungsstunde am Gymnasium, das dort zwischen 7 und 10 % des gesamten Stundenvolumens umfasst.

Wir gehen aber noch weiter: Wir wollen die Fördermöglichkeiten auch in der abgebenden Grundschule verbessern. Wir werden ab dem kommenden Schuljahr die Förderstunde in den vierten Klassen ab einer Klassenstärke von über 25 teilen können. Das heißt, wir können zum ersten Mal den Kindern und Eltern eine begabungsgerechte Wahl der Schullaufbahn mit den von den Kollegen unterstrichenen Zielen, die in der fünften Klasse eine entsprechende Hilfe zur Entwicklung der Schullaufbahn vorsieht und mit einer verbesserten individuellen Förderkulisse in der vierten Jahrgangsstufe gekoppelt ist, anbieten. Wir begleiten diesen Weg mit einer landesweiten Monitoring-Strategie, die umfassend den gesamten Komplex dieses neu entwickelten Übertrittsverfahrens mit Eltern, Schülern und Schulleitern in den kommenden Monaten begleiten und beobachten wird.

Ich glaube, das ist im Sinne des gemeinsamen Zieles ein sehr vernünftiger Weg und die richtige Strategie, den Kindern den optimalen, individuellen Bildungsweg zu eröffnen. Wir bitten - bei aller parteipolitischen Dif-

ferenz - um sachgemäße und wohlwollende Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Zwischenfragen und Zwischeninterventionen sind bei Aktuellen Stunden leider nicht vorgesehen. Sie müssen sich also jetzt sozusagen bilateral über die offen gebliebenen Fragen austauschen. Die Aktuelle Stunde ist hiermit beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 a auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten

Gerhard Wägemann, Georg Eisenreich, Peter Schmid u. a. (CSU),

Thomas Hacker, Julika Sandt, Brigitte Meyer u. a. (FDP)

zur Änderung des Gesetzes über den Bayerischen Landessportbeirat (Drs. 16/4688)

- Erste Lesung -

Dieser Gesetzentwurf soll ohne Aussprache an den federführenden Ausschuss überwiesen werden. Dies ist der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport. Wer mit der Überweisung an diesen Ausschuss einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das war einstimmig. Damit wird der Gesetzentwurf dem Bildungsausschuss federführend zugewiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und weiterer Vorschriften (Drs. 16/4707)

- Erste Lesung -

Dieser Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Herr Staatsminister Dr. Spaenle hat hierzu um das Wort gebeten.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Wir stehen heute an einem ganz zentralen Punkt der bildungspolitischen Arbeit dieser Legislaturperiode. Wir hatten gerade die Möglichkeit, an einem wichtigen Element im differenzierten Schulwesen die Weiterentwicklung darstellen zu können. Wir kommen zu einem Komplex von Themenstellungen, die den bildungspolitischen strategischen Ansatz verfolgen, die Qualität des differenzierten Bildungswesens mit der Gerechtigkeit, der individuellen Betreuung, Begleitung und Möglichkeit zum Ausschöpfen der Chancen zu verknüpfen.

Wir wollen mit diesem komplexen Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen - BayEUG - und des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes für eine der drei Kernschularten, die für ein Drittel der Schülerinnen und Schüler in Bayern nach wie vor ihre Bildungsheimat darstellt, nämlich die Hauptschule, hin zur bayerischen Mittelschule die entsprechenden Grundlagen schaffen. Wir wollen für die Hauptschule auf dem Weg zur bayerischen Mittelschule hinsichtlich der Strategie der Weiterentwicklung der Alleinstellungsmerkmale, die diese Schulart und nur diese Schulart aufweist - insbesondere die Vorbereitung auf die duale Ausbildung, auf die klassische Lehre in der Weiterentwicklung, in der vertieften Berufsorientierung -, entsprechende Angebote schaffen, die für die jungen Menschen einen optimalen Start in ihre Lebenslaufbahn ermöglichen.

Wir wollen das koppeln mit der Einführung einer flächendeckenden modularen Förderung, die eine Intensivierungsstunde nach dem Vorbild des Gymnasiums mit doppelter Lehrerbesezung zum kommenden Schuljahr möglich machen wird. Wir wollen flächendeckende Ganztagesangebote und entsprechende Kooperationsmodelle insbesondere mit den beruflichen Schulen verwirklichen. Das sind Kernelemente der bayerischen Mittelschule. Wir wollen den mittleren Abschluss dadurch weiterentwickeln, dass wir zum ersten Mal die durch die Kultusministerkonferenz verabschiedeten Standards für den mittleren Abschluss in einer gesamten Schulart in Bayern implementieren. Das bedeutet insbesondere für das Fach Englisch ein Weiterentwickeln des Anforderungsniveaus.

Das sind alles Alleinstellungsmerkmale, die in dieser Form nur die bayerische Mittelschule aufzuweisen hat und aufweisen wird. Wir verfolgen mit dem Ziel, ein interessantes Schullaufbahnangebot zu machen, eine zweite Strategie und stehen hier unter den Ländern alleine - nicht deswegen, weil wir uns mit Krachlederhosen besonders nach außen profilieren wollen, sondern weil wir in Bayern eine besondere Voraussetzung haben. Wir haben den größten Flächenstaat der Republik mit knapp 1.000 Hauptschulstandorten, mit denen wir dem Anspruch, ein wohnortnahes weiterführendes Schulangebot dauerhaft vorzuhalten und damit auch eine Stärkung der ländlichen Räume zu erzielen, in besonderem Maße gerecht werden wollen. Das wird erheblichen Ressourceneinsatz erfordern.

Wir wollen das tun, indem wir die einzelne Schule in den Mittelpunkt stellen. Wir wollen es tun mit einem weiterentwickelten eigenverantwortlichen Schulverbund und unter dessen Dach im Gegensatz zum Schulverband, der seit den 60er-Jahren als Schulorganisationsinstrument bekannt ist, jede Einzelschule schulrechtlich selbstständig erhalten. Es werden im Gegenteil Regel-

ungen, die bisher zwingend zur Schließung einer kleinen einzügigen Hauptschule geführt haben, nämlich das Unterschreiten der Klassenmindeststärke von 15 oder das dauerhafte Nicht-mehr-Schaffen der Jahrgangsstufenfolge von 5 bis 9, für Schulen, die unter dem Dach eines Schulverbundes stehen, außer Kraft gesetzt. Sie werden durch das Dach des Mittelschulverbundes abgegolten.

Wir wollen im Rahmen dieser Strategie, die wir mit einem völlig neuen bildungspolitischen Instrument, nämlich dem Dialogforum, haben, das wir inzwischen in fast 80 Landkreisen und kreisfreien Städten durchgeführt oder terminiert haben, mit den Betroffenen vor Ort diskutieren. Wir wollen die bildungspolitischen Leitentscheidungen mit den Betroffenen begleiten, diskutieren und vor Ort passgenaue Lösungen finden wie das Modell in Oberstaufen, wo wir ganz besonderen geographischen Verhältnissen Rechnung tragen können, bis zur Situation, die wir in den Flächenlandkreisen Ostbayerns zu gestalten haben. Wir wollen in besonderer Weise ein weiterführendes wohnortnahes Schulangebot, das ein Stück Lebensqualität und ein Stück Bildungsgerechtigkeit bedeutet. Mit dieser zweiten Säule der Mittelschulstrategie wollen wir der besonderen Anforderung, Bildungsgerechtigkeit im Freistaat Bayern, dem größten Flächenland der Republik, zu erreichen, nahekommen.

Wir wollen einige weitere Elemente aufgreifen und zum Beispiel im Bereich der Privatschulfinanzierung die Anwartschaftszeiten senken. Wir wollen den Pflichteinschulungstermin auf den 1. Oktober bzw. auf den letzten Tag im September rückverlegen, um den Eltern nach diesem Stichtag die Möglichkeit zu eröffnen, der Entwicklung ihres Kindes gemäß die entsprechenden Anträge auf Einschulung zu stellen. Wir bleiben damit unserer Strategie, individuelle Betreuung statt Einheitschule zu leisten und Qualität im differenzierten Schulsystem mit Gerechtigkeit in besonderer Weise zu verbinden, treu und folgen ihr in diesem zentralen Punkt.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Staatsminister. Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt. Erster Redner ist Herr Kollege Güll. Ihm folgt Herr Kollege Taubeneder. Herr Kollege Güll, Sie haben das Wort. Fünf Minuten Redezeit pro Fraktion sind möglich. Bitte sehr.

Martin Güll (SPD): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Dinge fallen mir bei dem Gesetzentwurf sofort auf, obwohl es immerhin 168 Seiten sind. Kosten für die Kommunen: keine. Alternativen: auch keine. Nun kennen wir das schon. Bei der R 6 hieß

es damals auch, Kosten für die Kommunen: keine. Millionen Euro sind mittlerweile aufgelaufen. Immer wenn ein Gesetzentwurf erarbeitet wird, muss es wohl so sein, dass keine Alternativen vorhanden sind. Aber an diesem Punkt sieht man, dass Sie sich keine Mühe gemacht haben, das Kernproblem dieses Gesetzentwurfs

(Unruhe)

- In der Schule würde man jetzt ein bisschen warten, bis der Minister Zeit hat, zuzuhören. Vielleicht muss ich das aber auch nicht, vielleicht ist er multitaskingfähig.

(Eva Gottstein (FW): Der Herr Minister ist keine Frau!)

Um zurückzukehren zu dem Gesetzentwurf: Ich will mich heute nur auf den Teil der Einführung der Mittelschule beziehen. Es gibt eine Reihe von anderen Dingen, die noch dazugehören.

Bezogen auf das neue Mittelschulkonzept, das Konzept der Schulverbände und die Dialogforen kann man jetzt schon feststellen - der Gesetzentwurf trägt immerhin das Datum 27. April -, dass keine Alternativen wirklich gesucht worden sind.

Herr Dr. Spaenle hat wie immer in das Kultusministerium hineingerufen und nach der Lösung für ein Problem gefragt, das zweifellos da ist - das bestreiten wir gar nicht -: nämlich der Rückgang der Schülerzahl aus demographischen Gründen, das Verhalten der Eltern beim Übertritt, der Abzug der Schüler aus den Hauptschulen. Herausgekommen ist eine Alternative oder Lösung innerhalb der Leitplanken des Artikels 32 BayEUG. Man darf nämlich keine wirklichen Alternativen nennen, sondern sie müssen innerhalb der Leitplanken des Artikels 32 sein. Man hat es ganz schlaugemacht. Nachdem man gemerkt hat, dass die Proteste immer größer werden, hat man gesagt, dass man den Artikel 32 belässt und einen Artikel 32 a einfügt. Je nachdem, wer sich mit den Mittelschulen nicht arrangieren kann, der wird nach Artikel 32 BayEUG behandelt und möglicherweise Gefahr laufen, dass seine Schule aufgelöst wird, und der Rest muss sich entwickeln.

Warum sage ich das? - Weil damit für die Kommunen ganz schnell ein Druck entstanden ist, den Sie immer bestreiten. Sie bestreiten, dass das Kultusministerium diesen Druck jemals wollte. Aber die Kommunen und die Schulämter haben daraus gelesen: Wenn sie nicht noch schnell vor der Beratung des Gesetzentwurfs im Parlament dieses auf den Weg bringen, dann werden sie abgehängt.

Sehr geehrte Damen und Herren, ein normales Verfahren wäre folgendermaßen: Man stellt fest, dass man ein Problem hat, eine Baustelle, die beseitigt werden muss. Dann sucht man nach Lösungen. Das ist vollkommen legitim. Es ist vollkommen in Ordnung, dass das Ministerium das macht. Dann stellt man diese Lösungen zur Diskussion. Wenn man zu einem Ergebnis gekommen ist, ändert man das Gesetz. Dann geht man in die Fläche und versucht, das umzusetzen. Ich würde sagen, wir haben immer noch die Arroganz der Macht.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Es wird ein Vorschlag gemacht, und man ist davon überzeugt, dass das, was man als Gesetzentwurf einbringt, sowieso beschlossen wird. Also kann man es gleich einführen, man muss gar nicht mehr warten, bis es umgesetzt wird.

Die Kommunen haben aber ein Riesenproblem. Sie schließen Zweckvereinbarungen, ohne dass das Gesetz beschlossen ist. Mittlerweile sagen viele, wir lassen die Finger davon, und beurteilen die Umsetzung durchaus kritisch. Ich bin sehr gespannt, was die parlamentarische Beratung tatsächlich noch bringt. Unserer Erkenntnis nach sind die Anhörungen der Verbände durchaus sehr kritisch verlaufen. Eigentlich hört man landauf, landab nur negative Erkenntnisse und große Zweifel, dass das tragfähig ist, große Zweifel, dass diese Bildungsreform wirklich das Ziel erreicht, nämlich die Attraktivität der Hauptschule zu stärken und die Schulstandorte zu erhalten.

Auch hier gilt - deshalb haben wir das als Opposition immer wieder eingefordert -, man hätte die Baustelle in Ruhe beleuchten, gemeinsam nach einer tragfähigen Lösung suchen und mit den entsprechenden Partnern die Lösung ausarbeiten sollen; denn eines gilt in der Bildungspolitik nach wie vor: Nur was auf breiter Basis konsensfähig ist, kann man in der Gesellschaft wirklich durchsetzen. Damit hätte man wahrscheinlich die letzte Chance nicht vertan, in unserem bayerischen Bildungssystem eine Spur nach vorn zu kommen.

Was jetzt durch den Gesetzentwurf passiert, ist ein Rückschritt. Das ist keine Weiterentwicklung der Hauptschule. Ich muss eigentlich fast dankbar sein. Denn dieser Gesetzentwurf wird sicherlich eine Kernauseinandersetzung im nächsten Wahlkampf 2012 sein. Wenn man sieht, dass die Umsetzung nicht klappt, dann werden wir das hier ernsthaft diskutieren. Da kann ich jetzt schon sagen, vielen Dank für diese Wahlkampfauseinandersetzung, die wir von Ihnen geschenkt bekommen.

Ich freue mich auf eine interessante Debatte in den Ausschüssen, die aber wahrscheinlich fruchtlos sein wird. Denn nach Ihren Vorstellungen wird ohnehin

nichts mehr geändert. Trotzdem werden wir um jedes Komma streiten, um im Interesse der Kinder bessere Lösungen zu suchen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Kollege Güll. Herr Kollege Taubeneder ist schon auf dem Weg zum Rednerpult. Die nächste Rednerin nach ihm ist Frau Gottstein.

Walter Taubeneder (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Güll, wir haben große Angst vor der nächsten Wahlkampfauseinandersetzung, ganz große Angst.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Die haben Sie doch letztes Mal auch nicht gehabt!)

Herr Güll, Sie wissen, dass wir gerade über die Mittelschule einen intensiven Dialog geführt haben. Da von "Arroganz der Macht" zu reden, ist weit überzogen. Das möchte ich deutlich zurückweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Kernpunkt dieser Gesetzesänderung sind die bayerische Mittelschule und vor allen Dingen die daraus resultierenden Schulverbünde. Das Bildungsangebot der Hauptschule muss weiterentwickelt werden - daran gibt es, denke ich, keinen Zweifel -, um den gesamtgesellschaftlichen Anforderungen und den spezifischen Herausforderungen auch gerecht zu werden. Ich nenne nur zwei Punkte: Wissensgesellschaft und Fachkräftemangel.

Die jetzt geltende Regelung sieht die Auflösung von Hauptschulen vor, wenn dauerhaft nicht mehr genügend Schüler in einer Klasse sind, nämlich wenn die Klassenstärke auf eine Zahl unter 15 zurückgeht. Aufgrund der aktuellen Zahlen muss man davon ausgehen, dass ein großer Teil der Schulen von dieser Prognose betroffen ist und somit geschlossen bzw. benachbarten Schulen angeschlossen werden müsste. Gerade der ländliche Raum hätte dann viele Hauptschulstandorte weniger, und die Schulwege würden länger werden.

Neben dem Erhalt der Schulstandorte geht es vor allem um die fachlich-inhaltlichen Herausforderungen, nämlich Schülerinnen und Schülern durch ein begabungsgerechtes und differenziertes Angebot mit praxisbezogener und berufsorientierter Schwerpunktsetzung die bestmöglichen Chancen auf eine berufliche Ausbildung oder eine weitere schulische Laufbahn zu geben. Wahlmöglichkeiten im Bereich vertiefte Berufsorientierung, Ganztagsangebote und ein mittlerer Bildungsabschluss - das sind die Schwerpunkte - können kleine Hauptschulstandorte nicht mehr anbieten. Das geht

einfach nicht mehr. Darum ist es notwendig, eine qualitative Verbesserung durch Optimierung der Schulstrukturen zu erreichen. Darum können sich Hauptschulen zu bayerischen Mittelschulen weiterentwickeln, es können Schulverbünde als institutionalisierte Form der Zusammenarbeit benachbarter Hauptschulen gegründet werden. Ein einheitlicher Sprengel erreicht dann, dass allen Schülerinnen und Schülern dieses breite Angebot ermöglicht wird, und das ist schließlich die Hauptaufgabe. Zuständigkeiten und Verfahren zur Entscheidungsfindung werden dabei so geregelt, dass ein Höchstmaß an Verantwortung vor Ort verbleiben kann.

(Alexander König (CSU): Sehr gut, örtliche Verantwortung!)

Übrigens kommt das Dialogforum - Herr Güll, das wissen Sie auch - sehr gut draußen, gerade bei den Sachaufwandsträgern, an.

(Widerspruch der Abgeordneten Tanja Schweiger (FW) und Eva Gottstein (FW))

- Sicher. Bestens kommt sie an. Ich war doch dabei. Wir haben uns abgesprochen. Alle Bürgermeister sagen: Das ist eine neue Form der Entscheidungskultur, die wir haben wollen. Und Kosten - damit wir uns auch darüber unterhalten - haben die Hauptschulen auch jetzt im Sachaufwand, und die sind nachher nicht viel mehr.

(Tanja Schweiger (FW): Nicht viel mehr, aha!)

- Vielleicht gibt es den einen oder anderen Punkt, wo man durch Verbünde irgendetwas neu schaffen muss. Das ist ganz normal. Das müsste aber eine Hauptschule auch tun, wenn sie sich weiterentwickelt. Die würde auch nicht auf dem jetzigen Stand stehen bleiben.

Die Verteilung der Lehrerstunden wird künftig nach Schülerzahlen geregelt. Daher besteht kein staatliches Interesse mehr, Schulen unterhalb bestimmter Schwellen in andere Schulen einzugliedern. Durch eine geschickte Schulortplanung kann man erreichen, dass Hauptschulstandorte so lange wie möglich erhalten werden können. Das ist eine Möglichkeit, die durch den Schulverbund gegeben ist. Das regelt dieses neue Gesetz.

Weitere Änderungen betreffen die Einführung des Ganztagsangebotes. Im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz wird die Ganztagschule als schulisches Angebot aufgenommen, das in gebundener oder offener Form auf Antrag des Schulsachaufwandsträgers eingerichtet werden kann. Es ist wichtig, dass man die Freiwilligkeit dadurch herausstellt, dass dies die Sachaufwandsträger zusammen mit den Schulen organisieren.

Festgelegt wird auch, dass für offene Ganztagsangebote ein Beförderungsanspruch besteht. Das ist eigentlich klar, das ist eine Folge aus der Mittelschulkonstellation der Schulverbände.

Eine wichtige und richtige Änderung ist die neue Festlegung des Einschulungsstichtages. Vorgesehen war, den Einschulungstermin sukzessive bis zum 31. Dezember vorzuverlegen. Das ist korrigiert worden. Jetzt ist der Stichtag der 30. September. Auf Antrag kann aber trotzdem eine vorzeitige Einschulung erfolgen.

Es gibt noch weitere Änderungen, die ich jetzt nicht ansprechen möchte. Ich denke, das machen wir dann ganz intensiv im Bildungsausschuss.

(Beifall des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ihre Redezeit ist zwar um. Aber eine Zwischenfrage von Frau Tolle würde es Ihnen ermöglichen, sie noch um ein paar Sekunden zu verlängern - wenn Sie erlauben. - Frau Tolle.

Simone Tolle (GRÜNE): Ich habe eine Frage, die bei uns im Landkreis bei den Kommunen schon aufgetaucht ist. Ich hätte gerne, dass Sie sie mir beantworten, weil man eigentlich wissen muss, was auf einen zukommt, bevor man ein Gesetz macht.

Grund- und Hauptschule müssen, wenn sie unterschiedliche Träger haben, rechtlich geteilt werden. Ist Ihnen klar, dass dann, wenn die Sachaufwandsträger in Grund- und Hauptschule nicht mehr übereinstimmen, zum Beispiel eine Vermögensauseinandersetzung erfolgen muss, die sehr zeitaufwendig ist und auch zu erheblichen Kosten führt? Das ist die Nachricht, die mir die Bürgermeister mitgegeben haben. Und wenn, wie wollen Sie dieses Problem lösen?

(Alexander König (CSU): Geht's jetzt um die Kinder oder um Erbsenzählerei?)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Kollege.

Walter Taubeneder (CSU): Sie sprechen ein rein formales Problem an. Die Schule bleibt als Schule bestehen. Es sind nur zwei Schulformen, die getrennt sind. Es kommt also nicht so in Frage, wie Sie gesagt haben. Das ist falsch interpretiert.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön. Damit ist die Redezeit abgelaufen.

Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gottstein.

Eva Gottstein (FW): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich in diesen fünf Minuten der Ersten Lesung auf drei

Anmerkungen beschränken, die diesen Gesetzentwurf natürlich nicht abschließend oder umfassend würdigen können.

Erste Anmerkung: Wie kommt es in Bayern zu einem Gesetz - das ist sehr interessant -, zu einem sehr wichtigen Gesetz? Es steht als Erstes in der "BILD"-Zeitung. Das habe ich hier schon einmal gesagt. Damals war es gerüchteweise noch nicht einmal der FDP bekannt. Es ist so, dass es in der "BILD"-Zeitung war, bevor irgendjemand, außer natürlich Ihre geheimen Kanäle, informiert war. Aber der normale Parlamentarismus war nicht informiert, sondern hat die "BILD"-Zeitung lesen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der FW - Tanja Schweiger (FW): Bravo!)

Dann gibt es bereits jede Menge Stellungnahmen in der Öffentlichkeit, zu denen sich ein Großteil der Parlamentarier nicht äußern kann, weil er überhaupt noch nicht Bescheid weiß. Und dann ist es im Parlament.

Gleichzeitig wird es draußen schon mehr oder minder behandelt, als wäre es bereits beschlossen. Da schließe ich mich sehr wohl dem Begriff "Arroganz der Macht" an. Es wird nach wie vor nach außen vermittelt: Was ihr im Landtag macht, ist eigentlich total egal. Wir haben das Gesetz, das ist durch, und alle - das ist das teilweise Erschreckende - richten sich in den Dialogforen schon danach. Jeder sagt: Ihr habt vielleicht mit eurer Kritik recht, aber ändern können wir das nicht. Das wird gesagt, obwohl es hier überhaupt noch nicht besprochen ist. Wir haben jetzt die Erste Lesung.

Das andere ist, dass man hier wieder einmal ein Gesetz durchpeitscht. Es soll zum Beginn des nächsten Schuljahres, also im September, in Kraft treten. Das letzte Dialogforum ist am 14. Juli - letzte Woche ist der aktuelle Plan herumgeschickt worden -, und zwar in Garmisch-Partenkirchen. An diesem 14. Juli wird man über eine Sache diskutieren, die bereits ein paar Wochen später in Kraft treten soll. Das ist nicht sorgfältig und das wird sich leider auswirken.

Dann heißt es immer: In diesen Dialogforen wird diskutiert. Die Eindrücke sind anscheinend doch sehr unterschiedlich. Es wird kaum mehr diskutiert. Man kann froh sein, wenn Eltern anwesend sind, die an den Vorgesprächen nicht beteiligt waren. Man kann froh sein, wenn einmal ein Schulleiter einer Privatschule da ist, der dann sehr wohl äußert, was Sache ist. Aber ansonsten ist ganz klar, und auch die Power-Point-Präsentationen zeigen dies, dass das vorher schon ausgemacht ist. Da wird nichts mehr diskutiert.

(Tanja Schweiger (FW): Maulkorberlass!)

Zweite Anmerkung: die Begründung des Gesetzes. Ich beobachte das bei jedem Dialogforum. Dr. Müller, wenn er anwesend ist, hat immer eine super Begründung, das sollte man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Er sagt: Dieses Gesetz ist notwendig, sonst sterben die Hauptschulen aus; denn wenn eine Klasse in Folge unter 15 Schüler hat, muss diese Hauptschule aufgelöst werden. Ich sage Ihnen etwas. Den entsprechenden Passus des bestehenden Gesetzes zu ändern, wäre lange nicht so kompliziert, wie jetzt ein ganzes neues Gesetz zu schaffen.

(Beifall bei den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Aber das sagt man nicht. Man tut so, als wäre es gegeben, dass es hier einen Passus gibt, mit dem die Hauptschule aufgelöst wird. Sie, meine Damen und Herren von CSU und FDP, haben die Mehrheit. Lösen Sie doch einfach diesen Passus auf, und dann könnten wir uns das ganze Drumherum sparen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Und noch eine Anmerkung: Die Kommunen kaufen hier die Katze im Sack. Es fängt damit an, dass vielen erst jetzt in der Diskussion bewusst wird, dass es einen Unterschied zwischen dem Schulverband und dem Schulverbund gibt. Das ist nur ein Vokal, der nicht allzu häufig verwendet wird und der im Dialekt oft sehr gleichartig klingt. Es ist den Schulen nicht klar, dass dann, wenn die wohnortnahen Schulen erhalten bleiben, dies für eine Stadt wie Eichstätt beispielsweise bedeutet, Schüler hinauszuschicken. Dieses Erwachen wird erst noch kommen.

(Zuruf von der CSU)

Der Schulverbund hat doch zur Folge, dass man sich austauscht.

(Zurufe von der CSU)

- Nein, das ist Vielen nicht bekannt. Ich weiß es, denn ich rede mit den Leuten draußen. Ich weiß, wie es ist.

Das Nächste, was nicht bekannt ist, ist das Budget. Man hält sich mit Aussagen zum Lehrerbudget völlig zurück. Es ist nach wie vor nicht klar, wie hoch es pro Schüler ist, ob es verbessert oder verschlechtert wird, und es ist nach wie vor nicht klar, wer die Verteilung vornimmt.

(Zurufe von der CSU)

Wahrscheinlich ist es der Schulverbundkoordinator mit einer Stunde Anrechnung.

Aber ich muss Ihnen doch ein Kompliment machen. Sie bekommen eine Eins bei der Umgehung des Konnexitätsprinzips; denn die Hauptschulen müssen sich nicht

umwandeln. Es ist erste Sahne, wie Sie es schaffen, dass letztendlich keiner das Konnexitätsprinzip in Anspruch nehmen kann.

Ich gebe Ihnen auch die Note eins im Marketing. Sie verkaufen so Vieles für neu, was schon bisher an den Hauptschulen praktiziert wird und was jeder rechtschaffene Hauptschullehrer bisher auch schon macht, wie die Berufsförderung und anderes. Wenn Sie das nun als Neuigkeit verkaufen, sehe ich das als Beleidigung der bisherigen Arbeit der Hauptschullehrer an.

(Beifall bei den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Frau Kollegin. Nächster Redner ist Herr Gehring, und zum Abschluss folgt Frau Kollegin Will.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zunächst den Journalisten und Buchautor Christian Füller zitieren, der im Juli vergangenen Jahres Folgendes geschrieben hat:

Bayern hat eine Schule erfunden. Warum nicht? Die CSU hat längst begriffen, dass die Hauptschule am Ende ist. Aber sie muss die Bevölkerung auf den Spurwechsel erst vorbereiten. Dafür ist der Begriff Mittelschule perfekt; den kennen Viele schon.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Mittelschule ist tatsächlich ein neuer Begriff erfunden worden. Wer aber erwartet hat, dass damit auch etwas Neues und ein Fortschritt in der Bildungslandschaft Bayern verbunden sind, wurde enttäuscht. Das sieht man sehr deutlich, wenn man dieses Gesetz liest. Es geht darum, das Angebot der Hauptschule im ländlichen Raum zu erhalten und - Frau Gottstein hat schon darauf hingewiesen - diese Regelung der Mindestschülerzahl pro Klasse, die zwangsläufig zur Auflösung der Hauptschule führt, auszuhebeln und den Hauptschulen ein längeres Überleben zu sichern. Es wird allenfalls das Sterben der Hauptschule verzögert, aber es wird nicht das Sterben kleiner Hauptschulen verhindert.

(Simone Tolle (GRÜNE): Genau!)

Und - das ist das Entscheidende - die Verantwortung für die Zukunft dieser kleinen Hauptschulen bzw. die Verantwortung für das Sterben dieser kleinen Hauptschulen wird nach unten verlagert. Das heißt, sie wird in die Schulverbünde verlagert.

Herr Kollege Taubeneder, Sie haben die zentrale Zuweisung der Lehrerstunden angesprochen; dies ist genau der Hebel dafür.

(Simone Tolle (GRÜNE): Genau!)

Mit der zentralen Zuweisung an die Mittelschulverbände wird sehr schnell die Frage kommen, wohin diese Stunden gehen - an die kleine Klitsche draußen, wo noch ein paar Schüler herumspringen, oder an den großen Standort, wo wir die großen Klassen mit den problematischen Schülern haben. Da muss man dann vor Ort entscheiden, welche Schule man zumacht und welche man erhalten kann.

So verstehen wir Selbstverantwortung, so verstehen wir Verlagerung von Verantwortung nach unten nicht, wenn nur der Schwarze Peter nach unten weitergereicht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kollegen haben es schon angesprochen: Das Verfahren ist ärgerlich. Wir beraten heute in Erster Lesung ein Gesetz, über das draußen schon lange geredet wird. Auf der Grundlage dieses Gesetzes, das heute in Erster Lesung behandelt wird, haben bereits zahlreiche Kommunen Kooperationsverträge miteinander abgeschlossen - auf der Grundlage eines Gesetzes, das heute zum ersten Mal hier im Hohen Hause diskutiert wird.

Ich frage mich, welche Erwartung da an den Landtag entsteht, dass er die gesetzliche Grundlage für diese Verträge ändert. Wir werden zu all dem noch ganz spannende Fragen haben. So gibt es beispielsweise in diesem Gesetz den Passus, dass die Schulsprengel innerhalb des Mittelschulverbundes aufgehoben werden. Wir haben jetzt, wie gesagt, zahlreiche Kooperationsverträge von Kommunen, wo genau dazu eine Regelung ausgehandelt wurde, die das Gesetz dann wieder aushebelt, wenn man sagt, der Einzugsbereich dieser Schulen bleibt gleich.

Ich bin gespannt, was da kommen wird. Auch bin ich gespannt, was dann sein wird, wenn es darum geht, die Schülerinnen und Schüler an die verschiedenen Schulstandorte zu verteilen.

Herr Kollege Taubeneder, die Bayern, ob aus dem Allgäu oder aus Niederbayern, sind im Zeigen von Begeisterung nicht immer so überschwänglich. Aber Begeisterung bei diesen Dialogforen zu den Mittelschulverbänden festgestellt zu haben, ist, wie ich meine, wirklich eine Überinterpretation. Wenn man feststellt, dass keine Tomaten fliegen, und dies dann schon als Zustimmung bezeichnet, dann ist das schon arg übertrieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Wort noch zur Finanzierung. Der Schulkoordinator der Mittelschulverbände erhält ein bis zwei Anrechnungstunden. Bei der Finanzierung heißt es, das werde finanziert aus Schulleiterstellen kleinerer Schulen, die nicht mehr besetzt werden, wenn beispielsweise eine Klasse verloren gegangen ist. Auch das ist ein Schritt zum Sterben kleiner Standorte. Zuerst geht der Schulleiter, und irgendwann gehen dann auch die Schülerinnen und Schüler dieser Standorte; denn man braucht diese Stellen, um die Koordinatoren dieser Mittelschulverbände bezahlen zu können.

Die Aussage "keine Kosten für die Kommunen" glaubt Ihnen kein Kommunalpolitiker. Wir werden diese Kosten haben, und wir werden mehr Schulbusverkehr und natürlich auch Investitionskosten haben.

Wir haben jetzt schon in diesen Dialogforen Verteilungskämpfe und Kämpfe zwischen den großen und den kleinen Standorten. Es gibt eine ganze Reihe weiterer Folgeprobleme. Frau Kollegin Tolle hat bereits davon gesprochen. Wir werden uns diesen Themen in den Ausschussberatungen widmen, wie auch den anderen Regelungen, die in dem Gesetzentwurf enthalten sind, auch wenn sie nichts mit dem Thema Mittelschule zu tun haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Will.

Renate Will (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war bisher schon immer so, dass alles, was neu ist, zunächst einmal schlechtgeredet wird. Auch die Dialogforen werden schlechtgeredet. Eigentlich war es die Idee der FDP zu sagen, wir wollen die Thematik draußen vor Ort in den Kommunen mit den Beteiligten diskutieren, damit es zu tragfähigen Lösungen kommt. Es sollten alle mit im Boot dabei sein. Das ist leider nicht überall gelungen; das gebe ich zu. Aber die Idee, es so zu machen, darf doch hier von Ihnen nicht schon wieder schlechtgeredet werden.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Ich möchte mit einem Zitat aus der SZ beginnen, das vor wenigen Tagen in einem Kommentar zum Bundesbildungsbericht zu lesen war. Dieser war überschrieben: "Im Land der Bildungsmuffel". Der Autor Tanjev Schultz stellte darin nüchtern fest: Viele Schüler und Auszubildende sind am Ende ihrer Schul- und Lehrzeit weder berufstauglich noch lebensfähig. Das ist eine erschreckende Bilanz. Diese Klage führen Vertreter von Handwerk und Wirtschaft regelmäßig. Studien be-

legen auch, dass jeder fünfte Absolvent einer Hauptschule nicht ausbildungsfähig ist.

Mein Fazit lautet also: Unsere Schulen müssen besser werden. Die Schulen müssen sich auf die Anforderungen der Wissensgesellschaft einstellen.

Das gilt auch für die Hauptschulen, meine Damen und Herren. Der Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes zielt in die richtige Richtung. Deshalb werde ich mich heute - wie auch meine Vorredner - nur auf das Herzstück des Gesetzentwurfes, nämlich die Einführung der Mittelschule, konzentrieren. Durch das verbesserte schulische Angebot an der Mittelschule kann das Begabungspotenzial der Schüler künftig so ausgeschöpft werden, dass möglichst alle Absolventen ihren Platz in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft praktisch und theoretisch finden können. Ich bin mir sicher: Die Hauptschule erhält mit der Mittelschulreform endlich die Chance, die sie verdient hat. Wir dürfen uns nichts vormachen: Wenn wir die Hauptschule abschaffen, schaffen wir damit nicht den Hauptschüler ab, meine Damen und Herren. Wer dies behauptet, lügt sich in die eigene Tasche.

Dies gilt auch für den Zusammenschluss mehrerer Hauptschulen zu Mittelschulen. Dieser Verbund ist richtig und wichtig und nicht, wie Sie behaupten, der schleichende Abschied von der Hauptschule. Im Verbund erhalten die Schulen mehr Flexibilität in der Klassenbildung und mehr Entscheidungsfreiheiten vor Ort. Erstmals ist es möglich, dass Klassen mit weniger als 15 Schülern am Ort bleiben können.

(Beifall bei der FDP - Tanja Schweiger (FW): Das Geld reicht doch nicht!)

Wenn man alles schlechtredet und so wenig flexibel ist wie Sie von der Opposition, wird gar nichts gelingen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wir versuchen es mit den Möglichkeiten, die wir hier haben.

Die kleinen Hauptschulen im ländlichen Raum bekommen damit wieder eine realistische Zukunftsperspektive. Wir stellen heute die politischen Weichen für den Erhalt eines wohnortnahen Bildungsangebots. Meine Damen und Herren, zu diesen Angeboten gehört nach dem Wunsch der FDP - das ist in den Dialogforen auch zu kurz gekommen - das Kooperationsmodell von Haupt- und Realschule als eigenständige Bildungsangebote unter einem Dach. Leider sind viel zu wenige genehmigt. Ein sehr gutes Beispiel, wie das gelingen kann, gibt es schon in München am Gotzinger Platz. Dort lernen Haupt- und Realschüler in einer Klasse und

profitieren voneinander. Das funktioniert auch in manchen schon begonnenen Modellen auf dem Land, zum Beispiel in einem in Niederbayern. Da ist der Beweis dafür angetreten worden.

Wichtig ist auch, dass diese Schulen und die Mittelschulen als Ganztagschulen geführt werden, beginnend mit Ganztagsangeboten in einzelnen Klassen. Das wird ein wichtiger weiterer Schritt für das Gelingen der Mittelschulreform sein. Eine weitere Bedingung für das Gelingen dieser Reform ist für uns, dass das Niveau des mittleren Abschlusses, das jetzt schon zu den M-Zügen verbessert ist, wirklich auch noch an das Niveau des Realschulabschlusses herangeführt werden sollte. Das ist aus unserer Sicht zwingend erforderlich, um die Akzeptanz der Hauptschüler in der Wirtschaft in Zukunft sicherzustellen, wenn sie schon die Anstrengung unternehmen, einen mittleren Abschluss zu machen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist schon überschritten.

Renate Will (FDP): Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, geben Sie also dieser Reform eine Chance und reden Sie sie nicht klein. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Frau Kollegin. Zum Abschluss der Ersten Lesung hat Herr Staatssekretär Huber ums Wort gebeten.

Staatssekretär Dr. Marcel Huber (Kultusministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nicht die ganze Diskussion noch einmal aufnehmen; dafür wird bei der Behandlung in den Ausschüssen ausreichend Zeit sein. Ich möchte nur einen Vorwurf von mir weisen, der von Frau Gottstein erhoben worden ist, dass nämlich das Parlament quasi missachtet worden wäre und keine Gelegenheit gehabt hätte, Einblick in das zu nehmen, was hier geplant ist.

Ich darf daran erinnern, dass am 23. Februar die Behandlung im Kabinett war und am 24. Februar die Verbandsanhörung eingeleitet wurde. Bereits von diesem Tage an war der komplette Gesetzentwurf über Internet für alle Damen und Herren des Parlaments und auch für alle anderen zugänglich.

(Eva Gottstein (FW): Da war das schon lange in der "BILD"-Zeitung gestanden! - Alexander König (CSU): Das war jetzt kein qualifizierter Zuruf!)

- Üblicherweise veröffentlichen wir nichts über die "BILD"-Zeitung. Sie wissen ganz genau, was da

manchmal drin steht und dass dessen Wahrheitsgehalt nicht immer bei der Interpretation von Gesetzen hilfreich ist. Wollen wir uns doch an die Fakten halten!

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Gemäß dem üblichen Gesetzgebungsverfahren fand zunächst die Behandlung im Kabinett und anschließend die Verbandsanhörung statt. Die Verbandsanhörung endete am 7. April. Wir gehen jetzt in die parlamentarische Behandlung, nachdem wir den Entwurf noch einmal im Kabinett hatten. Jetzt werden wir ihn in die Ausschüsse geben.

Viele Bürgermeister mit ihrem praktischen Sachverstand sehen sich jetzt schon dazu veranlasst, diese Gelegenheit zu ergreifen und etwas dafür zu tun, um den Bestand ihrer Schulen zu sichern. Sehr viele gehen ganz pragmatisch an die Sache heran und sagen sich: Mit der Möglichkeit, Verbände zu bilden, schaffe ich den Spagat zwischen einer substanziellen Verbesserung des Schulangebotes für die Hauptschüler auf der einen Seite und dem Verbleib dieses Schulangebots in der Fläche auf der anderen Seite. Damit erreichen wir etwas, das ziemlich schwierig ist, nämlich widerstrebende Eigenschaften zusammenzubringen. Diese Chance sollten wir nutzen. Sehr viele Bürgermeister nutzen sie gerne.

Ich freue mich darauf, dass die Damen und Herren im Ausschuss die Detailfragen, die sie immer noch haben, klären werden und wir ab dem 01.08. ein Gesetz haben werden, auf dessen Basis wir die Hauptschullandschaft zur Mittelschullandschaft in Bayern entwickeln können - zum Wohle der jungen Leute und auch zum Wohle der Kommunen, die auf ihre Hauptschulen stolz sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Sehr richtig, so machen wir's!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Damit ist die Aussprache zur Ersten Lesung abgeschlossen. Der Gesetzentwurf kommt nun in die Ausschussberatung. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich als federführenden Ausschuss hierfür den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport vor. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.
Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen.
- Danke schön. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen?
- Das war einstimmig. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Antrag der Abgeordneten Otto Zeitler, Christian Meißner, Martin Bachhuber u. a. (CSU)
Führen von Fahrzeugen des Katastrophenschutzes bis 7,5 t (Drs. 16/3337)**

Dazu eröffne ich die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Zeitler. Ihm folgt dann Herr Kollege Perlak.
- Herr Kollege, bitte schön.

Otto Zeitler (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Der vorliegende Antrag enthält ein Anliegen, das den Bayerischen Landtag und die Bayerischen Rettungsverbände seit Jahren, sozusagen seit Generationen, beschäftigt. Ich möchte das heute zum Anlass nehmen, mich bei den Rettungsdiensten herzlich zu bedanken, die unter Einsatz ihrer Freizeit, ihres Lebens und ihrer Gesundheit dafür sorgen, dass wir in Bayern weitgehend unbesorgt leben können.

Der Katastrophenschutz ist Länderaufgabe und damit auch Aufgabe des Bayerischen Landtags. Nach dem Grundgesetz ist er Aufgabe der Länder und nicht Aufgabe des Bundes. Das Problem begann 1999 mit der Einführung des EU-Führerscheins für die Europäische Union, einer an sich vernünftigen Sache. Dieser Maßnahme ist aber der alte Führerschein Klasse III zum Opfer gefallen. Mit dem alten Führerschein Klasse III konnte man Kleinlastwagen bis 7,5 t fahren, wie sie auch die Feuerwehren und die Rettungsdienste benutzen. Am Anfang hat man das Problem nicht so erkannt, weil für den alten Führerschein Klasse III Bestandschutz galt. Das Problem, dass nun immer weniger junge Leute zur Verfügung stehen, die zum Beispiel ein Feuerwehrauto bis 7,5 t fahren können, war nicht gleich erkennbar. Das Problem hat sich erst aufgebaut. Der Bayerische Landtag hat sich häufig mit diesem Thema beschäftigt. Die Meinungen dazu waren nicht unterschiedlich.

Die Bayerische Staatsregierung hat berechtigterweise Druck auf den Bund und auf die Europäische Union ausgeübt. Anfang 2007 ist die dritte EU-Führerscheinrichtlinie in Kraft getreten, die die Möglichkeit eröffnet hat, dass Katastrophenschutzfahrzeuge mit einer Sondererlaubnis gefahren werden dürfen. Vereinfacht ausgedrückt: Der "Feuerwehrführerschein" ist eine Son-

derfahrberechtigung für Fahrzeuge bis 7,5 t. Auf Initiative des Bayerischen Landtags ist der bayerische Innenminister an den Bund herangetreten. Der damalige Verkehrsminister Tiefensee hat das Problem nicht so gesehen. Er hat einer Sondererlaubnis nur bis zu 4,75 t zugestimmt. In der letzten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ist es auch so beschlossen worden, wobei Bayern angekündigt hat, dass es sich damit nicht zufriedengeben und weitere Initiativen entwickeln werde.

Der Antrag von Kollegen der CSU und FDP, der Ihnen vorliegt, geht in diese Richtung. Er ermuntert die Bayerische Staatsregierung, beim Bundesverkehrsminister eine Erweiterung der Sonderfahrerlaubnis auf Fahrzeuge bis zu 7,5 t vorzuschlagen. Wie ich höre, hat der Bundesverkehrsminister seine Sympathie für diesen Vorschlag bekundet und sein Wohlwollen in Aussicht gestellt. Deshalb gehe ich davon aus, dass der heute vorliegende Antrag, der im Übrigen einstimmig in den Ausschüssen beschlossen worden ist, zu einem Ergebnis führt.

Ich bedanke mich bei allen, die diesen Antrag unterstützt haben. Ich spreche heute nicht darüber, wer eher und wer später etwas gewusst oder beantragt hat. Über das Ziel sind wir uns einig. Ich gehe davon aus, dass wir heute die Bayerische Staatsregierung bitten und ermuntern, alles zu tun, damit das Problem bis spätestens Ende des Jahres gelöst wird. Es ist tatsächlich möglich. Es bedarf dazu noch einer Bundesratssitzung. Nachdem die Bundesregierung Zustimmung signalisiert hat, können wir heute den Rettungsdienstverbänden und den Katastrophenschutzorganisationen mitteilen, dass wir davon ausgehen, dass der bayerische Staatssekretär im Innenministerium bzw. der bayerische Innenminister bis Jahresende im Benehmen mit dem Bundesverkehrsminister das Problem gelöst hat. Ich bedanke mich bei allen für die Unterstützung und freue mich, dass die Feuerwehren und Rettungsdienstverbände grünes Licht haben. Erwähnen möchte ich noch, dass in diese Regelung ausdrücklich auch die Anhänger, die zum Beispiel die Wasserwacht benutzt eingebunden werden müssen. Packen wir es an.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächster Redner ist Herr Kollege Perlak. Ihm folgt dann Herr Muthmann.

Reinhold Perlak (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Mit dem Antrag, den der Kollege vor mir dargestellt hat, soll die Staatsregierung darauf hinwirken, dass der Bundesratsbeschluss vom 10. Juli 2009 so umgesetzt wird, dass eine Fahrerlaub-

nis für Fahrzeuge des Katastrophenschutzes bis zu 7,5 t mit nur einer praktischen Unterweisung, das heißt also ohne professionelle Ausbildung und ohne Prüfung, erteilt wird. Damit soll - gut gemeint - vermieden werden, dass insbesondere freiwillig Dienst Leistende sich erneut kostenträchtigen und zeitraubenden Prüfungen unterziehen müssen. Für uns alle ist das gut nachvollziehbar, weil die Betroffenen bisher solche Fahrzeuge führen durften und damit auch Praxis und Erfahrung gewonnen haben. Würde diesem Anliegen nicht stattgegeben, würde es dazu kommen, dass viele Freiwillige nicht mehr für ehrenamtliche Dienstleistungen, zum Beispiel bei der Feuerwehr, zur Verfügung stehen. Die berechtigten Hilferufe, die zuerst von der Feuerwehr und später von anderen Rettungsdienstleistenden kamen, wurden gehört.

Eines möchte ich doch klarstellen. So schön, wie Herr Kollege Zeitler heute gesprochen hat, wurde in den Ausschüssen nicht geredet. Dort wurde nämlich der Eindruck erweckt, die CSU hätte den Antrag alleine gestellt und könnte die Erfindung dieser Maßnahme für sich in Anspruch nehmen. Ich möchte vielmehr darauf hinweisen, dass alle Fraktionen vom Inhalt her ähnliche Anträge gestellt haben. Auch diese wurden in den federführenden Ausschüssen für kommunale Fragen und innere Sicherheit und für Bundes- und Europaangelegenheiten einstimmig befürwortet.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die SPD-Fraktion einen Antrag gestellt hat, wonach gegebenenfalls anfallende Kosten, die die Katastrophenschutzorganisationen von ihren Kommunen ersatzweise einfordern würden, wenn zum Beispiel eine gebührenpflichtige Anordnung käme, nach dem Konnexitätsprinzip vom Freistaat Bayern getragen werden müssen. Dieser Antrag ist leider nicht angenommen worden. Zeitweise war auch gar nicht sicher, ob die Fahrerlaubnis auch für Fahrzeuge anderer Katastrophenschutzorganisationen Gültigkeit haben soll, beispielsweise für das Technische Hilfswerk, für die Wasserwacht oder für ähnliche Organisationen. Unklar war auch noch, ob die Fahrerlaubnis auch für Fahrzeuge mit Anhänger gültig sein soll. Im federführenden Ausschuss wurde uns zuletzt versichert, dass dies der Fall sei.

Ich kann mich auch noch daran erinnern, dass Herr Kollege Meißner versichert hat, er würde mit dem Innenminister sprechen und er sei sich sicher, dass die Angelegenheit in trockenen Tüchern sei. Das vorgetragene Argument im federführenden Ausschuss hat sich teilweise - es sei mir gestattet, dies anzumerken - ein wenig zynisch angehört. Es wurde festgestellt, dass sich der frühere Bundesverkehrsminister Tiefensee der Erweiterung auf 7,5 t verschlossen hätte, dass er dem also nicht zugestimmt hätte. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, eine ganz einfache Abstimmung der Bayeri-

schen Staatsregierung mit Bundesverkehrsminister Ramsauer könnte zu einer sofortigen Lösung dieses Problems führen.

Jetzt kann ich Ihnen eine sehr delikate Information nicht ersparen. Auch Bundesverkehrsminister Dr. Ramsauer will die Lösung mit 7,5 t nicht, während Staatsminister Herrmann - das möchte ich lobend anmerken - den Erwerb der Fahrberechtigung bis zu 7,5 t ohne professionelle Fahrausbildung befürwortet. Wie es mit einem dem derzeit amtierenden Bundesverkehrsminister vorliegenden Antrag so ist, darf ich aus einem Schreiben des Bayerischen Fahrlehrerverbandes vom 24. März dieses Jahres, unterschrieben von Herrn Dr. Weißmann, zitieren:

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Aber bitte kurz, weil Ihre Redezeit gleich zu Ende ist.

Reinhold Perlak (SPD): Ich habe es gleich.

Bei der Vollversammlung der IHK München und Oberbayern am 18. Dezember haben Sie auf meine Bitte, einer Ausweitung der Laienausbildung im Rahmen des sogenannten Feuerwehrführerscheins auf 7,5 t nicht zuzustimmen, mit den Worten geantwortet: Herr Weißmann, ich möchte über die 4,75-t-Regelung nicht hinaus.

Jetzt frage ich Sie, was eigentlich Sache ist. Wir sind im Unklaren gelassen. Gleiches gilt für die Anhänger. Ich möchte daher um Aufklärung bitten, damit es eindeutig festgelegt wird. Im Grunde genommen wollen wir uns über die Angelegenheit nicht streiten, weil wir alle der gleichen Meinung sind, dass wir diesen Führerschein bis zu 7,5 t brauchen, zumal die Feuerwehren sogar darüber hinausgehende Wünsche haben, so zum Beispiel für Drehleitern und Tanklöschfahrzeuge - -

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, ich muss Sie jetzt bitten. Sie haben die Redezeit überschritten. Es tut mir sehr leid.

Reinhold Perlak (SPD): Ich bin schon fertig.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächster ist Herr Kollege Muthmann, und dann kommt Frau Tausendfreund.

Alexander Muthmann (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! An dieser Stelle können wir es inhaltlich kurz machen. Selbstverständlich stimmen wir dem heute zur Debatte stehenden Antrag zu. Der Antrag ist bereits im Februar des letzten Jahres von uns gestellt worden. In dem heute behandelten Antrag ist von den Mehrheitsfraktionen noch

einmal bestätigt worden, was im Februar letzten Jahres umfassend dargelegt worden ist. Es ist richtig, dass das Führen von Einsatzfahrzeugen bis 7,5 t nun auch den Feuerwehrdienstleistenden und den dienstleistenden Rettungsdiensten unter den genannten erleichternden Voraussetzungen ermöglicht werden soll. Ihnen sollte nicht der teure und aufwändige Zusatzführerschein abverlangt werden. Außerdem ist es richtig, sehr geehrter Herr Innenminister, dass in dieser Debatte auf die Problematik der Anhänger hingewiesen wurde.

Wir haben uns in diesem Zusammenhang gefragt, ob wir diesbezüglich einen gesonderten und klarstellenden Antrag nachschieben sollten. Wir sind jedoch der Meinung, dass dies in diesem Debattenbeitrag ebenfalls untergebracht werden könnte. Deshalb appellieren wir an Sie, dass im Rahmen der Rechtsordnung das Führen von dreiachsigen Fahrzeugen, wenn sie ein Gesamtgewicht von 7,5 t nicht erreichen, in das Prüfungsverfahren einbezogen werden. Auf diese Weise können Hilfsdienste wie die Wasserwacht, die darauf in besonderer Weise angewiesen sind, in diesen besonderen Genuss kommen. Dies kann unter Berücksichtigung des Verantwortungsbewusstseins der Hilfsdienste vertreten werden.

Wir können uns auf die Erfahrungen der vergangenen Jahre verlassen. Selbst zur Zeit des alten Führerscheinsrechts ist im Zusammenhang mit Einsatzfahrten von ehrenamtlichen Diensten keine Häufung von Unfällen festgestellt worden. Aus diesem Grund sollten die Regelungen nicht komplizierter als notwendig gestaltet werden. Sie sollten auf einem so einfachen Stand belassen werden, wie dies vor der Rechtsänderung der Fall war und wie es die Rechtslage nun ermöglicht. In diesem Sinne bedanken wir uns bei der CSU und der FDP, dass sie mit ihrem eigenen Antrag das bestätigen, was wir bereits mit unserem Antrag im Februar letzten Jahres vorgebracht haben. Schon damals wurde dem Antrag mehrheitlich zugestimmt.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Selbstverständlich stimmen wir zu. Es ist schließlich unser Antrag.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Als Nächste hat Frau Tausendfreund das Wort. Ihr folgt Herr Kollege Rohde.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag ist in mehrfacher Hinsicht kurios. Ich habe selten einen Antrag der CSU-Fraktion gesehen, auf dem alle Mitglieder der Fraktion stehen.

Anscheinend müssen die Abgeordneten vor Ort einen Arbeitsnachweis abliefern, der zeigt, dass sie sich für die Feuerwehr einsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dem Text des Antrags ist zu entnehmen, dass ein bereits gefasster Bundesratsbeschluss umgesetzt werden soll. Dies ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Normalerweise sollten Anträge bewirken, dass eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht wird, die im nächsten Schritt beschlossen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anscheinend benötigt unser Innenminister die Rücken- deckung unseres Hauses, um sich auf höherer Ebene durchsetzen zu können. Nach dem, was wir eben über Verkehrsminister Ramsauer gehört haben, ist dies wohl auch notwendig.

Kurios ist ebenfalls, dass wir überhaupt eine Debatte im Plenum führen, da es nicht üblich ist, dass einstimmig gefasste Beschlüsse hochgezogen werden. Schließlich handelt es sich hierbei nicht um ein kontroverses Thema.

Die Reduzierung des zulässigen Gesamtgewichts von 7,5 auf 3,5 t für den Pkw-Führerschein war bzw. ist ein ernsthaftes Problem für die Feuerwehren und die vielen Hilfsorganisationen vom Arbeiter-Samariter-Bund bis zur Wasserwacht. Den ehrenamtlichen Nachwuchskräften ist es meines Erachtens nicht zumutbar, dass sie über ihr Ehrenamt hinaus Zeit und Kosten für den CI- oder C-Führerschein aufbringen. Den zusätzlichen Feuerwehrführerschein sollten sie ebenfalls nicht zusätzlich finanzieren müssen. Vielfach ist vorgeschlagen worden, dass der Staat oder die Kommunen die Kosten übernehmen sollen. Dies ist jedoch ebenfalls keine Lösung. Eine derartige Lösung wäre auch überflüssig.

Die Sicherheitsaspekte sind bereits angeführt worden. Dies ist jedoch nicht das Problem, weil bei den Feuerwehren und den Hilfsorganisationen die Fahrpraxis permanent eingeübt werden kann. Dies wird auch gemacht. Rechtlich besteht hierbei ebenfalls kein Problem, da die EU-Richtlinie 2006/126/EG vom Dezember 2006 den Mitgliedstaaten ausdrücklich die Abweichung für die Fahrzeuge des Katastrophenschutzes gestattet. Übrig bleibt die juristische Wortklauberei, ob die Feuerwehr und die anderen Hilfsorganisationen zum Katastrophenschutz gehören. Meines Erachtens ist es völlig eindeutig, dass die Feuerwehr und die anderen Hilfsorganisationen Teil des Katastrophenschutzes sind. Das einzige Hindernis, das dann noch übrig bleibt - hierzu haben wir heftige Briefe erhalten -, ist die Lobby der Fahrlehrer, denen offensichtlich Verkehrsminister Ramsauer auf Bundesebene aufsitzt.

Alle Fraktionen hier im Hause sind sich einig, dass die Ausnahmeregelung für die Rettungsfahrzeuge erreicht werden muss. Die Debatte führen wir heute nur deshalb, damit Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, etwas nachweisen können. Zwar sind die entsprechenden Beschlüsse bereits gefasst worden, dennoch stimmen wir dem Antrag noch einmal zu. Herr Innenminister Herrmann, wenn Sie die Rückendeckung des Landtags mit dieser Debatte brauchen, bekommen Sie diese heute natürlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist Herr Kollege Rohde.

Jörg Rohde (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat ist es verwunderlich, dass wir trotz der einstimmigen Voten in den Ausschüssen noch einmal über dieses Thema debattieren. Jedoch geht es ums Detail. Außerdem sollten wir kritisch nachfragen: Wie verhält es sich mit der EU-Gesetzgebung? Ist es möglich oder nicht? Dabei knüpfe ich an Frau Tausendfreund an. Dies ist unter anderem der Grund, warum wir derzeit die Regelung für Einsatzfahrzeuge bis 4,75 t haben. Fraktionsübergreifend ist in Berlin überlegt worden, ob die Lösung dem EU-Recht entspricht oder nicht. Um keine Klage zu riskieren, sind vorsichtige Entscheidungen getroffen worden. Immerhin ist das Prüfungsverfahren vereinfacht worden.

Im Ausschussprotokoll konnte ich nachlesen - wenn diese Information richtig ist -, dass Österreich den Katastrophenschutz universell definiere. Wenn dies so ist, sollte dies auch in Deutschland möglich sein und im Bundestag entsprechend nachgebessert werden.

Herr Kollege Perlak, wir haben uns um aktuelle Informationen bemüht. Ich habe in Berlin angerufen, um den aktuellen Sachstand zu erfragen. Hat sich die Bundesregierung wirklich schon festgelegt? Sie haben Herrn Ramsauer zitiert. Jedoch ist die Meinung des zuständigen Innenministers für den Katastrophenschutz wichtig. Meines Wissens liegt eine Bürgeranfrage vor. Natürlich gehen viele Anfragen hierzu nicht nur bei uns, sondern auch in Berlin ein. Die Bundesregierung überlegt, wie sie sich positionieren wird. Aus diesem Grund besteht weiterhin Hoffnung. Ein Impuls aus Bayern, über den heute noch einmal diskutiert wird, wäre vielleicht hilfreich.

Mir wäre es wichtig, dass wir eine Lösung finden, die dem EU-Recht entspricht. Dafür lohnt sich die eine oder andere Argumentation. Ich bin mir sicher, dass uns der Landesinnenminister noch aufklären wird. Frau Tausendfreund, für Plan B, falls die gewünschte Lösung nicht durchgesetzt wird, wäre eine Kostenübernahme der Führerscheinprüfungen hilfreich. Natürlich darf dies

nicht an den Kommunen hängen bleiben. Wir wissen alle, in welcher Situation sich die Haushalte auf den verschiedenen Ebenen befinden - so auch der bayerische. Es ist wirklich schwierig. Ich hoffe, dass wir eine Lösung finden, bei der die Praxis Vorrang vor der Prüfung hat, und wir eine kostengünstige Lösung finden, die den ehrenamtlichen Kräften gerecht wird.

Jede Fraktion, die im Landtag vertreten ist, setzt sich für die Interessen der Feuerwehren, des Katastrophenschutzes und der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft - DLRG - ein. Es gibt Nuancen im Weg, aber das Ziel ist klar im Blick. Ich bin gespannt, wie wir in Berlin mit diesem Antrag weiterkommen. Wahrscheinlich kommt es zum Beschluss der Bayerischen Staatsregierung. Viel Erfolg.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Zum Ende der Aussprache hat sich Herr Staatsminister Herrmann zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Staatsminister. Danach kommen wir zur Abstimmung.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr dankbar, dass sich wie im vergangenen Jahr eine breite Mehrheit dieses Hohen Hauses für dieses wichtige Anliegen ergibt und dass diese breite Mehrheit steht. Ich sage ganz unumwunden: Dass das Hohe Haus einmütig hinter diesem Anliegen steht, war im vergangenen Jahr hilfreich, um das Anliegen durchzusetzen, weil die Zustimmung auf anderen Ebenen leider nicht so selbstverständlich und nicht so breit wie hier im Hause ist. Daran hat sich bis heute nur ansatzweise etwas geändert.

Wir hatten im vergangenen Jahr die Situation, dass das Bundesverkehrsministerium und der Bundesverkehrsminister wenig Einsicht gezeigt haben. Parallel dazu habe ich in der Innenministerkonferenz erlebt, dass insbesondere die großen Stadtstaaten wenig begeistert waren. Das Problem von Minister Tiefensee war darunter einzuordnen, dass derjenige, der nur mit Berufsfeuerwehren aufgewachsen ist, zu den Problemen der freiwilligen Feuerwehren im ländlichen Raum und zu den Bedingungen, unter denen diese einsatzfähig sind, nicht immer den richtigen Zugang hat. Deshalb kamen in der Innenministerkonferenz zunächst von Berlin, Hamburg und Bremen viele Bedenken.

Nun liegt der Innenministerkonferenz das Feuerwehrwesen stark am Herzen. Deshalb ist es gelungen, dort eine breite Mehrheit zu organisieren. In der Verkehrsministerkonferenz, die sich mit der Führerscheinprüfung beschäftigt, war das wesentlich schwieriger. Läge die Federführung beim Bundesinnenministerium, hätten wir uns schon im letzten Jahr wesentlich leichter

getan. Ich mache das nicht parteipolitisch an dem jeweiligen Amtsinhaber fest, sondern an der inneren Einstellung des gesamten Hauses. Anscheinend haben die Fahrlehrer im Bundesverkehrsministerium - ich will niemandem etwas unterstellen - die größere Lobby als die Feuerwehr.

(Zuruf des Abgeordneten Jörg Rohde (FDP))

Das ist das Problem. Wir müssen uns weiter gemeinsam dafür einsetzen.

Herr Kollege Perlak, ich kann Ihnen mitteilen, dass ich den Rohentwurf für einen neuen Gesetzentwurf dem Kollegen Ramsauer am 11. Januar 2010 zugesandt habe und er mir erfreulicherweise vier Wochen später geantwortet und nicht nur für die Übersendung des Vorschlages gedankt, sondern auch mitgeteilt hat, dass er sich darüber freue und es begrüße, dass wir noch einmal die Initiative ergreifen. Er hat mich ermuntert - dieser Ermunterung hätte es nicht bedurft -, diese Initiative im Bundesrat einzubringen. Das werden wir tun. Sobald die Vorbereitungen abgestimmt sind, können wir das im Mai beschließen und auf den Weg bringen.

Ziel unserer Initiative ist es, bis 7,5 t die verbandsinterne Ausbildung zu ermöglichen, wobei die Ansprüche gegenüber der Ausbildung und der Prüfung für 4,75 t höher sein müssen. Ziel ist es, die Prüfung verbandsintern ablegen zu können, nämlich bei der Feuerwehr, dem Roten Kreuz und so weiter.

Was letztes Jahr bis 4,75 t vom Bundestag und Bundesrat ermöglicht wurde, haben wir in Bayern als erstes Bundesland umgesetzt, und es funktioniert hervorragend. Nach einem halben Jahr gibt es niemanden mehr, der meint, dass das nicht funktionieren würde. Überall wird festgestellt, dass das gut sei. Inzwischen haben sich eine Reihe anderer Bundesländer der konkreten Ausgestaltung in Bayern bis 4,75 t angeschlossen. Nach demselben Muster, aber mit höheren Anforderungen, wollen wir das bis 7,5 t machen, sowohl für die schwereren Fahrzeuge als auch für die Anhänger. Für die Wasserwacht und die DLRG ist das von großer Bedeutung. Wir werden das mit auf den Weg bringen.

Meine Erfahrung aus dem vergangenen Jahr ist - ich sage das ohne besondere Beamtenchelne in Richtung Berlin - betreffend das EU-Recht, dass das Bundesverkehrsministerium nach Brüssel geschrieben hat, ob dort wegen dieser Idee Probleme gesehen werden. Wenn man so fragt, braucht man sich nicht zu wundern, dass man die entsprechenden Antworten bekommt. Tatsache ist: Brüssel hat gegen das, was letztes Jahr vom Bundestag und Bundesrat beschlossen wurde, keinen Mucks getan. Zur 4,75-t-Regelung ist kein Wort

aus Brüssel gekommen. Das ist völlig anstandslos gelaufen. Deshalb sollten wir mit Mut den zweiten Schritt gehen.

Ich freue mich über die gemeinsame Zustimmung; denn es ist wichtig, dass in der Innenministerkonferenz, der Verkehrsministerkonferenz und bei der Diskussion im Bundesrat mitgeteilt werden kann, dass alle Fraktionen im Bayerischen Landtag geschlossen hinter der Forderung stehen, weil diese im Interesse der Rettungsdienste ist. Für diese Unterstützung bedanke ich mich, und in diesem Geiste sollten wir weiterarbeiten.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit empfiehlt die unveränderte Annahme dieses Antrags. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 6, 7 und 8 zur gemeinsamen Beratung auf:

Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Reinhold Perlak u. a. (SPD) Zukunft der Feuerweherschulen (Drs. 16/3068)

und

Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Reinhold Perlak u. a. (SPD) Feuerwehr (I) Förderung des besonderen Ehrenamts bei der Feuerwehr (Drs. 16/3069)

und

Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Reinhold Perlak u. a. (SPD) Feuerwehr (II) Anpassung der Förderrichtlinie 2010 (Drs. 16/3070)

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Aures. Bitte schön, Frau Aures.

Inge Aures (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir beraten heute drei wichtige Anträge, die die SPD-Fraktion eingebracht hat. Ich schicke voraus, dass es um die Zukunft der drei Feuerweherschulen, um die Förderung des besonderen Ehrenamts bei den freiwilligen Feuerwehren und um die Anpassung der Förderrichtlinien ab dem Jahr 2010 geht.

Ich will Ihnen ins Gedächtnis holen: Von den bayerischen Feuerwehren werden jedes Jahr rund 200.000 Einsätze gefahren. Insgesamt sind 7.000 Feuerwehren davon betroffen. Alle 2,5 Minuten rückt eine freiwillige Feuerwehr aus. Wir wissen also, wovon wir sprechen. Wir müssen auch sehen, dass im Jahr rund 9.000 Menschen - Männer, Frauen, Kinder - gerettet werden. Deshalb ist es für die SPD nicht nachvollziehbar, dass wir sehr viel Geld, das wir für die freiwilligen Feuerwehren bekommen könnten, liegen lassen. Jedes Jahr kommen 55 Millionen Euro vom Bund im Rahmen der Feuerschutzsteuer nach Bayern. Meine Kollegin Helga Schmitt-Bussinger hat eine Anfrage an die Staatsregierung gestellt und bei der Antwort glaubt man, seinen Augen nicht trauen zu können: Von den 55 Millionen Euro, die zu Verfügung stehen, wurden 27,77 Millionen nicht ausgegeben. Die Hälfte des Geldes für die freiwilligen Feuerwehren liegt also noch parat. Wir finden, das ist ein unhaltbarer Zustand.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Freien Wähler)

Wenn man die Begründung des Innenministeriums liest, weshalb das Geld noch auf der Straße liegt, dann klingt sie fast wie eine Entschuldigung. Es wird gesagt, man habe nicht mehr so einen hohen Mittelbedarf festgestellt. Wer so etwas sagt, der weiß nicht, was in der Realität, was draußen bei den Feuerwehren los ist. Der weiß beispielsweise nicht, mit welchen alten Autos die Feuerwehren herumfahren.

(Lachen bei der CSU - Zurufe der Abgeordneten Josef Miller (CSU) und Alexander König (CSU))

- Doch, Sie brauchen nicht zu lachen. Es ist notwendig, dass wir in die Feuerwehrförderung einsteigen. Mit den Sonntagsreden muss jetzt Schluss sein. Die Staatsregierung muss sich ihrer Verantwortung stellen und dafür sorgen, dass das Geld draußen bei den Feuerwehren landet.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen wir doch einmal die Feuerweherschulen. Sie brauchen dringend qualifiziertes Personal, das auch adäquat bezahlt wird. Eine angemessene Vergütung ist notwendig, sonst findet sich keiner mehr, der die Ausbildung der Feuerwehrleute durchführen will. Wir müssen die Fort- und die Ausbildung in den Feuerweherschulen massiv verstärken. Vor allem aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, brauchen die Feuerweherschulen eine bedarfsgerechte Ausstattung mit technischem Material und Equipment. Die Feuerwehren vor Ort sind teilweise besser ausgestattet als die Feuerweherschulen. Das ist ein Armutszeugnis. Wir müssen den Schulen deshalb Material zur Verfügung stellen,

wie es auch vor Ort vorhanden ist. Die Ausrüstung der Schulen muss auf dem Stand der Zeit sein.

Die Staatsregierung hat erklärt, es sei eine Projektgruppe eingerichtet, die derzeit tage. Wir bitten höflichst, dass die von uns schriftlich eingereichten Punkte in dieser Projektgruppe in die Diskussion eingebracht werden. Vor allem aber müssen Fachleute zu dieser Projektgruppe hinzugezogen werden.

Der zweite Punkt, den wir behandeln, betrifft das Ehrenamt. Wir haben hierzu einen Berichts Antrag gestellt. Ich bitte um Unterstützung dieses Antrags. Wir wollen der Nachwuchsförderung einen hohen Stellenwert zubilligen. Die demografische Entwicklung zeigt, wir werden in Zukunft auch bei den Feuerwehren Nachwuchs sorgen bekommen. Wir fordern, auf den Prüfstand zu stellen, ob man das Ehrenamt nicht dadurch fördern kann, dass man auch den Angehörigen der Feuerwehrleute Vergünstigungen gibt. Das könnte beispielsweise für die Eintritte bei öffentlichen Einrichtungen der Fall sein, bei Museen, aber auch bei der Schifffahrt auf den bayerischen Seen, bei Theatern oder bei den Bädern. Das wäre wichtig. Wir wollen auch, dass geprüft wird, ob nicht auch für die freiwilligen Feuerwehrleute eine Altersfürsorge eingeführt werden kann. Wir denken auch an eine steuerliche Vergünstigung. Auch dieser Aspekt sollte nach unserer Auffassung auf den Prüfstand. Man könnte auch überlegen, ob man nicht einen Zuschuss beim Erwerb eines Führerscheins leisten kann, wenn der Erwerb im Interesse der Ausübung des Feuerwehrdienstes steht. Das wäre für die jungen Leute wichtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Feuerwehrrichtlinien sind derzeit so eng gefasst, dass von den 12 Millionen Euro, die dafür eingestellt sind, nur 8 Millionen Euro ausgezahlt wurden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das heißt, auch hier bleiben vier Millionen Euro auf der Strecke. Es liegt also einiges im Argen. Wir sagen deshalb, die Prüfrichtlinien müssen auf den Prüfstand. Es kann nicht sein, dass die Beträge, die es in diesem Förderkatalog pro Drehleiter, pro Stellplatz und pro Auto gibt, nicht fortgeschrieben werden. Es muss auch noch einmal deutlich gesagt werden: Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Stellplatzpauschale, und zwar pro Stellplatz. Wir fordern auch, die Fördersummen durch einen flächendeckenden Zuschuss für zusätzliche Bauten und Räume zu erhöhen. Typische Feuerwehrstätten wie beispielsweise Schlauchtürme müssen in besonderer Weise behandelt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Wenn man einen Ölschadenanhänger oder einen Mannschaftstransportwagen hat, dann gibt es für solche Fahrzeuge keine Zuschüsse. Die Abstellflächen müssen aber auch für diese Fahrzeuge vorhanden sein. Es müssen die notwendigen Stellplätze geschaffen werden. Wir bitten deshalb, auch diese Aspekte einzubeziehen. Auch Mehrzweckfahrzeuge wie beispielsweise ein Tanklöschfahrzeug 16/25 oder ein Staffellöschfahrzeug 10/6 müssen in den Katalog aufgenommen werden. Wir bitten deshalb um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Finanzierungsplan!)

- Geld habt ihr genug! Hätten Sie nicht so viel Geld bei der Landesbank versenkt, hätten Sie Geld im Überfluss!

(Alexander König (CSU): Das ist totaler Populismus! - Harald Güller (SPD): Herr Kollege König, jetzt wollen Sie auf einmal von der Feuerwehr nichts mehr wissen!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist Herr Kollege Zellmeier. Er macht sich schon auf den Weg. Danach kommt Herr Kollege Pohl. Herr Zellmeier, Sie haben das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Aures, die Landesbank hat mit der Feuerschutzsteuer gar nichts zu tun, denn diese ist zweckgebunden und könnte gar nicht anders verwendet werden.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Da brennt es aber auch gelegentlich, Herr Kollege Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU): Auch da brennt es gelegentlich, deshalb brauchen wir eine gute Feuerwehrausstattung, um löschen zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bedeutung der Freiwilligen Feuerwehr in Bayern ist enorm. Ihr gehören mehr Bürgerinnen und Bürger an als in den anderen Bundesländern. Über 300.000 ehrenamtliche Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen stellen die größte Bürgerbewegung, die größte Bürgerinitiative Bayerns dar.

(Zurufe von der CSU: Bravo!)

Es ist deshalb notwendig, dass wir unsere Feuerwehrleute hervorragend ausbilden und dass wir Investitionen fördern und die ehrenamtliche Tätigkeit stärken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wir können zwei Ihrer Anträge zustimmen. Wir werden den Antrag, die Förderrichtlinien anzupassen, aber ableh-

nen. Sie sind nämlich leider wieder einmal zu spät dran. Die Förderrichtlinien sind in Gesprächen mit den Spitzenverbänden abgestimmt worden und sie werden, davon gehe ich aus, in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Man hat einen konstruktiven Kompromiss gefunden. Soweit ich gehört habe, handelt es sich um einen Kompromiss zwischen der Förderung der ländlichen Feuerwehren - man wird ein oder zwei Stellplätze höher fördern - und der Förderung der größeren Feuerwehren. Sie müssen stärker gefördert werden, weil dort durch den technischen Aufwand wesentlich höhere Kosten entstehen.

Wir werden den Antrag ablehnen, weil er zum einen überholt ist. Es gibt aber noch einen weiteren Grund: Die SPD hat die Forderungen des Landesfeuerwehrverbandes völlig ungeprüft übernommen. Als Politiker, als Hohes Haus, müssen wir abwägen, was sinnvoll, was machbar, was umsetzbar ist. Diese Abwägung ist jetzt erfolgt. Ich denke, wir können vieles höher fördern, beispielsweise und vor allem die Stellplätze. Wir werden auch die Schlauchtürme wieder berücksichtigen, das ist mir sehr wichtig. Andere Dinge, wie beispielsweise eine Generalsanierung, kommen aber nicht in Frage, weil sie auf Dauer nicht bezahlbar sind.

Auch uns von der CSU-Fraktion bewegt die Zukunft der Feuerwehrschoolen stark. Die Aus- und Weiterbildung ist ein wichtiger Punkt in der heutigen Zeit. Die Technik, das Wissen und das Können der Feuerwehroleute müssen wesentlich besser sein, als das in der Vergangenheit der Fall war, um sich selbst und andere im Notfall besser schützen zu können. Deshalb gibt es die Projektgruppe. Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie waren wieder einmal zu spät dran. Diese Projektgruppe existierte schon, bevor Ihr Antrag eingereicht wurde. In dieser Projektgruppe sind die Fachleute vertreten. Deshalb danke ich an dieser Stelle auch dem Landesfeuerwehrverband, dass er bereit ist, für die Teilprojekte Personal, Organisation, Ausbildung und Infrastruktur sein Wissen und Können einzubringen. Auch wir haben das Ziel, eine flächendeckende Aus- und Weiterbildung zu sichern. Die drei Standorte Geretsried, Regensburg und Würzburg sollen weiterhin Schwerpunkte der Ausbildung bleiben.

Natürlich gibt es Schwachpunkte und Änderungsbedarf. Auch mir ist bewusst, liebe Frau Kollegin Aures, dass die Ausstattung manchmal zu wünschen übrig lässt. Es ist allerdings widersprüchlich, wenn Sie einerseits sagen, manche der Feuerwehrfahrzeuge draußen seien uralt, während Sie andererseits erklären, diese Fahrzeuge seien besser als die von der Feuerwehroschule. Wie viel älter sollen dann diese Fahrzeuge sein? - Ich glaube, unsere Feuerwehren draußen auf dem Land sind gut ausgestattet. Diese gute Ausstattung wollen wir auch bei den Feuerwehroschulen. Wir

brauchen ein vernünftiges Personalkonzept, und in dieser Frage vertraue ich auf die Projektgruppe, die bis zum Jahresende sicherlich gute Vorschläge vorlegen wird. Wir werden deshalb dem Berichts Antrag in der Fassung des Innenausschusses zustimmen. Anders als Sie wollen wir aber keine Vorgaben. Wir wollen einen Bericht, in dem dargelegt wird, was die Projektgruppe macht. Die Projektgruppe soll nämlich frei arbeiten können, ohne parteipolitische Vorgaben.

(Lachen bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Förderung des Ehrenamtes ist nicht nur bei der Feuerwehr, aber auch dort, für mich und die ganze CSU-Fraktion ein zentrales Anliegen. Wir wollen den Vergleich mit den anderen Bundesländern und wir brauchen diesen Vergleich sicherlich nicht zu scheuen. Lassen Sie mich aber anmerken, so sinnvoll der Bericht ist, es sind einige Punkte im Antrag enthalten, bei denen ich große Zweifel hege. Eine Beteiligung an der Altersvorsorge hört sich gut an, aber wegen ein paar Euro monatlicher Rente für Feuerwehrdienstzeiten wird heute kein junger Mensch zur Feuerwehr gehen. Viel wichtiger ist eine herausragende technische Ausstattung. Denn junge Menschen begeistern sich für die Technik, sie wollen einsatzfähig und stolz sein auf ihre Feuerwehr, wenn sie ausrücken und zum Notfall fahren müssen. Deshalb brauchen wir vor allem Investitionen in die Technik, weniger in die nachgelagerte Altersversorgung, die in den Köpfen junger Menschen, glaube ich, keine Rolle spielt.

Steuerliche Vergünstigungen sind für das Ehrenamt natürlich immer gefragt. Darüber wird aber wohl eher der Bund entscheiden als Bayern.

Das Gleiche gilt für die Versicherung: Hier ist mehr die Privatwirtschaft gefragt.

Die motivierenden Formen der Anerkennung liegen mir sehr am Herzen. Allerdings weiß ich nicht, ob dort der Stein der Weisen gefunden wird. Aber wenn es in anderen Ländern noch neue Formen der Anerkennung gibt, die besser sind als unsere, werden wir diese Anregungen sicherlich gerne aufgreifen.

Ein großes Anliegen ist mir die Freistellung der Feuerwehrdienst Leistenden seitens der Arbeitgeber. Manche Arbeitgeber sagen: Du kannst schon Mitglied der Feuerwehr sein, aber tagsüber rückst du nicht aus, nur in deiner Freizeit. - Daran müssen wir arbeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen; das ist ein Punkt, der im Rahmen des Berichts eine besondere Würdigung erhalten sollte.

An Vergünstigungen etwa bei staatlichen Einrichtungen wird bereits gedacht; die Ehrenamtskarte ist in Vorbe-

reitung. Das sollte man eng miteinander abstimmen. Auch hier ist der Bericht sicherlich sinnvoll.

Skeptisch bin ich, wenn es darum geht, den Feuerwehrführerschein zu bezuschussen, weil hier kommunale und staatliche Aufgaben vermischt würden. Ich sage demgegenüber ganz bewusst: Ein Ziel der Föderalismusreform war es, die Aufgaben von Bund und Land zu entflechten. Wir sollten also im Land die Aufgaben von Staat und Kommunen nicht zusätzlich verquicken, sodass jede einzelne Aktivität der Kommunen staatlich gefördert wird, sondern vielmehr dafür sorgen, dass die Kommunen finanziell gut ausgestattet sind. Nicht sinnvoll ist es, wenn wir in einzelne Förderungen gehen, die sehr bürokratisch, verwaltungsaufwendig und kostenintensiv sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Wir werden, wie gesagt, dem Antrag auf einen Bericht zum Ehrenamt in der vom Innenausschuss vorgeschlagenen Fassung zustimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Kollege Zellmeier. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Pohl für die Freien Wähler. Bitte, kommen Sie ans Pult. -

Bernhard Pohl (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Gern. - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte dort fortsetzen, wo Kollege Zellmeier aufgehört hat, nämlich bei dem Appell, die Kommunen besser zu fördern. Herr Kollege Zellmeier, mit diesem Appell sprechen Sie uns Freien Wählern natürlich aus der Seele, aus dem Herzen. Bitte setzen Sie das in Ihrer Fraktion, bei Ihrer Staatsregierung auch durch.

Herr Staatsminister Herrmann hat davon gesprochen, es sei ein gutes Zeichen, dass das Haus beim Feuerwehrführerschein einstimmig votiert habe. Ich füge an: Auch hier geht es um Anliegen, die uns alle parteiübergreifend einengen. Ich hoffe, Herr Staatssekretär, dass Sie dieses Zeichen, zumindest im Hinblick auf die ersten beiden Anträge, mitnehmen, um damit den Anliegen aus dem Bereich der inneren Sicherheit in der Staatsregierung wieder mehr Gewicht zu verleihen. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen feststellen, dass wir Innenpolitiker mit unseren Anliegen gegenüber anderen Politikbereichen zurückgefallen sind. Hier müssen wir wiederum fraktionsübergreifend alles daran setzen, dass die Innen- und Sicherheitspolitik in Bayern wieder den Stellenwert bekommt, den sie in unserem Freistaat einmal hatte.

Lassen Sie mich konkret zur Feuerwehr kommen: 320.000 Ehrenamtliche leisten Dienst bei der Feuerwehr. Das ist nicht selbstverständlich. In Nordrhein-

Westfalen etwa gibt es im Wesentlichen staatliche Feuerwehren, Berufsfeuerwehren. Das heißt: Der Staat muss für die Erfüllung dieser Aufgabe bezahlen, die hier in Bayern von Ehrenamtlichen unentgeltlich erfüllt wird. Unabhängig davon, dass das eine hohe Anerkennung verdient, erspart es uns auch Milliardenbeträge, die wir sonst aufbringen müssten, denn die Sicherheit und der Brandschutz sind eine staatliche Pflichtaufgabe.

Da kann es nicht sein, dass wir mit einem Achselzucken darüber hinweggehen und sagen "Es ist halt so!", wenn 50 % der Fördermittel nicht abgerufen wurden. Frau Kollegin Aures hat es vorhin angesprochen. Warum wurden diese Mittel nicht abgerufen? - Jetzt bin ich wieder bei Ihnen, Herr Kollege Zellmeier: Das geschieht deswegen, weil die Kommunen nicht genügend Geld für die Kofinanzierung haben. Warum haben sie das Geld nicht? - Weil wir unsere Kommunen am ausgestreckten Arm verhungern lassen.

(Beifall bei den Freien Wählern - Jörg Rohde (FDP): Nein, das stimmt nicht! - Alexander König (CSU): So ein Schmarren!)

- Ich weiß, dass Ihnen das peinlich ist;

(Alexander König (CSU): Sie müssen sich einmal umschauen, Herr Kollege Pohl! Sie leben doch in einer völlig anderen Welt, wenn Sie so etwas sagen!)

- Herr Kollege König, Sie müssen hier ganz still sein. Schauen Sie sich einmal die Verhältnisse in der Stadt Hof an. Hier ist mit staatlicher Verantwortung ein Zustand eingetreten - ich möchte nichts dramatisieren und Griechenland hier nicht nennen, aber genehmigungsfähig ist dieser Haushalt der Stadt Hof mit Sicherheit nicht.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU - Jörg Rohde (FDP): Wir haben es gemerkt!)

Aber kommen wir zurück zur Feuerwehr. Die SPD hat einen Antrag zu den Feuerweherschulen gestellt. Kollege Zellmeier hat gesagt, hier gebe es eine Projektgruppe; die SPD sei zu spät dran. Er hat ausgeführt: Jawohl, wir haben Fachleute, die sich um diese Sache kümmern. - Herr Kollege Zellmeier, Sie dürften schon ein bisschen mehr Selbstbewusstsein an den Tag legen. Wir beide, Sie und ich, insbesondere Sie, werden nicht dafür bezahlt, die Arbeit der Staatsregierung bewundernd zu begleiten. Wir sind auch dazu aufgerufen, Eigeninitiativen zu ergreifen.

Dazu möchte ich sagen: Immer wieder wird behauptet, aus den Reihen der Opposition komme lediglich Fundamentalkritik. Hier hat die SPD einmal bewiesen, dass sie sehr konstruktive Vorschläge machen kann. Diese

konstruktiven Vorschläge sollten in die Arbeit der Projektgruppe eingespeist und dort evaluiert werden. Ob alles umgesetzt wird, ist natürlich eine andere Frage. Die SPD ist hier als Ideengeber aufgetreten. Ich denke, das muss man auch einmal positiv hervorheben. Es wäre übrigens ein Zeichen für dieses Haus, wenn man dieses parteiübergreifend honorieren würde, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Ich komme zum nächsten Antrag, zum Ehrenamt. Das Ehrenamt - Sie wissen es - liegt den Freien Wählern besonders am Herzen. Die Stärkung und Förderung des Ehrenamts sind grundlegende Forderungen der Freien Wähler. Auch diesen Antrag der SPD werden wir unterstützen. Wir sagen allerdings auch, dass wir die Förderung des Ehrenamtes nicht auf die Feuerwehren beschränkt wissen wollen. Deswegen werden wir, nachdem der Bericht über die Details gegeben wurde, noch einmal darüber zu sprechen haben, natürlich auch über die Sinnhaftigkeit jeder einzelnen der vorgeschlagenen Maßnahmen. Kollege Zellmeier hat zu Recht auf die rentenrechtliche Komponente angespielt. Ich denke, hierüber müssen wir fundamental beraten, ob das Sinn macht und was denn Sinn macht.

Klar ist aber, dass wir eine stärkere Förderung des Ehrenamts brauchen. Denn wenn wir hier nicht beizeiten Vorsorge treffen, kann es sein, dass uns das Ganze auf die Füße fällt, wenn nämlich irgendwann einmal die Bereitschaft zurückgeht, sich im Ehrenamt für die Allgemeinheit zu engagieren. Man kann sich nicht darauf beschränken, zähneknirschend und wütend dazu Stellungnahmen abzugeben, wenn einer Feuerwehrfrau aus dem Raum Augsburg gekündigt wird, weil sie zum Feuerwehrdienst eingerückt ist, weil sie Dienst an der Allgemeinheit geleistet hat. Meine Damen und Herren, das ist ein gesellschaftlicher Skandal. Ich sage ganz deutlich: Das ist weit schlimmer als dieser groteske Maultaschen-Fall, über den wir dank eines Antrags der SPD in einigen Wochen beraten werden. Hier müssen wir initiativ werden; das kann doch nicht wahr sein.

Schauen wir einmal in die Schweiz. In der Schweiz ist das Ausüben eines Ehrenamts ein Beförderungsgrund. Dort ist ein Ehrenamt Grundvoraussetzung für ein Spitzenamt, für eine Spitzenposition im Staat, in der Gesellschaft oder in der Wirtschaft. Bei uns akzeptieren wir es aber, dass jemand wegen der Ausübung des Feuerwehrdienstes gekündigt wird. Das ist ein Armutszeugnis für diese Gesellschaft und auch für die Politik. Wir müssen schleunigst und schnell Gegenmaßnahmen ergreifen.

Nun zum dritten Antrag, der die Förderung und Zuschussung der Feuerwehrhäuser betrifft. Hier müssen wir differenzieren. Selbstverständlich sind wir der Meinung, dass die Zuschüsse insgesamt erhöht werden müssen. Ich sage noch einmal: Die Kommunen können das nicht leisten. Wir sind für mehr Förderung. Ob die gerechtere Verteilung, die Sie von der SPD fordern, der Stein der Weisen ist, bezweifeln wir. Sicherlich ist es richtig, dass große Feuerwehren einen größeren Investitionsbedarf haben. Allerdings müssen große Kommunen in ihren Haushalten mehr Mittel dafür vorsehen. Deshalb sind wir für die Stärkung der kleineren Kommunen, die im Regelfall die kleineren Feuerwehren vorhalten müssen. Wir sind daher gegen eine entsprechende Ausdifferenzierung, die Sie für gerecht halten.

Herr Kollege Zellmeier, es ist natürlich sehr billig, wenn Sie sagen, dass es einen Kompromiss mit den Spitzenverbänden gebe und die SPD wieder einmal zu spät dran gewesen sei. Der Antrag der SPD wurde zu einem Zeitpunkt eingereicht, als es diesen Kompromiss mit den Spitzenverbänden noch nicht gab. Ich möchte uns alle auffordern, uns nicht in die Rolle des kontemplativen Zuschauers zu begeben, sondern dieses Thema selbst aktiv zu begleiten. Wir als Parlament können ebenfalls Vorgaben machen und sollten die Verantwortung und die Entscheidungskompetenz nicht auf Fachgremien und Ministerien delegieren.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Redezeit geht zu Ende.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Sie ist zu Ende.

(Heiterkeit bei der CSU)

Bernhard Pohl (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Zum Antrag 1: Zustimmung. Zum Antrag 2: Zustimmung. Zum Antrag 3: Ablehnung.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitte ich Frau Kollegin Tausendfreund ans Pult.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute findet ein richtiges Feuerwehrplenum statt. Wir werden zwar weitgehend einstimmige Beschlüsse fassen und verfolgen eine einheitliche Linie, aber die Debatte muss anscheinend noch einmal geführt werden. Diese Debatte bot heute jedenfalls die Gelegenheit, wieder einmal einen echten Pohl zu hören.

Mit dem ersten Antrag wird die Staatsregierung aufgefordert, die Arbeit und die Zukunft der Feuerwehrschaulen zu sichern. Außerdem soll es eine Berichterstattung aus der Projektgruppe geben. Dem stimmen wir natürlich zu. Ich danke der SPD für die Ausarbeitung des umfangreichen Fragenkatalogs. Diese Fragen müssen beantwortet werden. Vielleicht wäre es aber sinnvoller gewesen, darüber zu debattieren, wenn der Bericht vorliegt. Hoffentlich geschieht das zusätzlich.

Die Herausforderungen für die Feuerwehren und die sonstigen Hilfsorganisationen nehmen stetig zu. Gleichzeitig steigen die technischen Anforderungen. Die zu leistenden Einsätze werden immer komplexer. Die Gefahrenquellen müssen in Sekundenbruchteilen richtig eingeschätzt werden. Entscheidend ist eine optimale Koordination zwischen den Beteiligten am Einsatzort; denn dies kann lebensentscheidend sein. Sehen wir uns die Realität an: Die drei Feuerwehrschaulen, die wir in Bayern haben, können diesen Anforderungen nicht mehr gerecht werden. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten leisten die Feuerwehrschaulen hervorragende Arbeit. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal hervorheben. Aber es fehlt an Personal, an Ausstattung und an Ausbildungskapazitäten.

Bei der Feuerwehr in meinem Landkreis konnte vor ein paar Jahren wenigstens noch die Hälfte der eigentlich erforderlichen Kurse belegt werden. Jetzt kann nur noch ein Viertel der eigentlich erforderlichen Kurse gebucht werden. Das ist ein heftiges Problem. So können wir nicht die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, um die Nachwuchskräfte ausreichend auszubilden. Hier besteht ein Handlungsbedarf. Wir müssen für mehr Fortbildung und für eine bessere Fortbildung sorgen und die verschiedenen Einsatztypen trainieren, damit die Einsatzkräfte im Ernstfall reibungslos arbeiten können.

Zum zweiten Antrag, der die Förderung des Ehrenamts bei der Feuerwehr betrifft: Zu diesem Antrag gibt es einen einstimmigen Beschluss. Es handelt sich um einen Berichtsantrag, in dem gefragt wird, mit welchen aner kennenden Maßnahmen die Attraktivität des Engagements bei der Feuerwehr gesteigert werden kann. Wir müssen die Situation genau beobachten und die nötigen Maßnahmen ergreifen, damit die hohe Motivation bei den Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmännern aufrechterhalten werden kann. Ich möchte betonen, dass die Vorschläge der SPD nur Begleitmaßnahmen sind. Es sind wichtige Begleitmaßnahmen; sie können aber nicht per se unsere Nachwuchsprobleme lösen. Dennoch muss diesen wichtigen Vorschlägen nachgegangen werden.

Ich möchte außerdem betonen, dass wir uns bei der Förderung der Anerkennung des Ehrenamts nicht nur

auf die Feuerwehr beschränken dürfen, auch wenn diese eine gewisse Sonderfunktion einnimmt. Auch die anderen Rettungsorganisationen sind auf Ehrenamtliche angewiesen. Unser Gemeinwesen wäre ohne die Ehrenamtlichen, beispielsweise bei der Nachbarschaftshilfe, beim Essen auf Rädern, bei den Jugendorganisationen oder den kulturellen Vereinen ein gutes Stück ärmer. Die Anerkennung der dortigen ehrenamtlichen Arbeit müssen wir ebenfalls auf dem Radar behalten und dürfen nicht nur nach einer Sonderlösung für die Feuerwehr suchen.

Zum dritten Antrag, der die Anpassung der Feuerwehr richtlinie zum Inhalt hat: Dieser Antrag sollte zum Anlass genommen werden, die Förderung insgesamt zu überarbeiten. Im Antrag wurde als Beispiel die Ungleichbehandlung zwischen den großen und den kleinen Gerätehäusern angesprochen. Außerdem gibt es überflüssige Vorgaben, die entrümpelt werden müssen. Was brauchen die Gemeinden, wenn sie einen Umbau oder einen Neubau planen? Sie brauchen Fördertatbestände, die klar und gerecht geregelt sind. Überflüssige Anforderungen an Räumlichkeiten und Ausstattung verursachen nur zusätzliche Kosten, die nicht nötig wären. Die Gemeinden brauchen außerdem eine zeitnahe Auszahlung der Zuschüsse. Viele Kommunen müssen jahrelang warten, bis die Zuschüsse endlich ausgezahlt werden.

Den Gemeinden nützt es nichts, wenn sie wegen der Zuschussfähigkeit teurer bauen und dann jahrelang auf die Überweisung dieser Förderung warten müssen. Ein Beispiel aus meiner Gemeinde: Wir haben auf die Förderung komplett verzichtet. Somit mussten wir viele Vorgaben der Richtlinie nicht erfüllen, die auch nicht erforderlich waren. Es handelte sich um den Umbau eines alten Gebäudes und den Anbau eines neuen Gebäudes. Unter dem Strich sind wir deutlich kostengünstiger herausgekommen, als wenn wir die Förderung in Anspruch genommen hätten und damit die gestellten Anforderungen hätten erfüllen müssen. Das kann es doch nicht sein. Wir müssen diesen Antrag zum Anlass nehmen, die Förderrichtlinien komplett zu durchleuchten und zu entrümpeln sowie die einzelnen Fördertatbestände zu vereinfachen.

Auch wenn wir diesem Antrag zustimmen, wollen wir nicht neuen Fördertatbeständen das Wort reden. Im Zweifel wollen wir die Kommunen insgesamt finanziell besser ausstatten. Der Antrag ist jedoch ein guter Anlass, um sich einmal grundsätzlich mit den Förderrichtlinien auseinanderzusetzen. Deshalb stimmen wir unter dem Strich zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die FDP erteile ich Herrn Kollegen Fischer das Wort.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! 94 % der Deutschen haben großes Vertrauen in die Feuerwehr, so eine aktuelle Umfrage. Damit sind die Feuerwehrleute zum achten Mal Vertrauenssieger. Dabei wird von den Befragten nicht zwischen Berufs- und freiwilligen Feuerwehren unterschieden, sondern allgemein die aufopferungsvolle und gefährliche Tätigkeit im Engagement für die Feuerwehren bewertet.

(Beifall bei der FDP)

Das ist zutreffend. Die Feuerwehren sind eine starke Gemeinschaft und ein verlässlicher Partner für unsere Sicherheit. In unserem Land wäre die Sicherheit ohne Feuerwehren nicht denkbar, das heißt, ohne Feuerwehrleute, die nicht nur ihre Zeit opfern, sondern oft genug auch ihr Leben im Einsatz riskieren. Es ist mir deswegen eine echte Verpflichtung, meinen tiefen Dank und meine Anerkennung für diese Tätigkeit auszusprechen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man sich den Aufbau des Feuerwehrwesens ansieht, muss man feststellen, dass in Bayern nur die Großstädte über eine Berufsfeuerwehr verfügen. Den circa 250 Berufs-, Werks- und Betriebsfeuerwehren stehen über siebeneinhalbtausend - fast 7.800 - freiwillige Feuerwehren in Städten und Gemeinden gegenüber.

Das zeigt, dass die Sicherheitsarchitektur in Bayern ohne die freiwilligen Feuerwehren nicht denkbar wäre. Berichte aus anderen Ländern, die ein vergleichbares System haben, führen uns nur allzu deutlich vor Augen, wie wichtig die freiwilligen Feuerwehren für eine flächendeckende Sicherheit in Bayern sind. Wir sind deswegen den vielen Freiwilligen besonders dankbar, dass sie ihren Mitbürgern helfen, die das Feuer bedroht, das Wasser in Not bringt oder die als Opfer von Unglücksfällen gerettet werden müssen.

Nun zu den Anträgen im Einzelnen: Zunächst zum Thema der staatlichen Feuerwehrschoolen. Die staatlichen Feuerwehrschoolen haben insbesondere die Aufgabe der Aus- und Fortbildung im Brandschutz und technischen Hilfsdienst, die Aus- und Fortbildung von Führungskräften und besonderen Aufgabenträgern im Katastrophenschutz und ABC-Einsatz. Sie leisten ausgezeichnete Arbeit, haben aber mit Problemen zu kämpfen. Immer wieder werden lange Wartezeiten an den Feuerwehrschoolen von den Feuerwehrleuten beklagt. Selbst neue Führungskräfte können vorgeschriebene Kurse oft nur nach monatelanger Wartezeit

ableisten, weil es an Lehrpersonal fehlt. Deswegen ist Abhilfe notwendig. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Feuerwehrleute technisch und fachlich auf den aktuellsten Stand gebracht werden, um optimal ihre Aufgaben erfüllen zu können. In aller Deutlichkeit: An den Feuerwehrschoolen darf nicht gespart werden.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist es unser Ziel, die drei Standorte der Feuerwehrschoolen - Geretsried, Regensburg und Würzburg - zu erhalten und auszubauen. Daher begrüßen wir, dass die Projektgruppe zur Entwicklung der staatlichen Feuerwehrschoolen an dieser Aufgabe dran ist, und wir warten mit Spannung auf die Ergebnisse Ende des Jahres 2010. Da aber akuter Handlungsbedarf besteht, ist es sinnvoll, dass wir uns schon jetzt die ersten Ergebnisse berichten lassen und somit schnell reagieren können. Wir stimmen daher dem Berichts Antrag zu den Feuerwehrschoolen selbstverständlich zu.

Der zweite Antrag befasst sich mit der Förderung des besonderen Ehrenamtes. Das, was alle Ehrenamtlichen in unserem Lande leisten, kann kein Staat bezahlen. Das gilt in besonderem Maße für die Feuerwehren. Die Feuerwehren leben vom Engagement der Bürger. Deswegen müssen wir uns überlegen, wie wir dieses Engagement würdigen können. Ich stimme Herrn Kollegen Zellmeier ausdrücklich zu, dass es natürlich ein Anreiz ist, die notwendigen technischen Voraussetzungen bei den Feuerwehren zu schaffen. Trotzdem meine ich, ist es auch wichtig, andere Formen der Anerkennung zu finden. Das eine tun und das andere nicht lassen - das meine ich hierzu. Deswegen begrüße ich auch den zweiten Berichts Antrag ausdrücklich, denn wir müssen dafür sorgen, dass die Feuerwehren auch in Zukunft für junge Frauen und Männer interessant bleiben und auch kleine Feuerwehren im ländlichen Raum keine Nachwuchsprobleme erleben.

Damit komme ich zum dritten Antrag, der die Förderrichtlinien behandelt: Natürlich ist es auf den ersten Blick einfach zu sagen, wir sollten finanziell mehr für die Feuerwehren tun. Jeder von uns will das. Jeder von uns stimmt dem zu. Ich sage aber auch: Alles, was wir tun, muss auch finanzierbar sein. Wir müssen uns davor hüten, Anträge zu stellen, bei denen wir sagen: Es ist zwar schön, wir wollen das alle, aber wir können es nicht bezahlen. Wenn es um die Frage geht, wie wir das Geld verteilen - das ist die zweite Seite -, müssen wir überlegen, ob es sinnvoll ist, die großen und die kleinen Feuerwehren gegeneinander auszuspielen. Ich meine, dass das nicht der richtige Weg ist. Natürlich haben die großen Feuerwehren einen erhöhten technischen Aufwand; das ist völlig unbestritten. Aber auch die kleinen Feuerwehren und die Ortsteilfeuerwehren auf dem Land sind wichtig. Auch sie leisten einen unverzichtba-

ren Beitrag zu unserer Sicherheitsarchitektur. Deswegen müssen wir einen vernünftigen Ausgleich finden. Ich begrüße, dass in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden Verhandlungen erfolgt sind. Ich meine, wir sollten die Ergebnisse abwarten. Den dritten Antrag werden wir ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die Staatsregierung hat sich Herr Staatssekretär Eck zu Wort gemeldet.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will Sie zunächst beruhigen; ich will nicht alles nachbeten, was schon angesprochen worden ist. Es sind einige Aussagen gemacht worden, die man so nicht stehen lassen kann.

Liebe Frau Kollegin Aures von der SPD, Sie haben ein Guthaben von 27 Millionen bei der Förderung angesprochen. Verehrte Frau Kollegin, Sie müssen sich entsprechende Gedanken machen, bevor Sie solche Anträge stellen. Sie werden uns nicht dahin bringen, wo viele Bundesländer sind, in denen Ihre Partei mitregiert. Sie wissen genau, dass drei Bundesländer in den Topf des Länderfinanzausgleichs einzahlen. Dazu gehört Bayern; wir bezahlen 50 % der gesamten Summe ein.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

- Herr Güller, Sie können sich anschließend zu Wort melden. Lassen Sie mich ausreden.

Deshalb haben wir 27 Millionen Euro Guthaben. Kolleginnen und Kollegen aus Ihrer politischen Gruppierung, Frau Aures, haben auch des Öfteren bei Ortsbesuchen ein Stück weit die Tatsachen verdreht. Wir haben die Förderrichtlinien zwischenzeitlich geändert. Ich denke, das ist Ihnen wahrscheinlich entgangen. Wir haben in den vergangenen Jahren 40.000 Euro pro Stellplatz bezahlt und haben diese Summe auf 46.500 Euro für den ersten Stellplatz erhöht. Beim zweiten Stellplatz erfolgt eine Förderung im Umfang von ebenfalls 46.500 Euro. Dies steigert sich bis hin zum zehnten Stellplatz auf eine Summe von 80.000 Euro. Das bedeutet eine Erhöhung der Förderung um fünf bis sechs Millionen Euro pro Jahr. Diese Tatsache müssen wir berücksichtigen. Angesprochen worden ist, dass früher nicht rechtzeitig ausbezahlt worden sei. Wir sind auf dem richtigen Weg, wenn wir künftig nicht auf Pump leben wollen, wie Sie das wieder vorschlagen, sondern wenn wir Geld in der Schublade haben, um mehr fördern und weiterhin sofort auszahlen zu können.

Davon gehen wir keinen Millimeter weg, liebe Frau Kollegin Aures.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie haben auch die Feuerweherschulen angesprochen. Auch bei diesem Punkt würde ich Sie bitten, sich vorher genau zu unterrichten, wie es dort aussieht. Wir haben bereits in Geretsried investiert, und zwar - ich weiß es nicht genau - deutlich mehr als zehn Millionen Euro, um vernünftige Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Wir haben in Regensburg mehrere Millionen Euro investiert und werden dort weiter investieren. Auch in Würzburg haben wir mehrere Millionen Euro investiert und haben für die Zukunft ein Programm vorgesehen, um dort weiter zu investieren. Damit wollen wir die Voraussetzungen für die Ausbildung vernünftig organisieren.

In ihrem Antrag wurde, insbesondere von Ihnen, Frau Aures, das Ehrenamt angesprochen. Ich will Ihnen an dieser Stelle in aller Deutlichkeit sagen: Wir haben Feuerwehrleute, die einen unschätzbaren Beitrag leisten. Die Arbeit wäre staatlicherseits - das ist heute schon mehrfach angesprochen worden - nicht zu finanzieren. Wir haben jedoch nicht nur die Feuerwehrler im Ehrenamt, sondern wir haben eine riesige Palette von Ehrenamtlichen - Rot-Kreuzler, Arbeiter-Samariter-Bund und Ehrenamtliche im Kulturbereich -; wir haben auf vielen Feldern Ehrenamtliche. Wo machen wir bitte schön halt und wo beginnen wir mit der Förderung und Unterstützung des Ehrenamts?

Wir stimmen dem Berichtsantrag zu. Aber so aus der hohlen Hand einfach rauszuschütteln, dass wir nur die Feuerwehrler unterstützen dürfen, ich glaube, das wäre nicht der richtige und korrekte Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Lieber Herr Kollege Pohl, ich will auch Sie kurz ansprechen. Sie sind Jurist, Sie haben gesagt: Brandschutz ist die Pflichtaufgabe des Staates. - Brandschutz ist nicht die Pflichtaufgabe des Staates, Brandschutz ist die Pflichtaufgabe der Kommune im eigenen Wirkungskreis. Das müssten Sie eigentlich wissen.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben die Einigungen mit den Spitzenverbänden angesprochen und gefragt, warum wir denn auf die Spitzenverbände zugehen. Lieber Herr Kollege Pohl, mit wem sollen wir denn reden? Dazu sind Spitzenverbände doch da, dass die kommunalen Ebenen gebündelt werden, sodass das Parlament einen Ansprechpartner hat. Es ist mit der Förderung über die kommunalen Spitzenverbände eben alles über die Bühne gebracht worden. Es ist geregelt worden. Man glaubt es kaum, lieber Herr Pohl, am Samstag tritt diese Förderung in Kraft. Wer die Anträge stellt, kommt in den Genuss einer sofortigen Auszahlung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich könnte noch viele Dinge ansprechen, ich will das nicht tun.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir stimmen den beiden Berichtsanträgen zu, auch um Klarheit in die Sache zu bringen und um deutlich zu machen, was vom Freistaat Bayern geleistet wird. Wir wollen auch deutlich machen, dass wir Feuerweherschulen in einem wesentlich größeren Umfang als in anderen Bundesländern haben.

Ich weiß nicht, ob es Ihnen entgangen ist, für das große Land Nordrhein-Westfalen gibt es nur eine Feuerweherschule. Auch in Hessen gibt es nur eine Feuerweherschule. Es ist hier von der Kollegin Tausendfreund angesprochen worden, dass wir im Verzug seien mit Lehrgängen. Warum und weshalb? Auch das kann ich begründen. Die Gesellschaft hat sich verändert. Die Menschen sind nicht mehr in dem Maße bereit, über Jahre und Jahrzehnte Verantwortung zu übernehmen. Sehr oft wechseln die Kommandantenpositionen alle sechs Jahre. Das hat zur Konsequenz, dass wir ein Vielfaches mehr an Kursen und Seminaren brauchen als in der Vergangenheit. Aber auch diese Situation kann man nicht von heute auf morgen umstellen, sondern man muss dagegensteuern, muss die Weichen entsprechend stellen, was wir mit dem Ausbau der Feuerweherschulen getan haben, bis dorthin, dass auch darüber nachgedacht wird: Wie können wir - in welchem System, in welchem Maßstab - die Lehrkräfte an den Feuerweherschulen zukünftig angemessen höhergruppieren? Da gibt es eine Projektgruppe, die vorhin ins Lächerliche gezogen worden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen, es sind alle Punkte bereits in Behandlung. Die meisten sind abgeschlossen und einer guten Regelung zugeführt worden. Ich bitte, den Berichtsanträgen zuzustimmen. Den letzten Antrag bitte ich abzulehnen, weil er die Tatsachen nicht trifft.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Staatssekretär. Es liegen dem Präsidium keine weiteren Wortmeldungen vor, weshalb wir die Aussprache schließen. Aus den Fraktionen wurde uns signalisiert, dass sie damit einverstanden sind, dass wir eine Gesamtabstimmung vornehmen, der wir das Abstimmungsverhalten im federführenden Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit zugrunde legen. Ich bitte um Handzeichen, dass Sie damit einverstanden sind. - Danke. Das ist das gesamte Plenum. Damit haben Sie Ihr Abstimmungsverhalten im federführenden Ausschuss zugrunde gelegt. Die Berichts-

träge sind angenommen, und der dritte Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 9:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sozialbericht ernst nehmen! - Pflegenotstand in der Altenpflege verhindern (Drs. 16/2768)

Für diesen Antrag wurde namentliche Abstimmung beantragt. Ich gebe das gleich bekannt, damit Sie Bescheid wissen. Die Redezeit pro Fraktion beträgt fünf Minuten. Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Ackermann für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben zehn Jahre lang auf den zweiten bayerischen Sozialbericht gewartet. Jetzt ist es dringend notwendig, diesen Sozialbericht mit Leben zu erfüllen und die darin enthaltenen Anregungen umzusetzen.

Deshalb haben wir uns an die Arbeit gemacht und die Anregung, den Pflegenotstand in der Altenpflege zu verhindern, zu einem Antrag gemacht. Wir glauben, dass wir keine Zeit zu verlieren haben und jetzt ganz schnell handeln müssen. Wir stimmen überein mit dem Positionspapier des Diözesanrats der Katholiken sowie des Caritasverbandes des Erzbistums Bamberg, die mit ihren Forderungen fast deckungsgleich mit diesem Antrag argumentieren. Das kommt nicht von ungefähr, sondern es ist ein Gebot der Notwendigkeit, jetzt tätig zu werden.

Wenn man sich die Zahl der Pflegebedürftigen ansieht, so waren es im Jahr 2005 302.000 Pflegebedürftige in Bayern. Die Zahl wird sich bis zum Jahr 2020 um 115.000 erhöhen. Es ist also ganz klar, wir brauchen deutlich mehr Pflegekräfte. Im Sozialbericht steht, selbst wenn in Zukunft Angehörige in wachsendem Umfang für die Pflege bereitstünden, müsste sich die Zahl der professionellen Pflegekräfte in den nächsten Jahren mehr als verdoppeln. Davon ist bei der momentanen Pflegepolitik des Freistaats Bayern nichts in Sicht.

Schon jetzt häufen sich die Missstände in der Pflege: mangelhafte soziale Betreuung, leichtfertiger Umgang mit freiheitsentziehenden Maßnahmen, Ruhigstellung von Heimbewohnern mit Psychopharmaka und gefährliche Pflege. Das sind die häufigen Beschwerden derzeit. Ich will ausdrücklich sagen, nicht die Pflegekräfte tragen dafür die Verantwortung, sondern die Menschen, die die Pflegekräfte in die Situation bringen, die Pflege nicht mehr sorgfältig ausführen zu können. Das sind diejenigen, die nichts dafür tun, dass wir ausrei-

chend Pflegekräfte haben, um die alten Menschen ordentlich versorgen zu können.

Deshalb müssen wir dringend dem drohenden Personalnotstand entgegenwirken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb unser Antrag, mit dem wir noch in diesem Jahr von der Bayerischen Staatsregierung ein Konzept dazu fordern, wie diesem Pflegenotstand entgegengewirkt werden kann. Dazu gehören eben viele Maßnahmen, zum Beispiel eine Kampagne zur Verbesserung des Images von pflegenden Menschen, dann Konzepte, um verstärkt Männer, Migranten und Migrantinnen sowie ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in diesen Beruf zu bringen. Aber auch eine langjährige Forderung von uns gehört dazu, nämlich die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage, um die Ausbildung von Altenpflegerinnen in kleineren Einrichtungen möglich zu machen und ein Sterben von Altenpflegeschulen, wie es jetzt schon im Gange ist, zu verhindern.

Wir brauchen eine Verbesserung der Qualität durch bessere Qualifizierung und bessere Weiterbildungsmöglichkeiten. Wir haben sehr viele Maßnahmen aufgeführt. Mit Blick auf die Uhr nenne ich nur die wichtigsten. Wir brauchen eine Verankerung der Pflegeausbildung an den Hochschulen als Einstieg in eine schrittweise Akademisierung der Pflegeausbildung für die Leitungsfunktionen. Es kann nicht angehen, dass Heime von mehr oder weniger unausgebildeten Kräften geführt werden. Die Verantwortung ist einfach zu groß.

Mit all diesen Dingen müssen wir endlich anfangen. Wir brauchen eine gemeinsame Ausbildung in der Krankenpflege und in der Altenpflege. Es gibt immer mehr wirklich multimorbide alte Menschen, die auf diese gemeinsame Ausbildung angewiesen sind. Sie brauchen wirklich kompetente Menschen, die sich um sie kümmern. Wir dürfen aber auch vor phantasievollen Konzepten die Augen nicht verschließen. Wir müssen auch sie mutig angehen. Ansonsten wird sich der Pflegenotstand in den nächsten Jahren für uns alle spürbar zu einer Pflegekatastrophe ausweiten. Alle, wie Sie hier sitzen, werden davon betroffen sein. Allein schon deshalb wäre es sinnvoll, es nicht auf die lange Bank zu schieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Die nächste Wortmeldung stammt von Frau Dettenhöfer von der CSU.

Petra Dettenhöfer (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CSU-Fraktion hält im Hinblick auf die demografische Entwicklung ein Konzept,

wie man dem Fachkräftemangel frühzeitig entgegenwirken kann, für absolut notwendig. Liebe Frau Ackermann, Sie haben gesagt: Man muss schnell handeln. Das haben wir getan. Wir haben bereits im Juli 2009 zusammen mit der FDP einen Antrag auf den Weg gebracht. Dieser Antrag zielt auf Verbesserungen sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich. Wir wollen verbesserte Arbeitsbedingungen, eine Aufwertung der Pflegetätigkeiten, natürlich auch durch eine bessere Bezahlung. Wir wollen eine verstärkte Förderung der Ausbildungsbereitschaft, eine zügige Umsetzung einer gemeinsamen Ausbildung aller Pflegeberufe, eine Herstellung der Freizügigkeit der Pflegeberufe und die zügige Umsetzung der Ausführungsverordnung zum Wohn- und Pflegequalitätsgesetz. - Das sind nur einige Punkte, die ich hier nenne, auch im Blick auf die fünf Minuten Redezeit, die wir ja nur haben.

Diese Forderungen werden inzwischen sukzessive im Sozialministerium abgearbeitet. Morgen findet zum Beispiel wieder ein Gipfelgespräch zur Zukunft der sozialen Berufe statt. Am 17. März 2010 fand ein Treffen mit Verbänden, Kostenträgern und mit der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit statt, bei dem ein Bündnis für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in der Altenpflege geschlossen wurde. Die Verbände haben sich darin bereit erklärt, einen berufsorientierten stufenweisen Ausbau der Ausbildungskapazitäten anzustreben und intensiv auf die Schaffung von flächendeckenden Ausbildungsverbänden und Kooperationsmodellen hinzuwirken, um besonders bei ambulanten Diensten Ausbildungsanreize zu schaffen.

Das Staatsministerium unterstützt natürlich im Übrigen die Einrichtungen auch finanziell, zum Beispiel bei der Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen oder bei der Fort- und Weiterbildung. Zudem haben wir zu diesem Themenkomplex noch eine Anhörung für den Juni geplant. Das geht auf einen Antrag der SPD-Fraktion zurück. Eigentlich gibt es x Anträge zu diesem Thema. Ich will gar nicht alles aufzählen, was an Anträgen und Entschlüssen auf den Weg gebracht wurde. Ich will auch nicht alles aufzählen, was sich bereits in der Umsetzung befindet.

Festzuhalten ist: Der Antrag der GRÜNEN bringt uns in der Sache nicht mehr weiter. Er ist im Grunde genommen überholt. Er ist unnötig. Wir lehnen ihn deshalb ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die SPD bitte ich Frau Weikert ans Pult.

Angelika Weikert (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Für überflüssig und überholt - das

hören wir im Sozialausschuss leider oft - halten wir den Antrag der GRÜNEN nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Der Hintergrund, auf dem dieser Antrag basiert, ist ein ganz realer. Er zitiert zunächst einmal aus dem Sozialbericht, der von vielen Experten unter Federführung des Sozialministeriums zusammengestellt wurde, und enthält einfach Tatsachen. Schließlich geht es darum, dass man nicht einfach eine Datenquelle zusammensetzt, um sie im Schrank zu verstecken, sondern um auf der Basis dieser Datenquelle Maßnahmen zu ergreifen und politische Konsequenzen zu ziehen, die den Hintergrund verändern und die Sache nach vorne treiben.

Wir haben uns bei der Abstimmung im sozialpolitischen Ausschuss der Stimme enthalten, aber nicht, weil wir den Antrag aufgrund des Hintergrundes - das hatte ich am Anfang gesagt - für unnötig halten, sondern weil wir selbst als Sozialdemokraten, wie Kollegin Dettenhöfer gerade erwähnt hat, dazu eine umfassende Anhörung beantragt haben. Wir gehen dann, Kolleginnen und Kollegen, eigentlich immer nach der Devise vor: Wenn wir eine Anhörung machen, dann möchten wir auch wirklich zuhören, uns dem öffnen, was die Experten zu diesem Thema beizutragen haben. Wir wollen dann immer gern die Ergebnisse dieser Anhörung aufgreifen und letztlich in parlamentarische Initiativen umsetzen. Ich will das nur noch einmal auch gegenüber den GRÜNEN verdeutlichen: Das ist der einzige Grund, weshalb wir im Ausschuss mit Enthaltung gestimmt haben.

Ich will an dieser Stelle auch betonen, dass wir uns als SPD von der CSU und der FDP in der Frage der Umlagefinanzierung in der Ausbildung ganz deutlich unterscheiden. Wir als Sozialdemokraten haben diese Forderung bereits vor sieben oder acht Monaten formuliert - ich weiß es nicht mehr genau, nur, dass ich den Antrag mit meinen Kolleginnen unter der Überschrift "Die derzeitige Krise insofern positiv aufgreifen und den Fachkräftemangel beheben" formuliert habe. Da haben wir diese Forderungen bereits aufgestellt, aber leider keine Zustimmung erhalten, abgesehen von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Diese Forderung halten wir aufrecht und wir sind uns sicher, dass sie auch bei der bevorstehenden Anhörung wiederum von den Experten erhoben wird, wie sie im Übrigen zurzeit von vielen Organisationen im ganzen Land, zum Beispiel von den Seniorenbeiräten, vom Landesseniorenbeirat und von vielen anderen, immer wieder neu in die Debatte eingebracht wird.

Denn, verehrte Kolleginnen und Kollegen, bessere Arbeitsbedingungen haben für die Träger der Einrichtungen natürlich auch damit zu tun, dass sie letztlich eine

höhere Refinanzierung ihrer Kosten bekommen. Es liegt nicht daran, dass sie nicht wollen, sondern es geht bei den Einrichtungen schlicht darum: Wie kann ich die Qualität in der Pflege sicherstellen und finanzieren? Dazu müssen die Grundlagen gelegt werden.

Insofern sind, wie gesagt, die einzelnen Punkte nicht abzulehnen, aber wir wollen die Anhörung abwarten und werden dann sicher erneut die Diskussion zu diesem Punkt im Ausschuss aufnehmen. Wir freuen uns schon auf die unterschiedlichen Antragstellungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Nächste Wortmeldung: Herr Dr. Bauer.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass wir dieses Thema noch einmal auf der Tagesordnung haben. Für unsere Ausschussreise möchte ich mich in diesem Zusammenhang noch einmal ganz herzlich bedanken, speziell für die Informationen, den Umfang und die Qualität. Ich möchte später einfügen, was ich in Schweden und in Norwegen gelernt habe.

Die demografische Entwicklung ist nicht nur ein deutsches Problem, sondern zieht sich europaweit durch. Die Anzahl der älteren Menschen nimmt dramatisch zu, insbesondere die der pflegebedürftigen. Laut der Prognose des Statistischen Bundesamtes wird die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Bayern bis 2020 um 40 % zunehmen. Das müssen wir bei unserer Entscheidung berücksichtigen.

Sicherlich bestreitet niemand hier im Haus, dass in der Altenpflege ein Notstand an Fachkräften in den nächsten Jahren droht. Die Zeit zum Handeln ist also knapp. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass die Staatsregierung Strategien und insbesondere Konzepte entwickelt, wie sie dem zukünftigen Mangel an Pflegekräften begegnen will.

In diesem Zusammenhang - das ist die Auffassung der Freien Wähler - muss die häusliche Pflege unbedingt weiter ausgebaut werden. Dies schließt auch ambulante Wohngemeinschaften ein. Ich erinnere an die Unterstützung von Frau Staatsministerin Haderthauer, als wir - Herr Rohde war dabei, Herr Herold, Frau Ackermann - die Demenzwohneinheit in Langensteinach in Mittelfranken besuchten. Es ist uns gelungen, einen Kompromiss zu finden, der gesetzeskonform ist und die besondere Bedeutung der Pflege von Demenzkranken herausstellt und unterstützt.

Diese ambulanten Wohngemeinschaften bestehen aus vier bis zehn bzw. zwölf Personen und haben den ganz

großen Vorteil, dass eine gemeinsame Unterbringung im häuslichen Wohnbereich stattfindet. Zudem wird ermöglicht, dass die Pflege dieser Menschen rund um die Uhr 365 Tage im Jahr qualitativ hochwertig sichergestellt ist.

Gleichzeitig wird - das ist besonders wichtig - ein hohes Maß an selbstbestimmter Lebensführung in familiärer Umgebung gewährleistet. Ein weiterer großer Vorteil der ambulanten Wohngemeinschaften ist die hohe Selbstständigkeit und Selbstbestimmung der älteren und auch behinderten Menschen. Leider gibt es in Bayern viel zu wenige solcher ambulanten Wohngemeinschaften. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass dieser Bereich gestärkt wird. Besonders wichtig ist das, wenn es um Menschen mit Demenzerkrankung oder mit Depressionen geht.

Priorität sollte daher haben, die Pflege der älteren Menschen so zu gestalten, dass sie weiterhin im Wesentlichen selbstständig wohnen und leben können. Das gerade haben wir in Schweden kennengelernt. Ich erinnere an den entsprechenden Anspruch dort. Seit dem Jahr 2003 gibt es in Schweden ein Gesetz, das einen Anspruch auf eine persönliche Assistenz für Personen gewährt, die einen Pflegebedarf von mehr als 20 Stunden in der Woche haben. Ich bin gespannt darauf, was unsere deutschen Experten dazu in der Anhörung sagen werden.

Des Weiteren möchte ich die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements hervorheben. Ohne dieses ehrenamtliche Engagement wird es nicht möglich sein, die benötigten Pflegekräfte landauf, landab wohnortnah und qualitativ hochwertig ausgebildet zur Verfügung zu stellen. Das soll natürlich nicht heißen, dass dann, wenn wir das ehrenamtliche Engagement stärken, die Pflegefachkräfte - die Betonung liegt auf Fachkraft - abgewertet werden dürften bzw. auf sie verzichtet werden könnte. Allerdings gibt es eine Vielzahl von pflegenden Handlungen und Tätigkeiten, die eine spezielle Ausbildung nicht erfordern, insbesondere keine akademisierte Ausbildung. Denken Sie nur daran, dass es demen-ten Patienten besonders wichtig ist, dass beispielsweise ein Mitmensch neben ihnen wohnt, für sie da ist, ihnen die Hand hält und Hilfestellung bei der Essenaufnahme oder beim Trinken leistet. Das alles können Menschen tun, die keine akademische Ausbildung haben.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Achten Sie bitte auf die Redezeit, Herr Kollege. Sie ist abgelaufen.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Danke für den Hinweis. Ich komme damit zum Schluss. Wir brauchen ein wirksames Kontrollsystem für die Pflegeeinrichtungen, aber kein bürokratisches Monster. Es darf

auch keine Dumpinglöhne geben; wir fordern eine angemessene Bezahlung.

Die Freien Wähler werden dem Antrag zustimmen, auch wenn wir über die Spiegelstriche Nummer 4 und Nummer 8 noch einmal ausführlich diskutieren müssen. Ich bin gespannt, was die Anhörung im Sozialausschuss bringen wird.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege. Die nächste Rednerin ist Frau Meyer für die FDP.

Brigitte Meyer (FDP): Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Den Sozialbericht, dieses Mammutwerk mit 800 Seiten, mit Leben zu erfüllen, ist das Ziel aller Fraktionen. Daran arbeiten wir im Sozialausschuss kontinuierlich.

Ein wichtiger Punkt, der in diesem Sozialbericht behandelt wurde, sind zweifellos die Pflege und die Probleme, die damit verbunden sind.

Es wurde schon die Problematik angesprochen, dass die Menschen immer älter werden. Viele haben das Glück, gesund älter zu werden, andere aber haben dieses Glück nicht. Deren Körper macht nicht immer das, was der Geist will. Diese Menschen sind pflegebedürftig. Das kann jeden von uns treffen, wenn uns das Schicksal heute oder morgen plötzlich überfällt.

(Zuruf von der CSU)

Deshalb ist die Frage fehlender Pflegekräfte ein ganz wichtiges Thema. Frau Kollegin Dettenhöfer hat bereits aufgezeigt, dass schon einiges auf diesem Sektor getan bzw. eingeleitet wurde.

Einen wichtigen Punkt haben wir noch vor uns, nämlich am 24. Juni eine Anhörung im Sozialausschuss zum Thema Zukunft der Pflege.

Das ist für mich persönlich ein Grund, warum wir diesen Antrag jetzt ablehnen werden. Wir glauben, es ist sinnvoll, zunächst eine Anhörung voranzustellen und sich die Ergebnisse aus dieser Anhörung anzusehen. Wir meinen, dass dann noch sehr viele Diskussionen zu führen sind, mit Sicherheit auch über die Umlage. Anschließend gilt es, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln und entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Dieses Vorgehen halten wir für zielführender. Deshalb werden wir diesem Antrag nicht zustimmen, so wie wir es bereits im Ausschuss getan haben.

Auch ich bin voller Erwartung, was die Diskussionen im Ausschuss betrifft. Wir werden dort mit Sicherheit viele

neue Erkenntnisse gewinnen, so wie es auch bei anderen Anhörungen im Sozialausschuss in der Vergangenheit der Fall war.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Frau Meyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Brigitte Meyer (FDP): Ich bin schon fertig. Ich wiederhole, wir werden diesem Antrag jetzt nicht zustimmen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das haben wir schon gehört!)

Wir können dann im Ausschuss sehen, welche Konzepte wir entwickeln.

(Beifall bei der FDP)

Vielen herzlichen Dank, jetzt stehe ich gerne für eine Zwischenfrage zur Verfügung.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Es ist eine Zwischenbemerkung. Dafür erteile ich der Kollegin Ackermann das Wort.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Meyer, mich erstaunt es, dass Sie erst auf die Anhörung warten müssen, um das zu erfahren, was im Sozialbericht bereits zu lesen ist. Nur daran hat sich unser Antrag orientiert. Wenn Sie jetzt glauben, auf die Anhörung warten zu müssen, dann ist das sehr bedauerlich.

Die Anhörung ist für uns eine zusätzliche Informationsquelle. Das, was im Antrag steht, sind die Forderungen aus dem Sozialbericht. Insofern könnten Sie ohne Weiteres zustimmen. Wenn Sie nicht zustimmen, widersprechen Sie damit dem Sozialbericht, den wir eigentlich alle begrüßt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Brigitte Meyer (FDP): Das ist Ihre Interpretation und Sichtweise der Dinge, Frau Kollegin Ackermann. Ich denke, dass wir in einer Anhörung noch zusätzliche Dinge erfahren können, die dann in ein gemeinsames geschlossenes Konzept einfließen können.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Meyer. Zum Schluss hat Herr Staatssekretär Sackmann um das Wort gebeten.

Staatssekretär Markus Sackmann (Sozialministerium): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Grundsätzlich ist festzuhalten, dass uns jede Diskussion zu diesem Thema in der Öffentlichkeit weiterbringt. In der allgemeinen Diskussion in Politik und Gesellschaft ist dieses Thema leider Gottes nach wie vor ein

Randthema und steht nach wie vor nicht im Mittelpunkt. Allzu gern schiebt man diese Themen zur Seite in der Hoffnung, nicht davon betroffen zu werden und nicht selbst in die Lage zu kommen, sich pflegen lassen zu müssen.

Deswegen halte ich es grundsätzlich für gut, über das Thema zu diskutieren. Dabei möchte ich jetzt auf einige Punkte eingehen, um deutlich zu machen, dass die Staatsregierung nicht erst seit dem Sozialbericht oder dem heutigen Antrag, sondern seit vielen Jahren in diesem Themenbereich unterwegs ist und wir in letzter Zeit - meine Ministerin und ich - auch neue Akzente gesetzt haben.

Bei allem haben wir besonders darauf zu achten - das haben meine Vorrednerinnen und Vorredner zum Teil schon gesagt -, dass die Rahmenbedingungen der Pflege verbessert werden. Ich denke da zum Beispiel an Aktionen, die von der früheren Staatsministerin Christa Stewens begonnen wurden wie zum Beispiel die Kampagne "ganz jung, ganz alt, ganz ohr". Das ist zum Beispiel ein wesentlicher Punkt, um eine entsprechende Sensibilität herbeizuführen. Das halte ich für ganz besonders wichtig.

Ein weiterer Punkt. Wir hatten zu einem Gipfeltreffen "Soziale Berufe" im vergangenen Jahr eingeladen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich kann Ihnen heute sagen, dass dazu ein zweiter Termin feststeht, und zwar nicht so ganz weit weg, nämlich morgen. Auf dem Treffen wollen wir uns ganz konkret mit Arbeitsaufträgen auseinandersetzen, die wir mit den Trägern, die in diesem Bereich tätig sind, besprochen haben und wo wir um Informationen darüber gebeten haben, wie es weitergehen soll.

Der nächste Punkt, den ich gerne ansprechen möchte, ist die Tatsache, dass wir bereits im März ein Bündnis für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bayern geschlossen haben. Alle Träger sind dabei, die Agentur ist dabei sowie alle Verantwortlichen, die in diesem Bereich tätig sind. Auch von diesem Bündnis erwarten wir uns einen zusätzlichen Schub sowie mehr Werbung und mehr Leute, die sich hier betätigen wollen.

Einige Maßnahmen haben wir begonnen. So sollen Umschulungsmaßnahmen entfristet werden, ein Rechtsanspruch soll verankert werden, die Möglichkeit soll geschaffen werden, qualifiziert in den Beruf zurückzukehren. Wir geben zusätzliches Geld für Ausbildungsplätze, nämlich die 3.000 Euro aus der ESF-Förderung. Ein besonderes Anliegen - ich glaube, das hat auch eine besondere Chance - ist mir unsere Kampagne "Herzwerker". Damit wollen wir das Image dieser Berufe verbessern und Sensibilität bei den Menschen

wecken, damit diese Berufe in der Gesellschaft einen besseren Stellenwert bekommen. Hier sind wir ganz gut unterwegs. Wir wollen auch Eltern, Lehrer und viele andere dabei ansprechen. Auch diese Initiativen sind also gut auf den Weg gebracht.

Die Reform der Pflegeausbildung steht im Koalitionsvertrag. Wir werden in enger Abstimmung mit dem zuständigen Kultusministerium die notwendigen Maßnahmen realisieren. Auch da sind wir nicht untätig, sondern haben schon einiges erreicht.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich betonen, dass ich mich gegen Bestrebungen zur Akademisierung der grundständigen Pflegeausbildung wehre; das wurde heute zwar nicht angesprochen, aber schon bei der einen oder anderen Gelegenheit. Wir sollten gerade Menschen mit mittleren Abschlüssen weiterhin diese Chancen lassen. Sie sind in diesem Bereich wirklich ein tragendes Element, und deswegen ist das ein richtiger Ansatz.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch zwei Bemerkungen, zum einen zum Personalschlüssel und zum anderen zur Umlage. Wir sind uns sicherlich alle darin einig, dass wir bei Personalschlüssel und Vergütung ein Mehr bräuchten - das gilt für alle sozialen Berufe -, aber dass das Sache der Tarifparteien ist. Wir können immer nur an die Tarifparteien appellieren. Gerade in der Freien Wohlfahrtspflege haben die Verbände verbindlich erklärt, dass sie auch weiterhin tarifgebundene Löhne bezahlen. Herr Kollege Dr. Beyer und viele andere, die in dem Bereich tätig sind, wissen, dass das eine ganz wichtige Tatsache ist; das sollten wir auch anerkennen.

(Unruhe)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte seien Sie so nett und hören den letzten Sätzen Ihres Staatssekretärs noch zu.

Staatssekretär Markus Sackmann (Sozialministerium): Den allerletzten Sätzen. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kommt hinzu, dass bei dem Thema auch diejenigen benachteiligt werden, die ausbilden. Das kann nicht sein. Alle diejenigen, die in diesem Bereich tätig sind, sind da entsprechend gefordert.

(Anhaltende Unruhe)

Ich habe mir lange Gedanken über die Forderungen nach einer Umlage gemacht und oft darüber diskutiert. Wir wissen alle, dass die Rechtsprechung hier Hürden aufgerichtet hat, die nicht ganz einfach zu überwinden sind. Das Bundesverwaltungsgericht hat bestätigt, dass wir nur dann ermächtigt sind, in diesem Bereich tätig zu sein, wenn ein Ausbildungsplatzmangel vorhanden ist. Ich weiß aber aus eigener Erfahrung, dass

wir genau das nicht haben. Uns fehlen Bewerberinnen und Bewerber, aber wir haben keinen Mangel an Ausbildungsplätzen. Deshalb lehnen wir eine gesetzliche Umlage ab. Wir setzen uns dafür ein, dass wir genügend Bewerberinnen und Bewerber - und ich sage ganz bewusst "Bewerber" - für diese Berufe und für alle sozialen Berufe bekommen. Aber wir lehnen diesen Antrag ab, weil wir glauben, dass wir schon auf einem guten Weg sind. Wir unternehmen alle Anstrengungen, um in diesem Bereich zu sensibilisieren und dafür zu sorgen, dass diese Probleme aktiv angepackt werden.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Staatssekretär. Weitere Wortmeldungen liegen uns hier oben nicht vor, weshalb wir zur Abstimmung kommen können. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt. Der Abstimmung soll die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit zugrunde gelegt werden, der Ablehnung beschlossen hat. Die Urnen wurden an den bekannten Stellen im Plenarsaal aufgestellt. Für die Stimmabgabe, die ich noch nicht eröffnet habe - die Sitzung ist dann wirklich gleich zu Ende, weshalb es nicht schlimm ist, noch fünf Minuten zu warten -, sind fünf Minuten vorgesehen. Ich erlaube mir den Hinweis, dass die Sitzung danach von mir noch nicht offiziell geschlossen werden wird, weil wir gerne noch das Ergebnis hier bekannt geben möchten. Es liegt bei Ihnen, ob Sie trotzdem nach Hause gehen möchten.

Mit der Abstimmung kann jetzt an allen drei Punkten dieses Saals begonnen werden, bitte.

(Namentliche Abstimmung von 18.34 bis 18.39 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Abstimmungszeit geht zu Ende. Haben Sie alle Ihre Kärtchen eingeworfen? - Das scheint der Fall zu sein.

Dann bitte ich, jetzt die Stimmen auszuzählen. Wir geben das Abstimmungsergebnis auch gerne vor leerem Saal bekannt, das macht jetzt nichts. Die Sitzung wird zur Auszählung der Stimmen unterbrochen. - Auf Wiedersehen, schönen Abend!

(Unterbrechung von 18.40 bis 18.45 Uhr)

Meine sehr verehrten verbliebenen Damen und Herren, ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Bause, Daxenberger, Gote und anderer und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, betreffend "Sozialbericht ernst nehmen! - Pflegenotstand in der Altenpflege verhindern", Drucksache 16/2768, bekannt. Mit Ja haben gestimmt 35, mit

Nein 87. Es gab 28 Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Jetzt ist die Sitzung wirklich geschlossen. Schönen Abend!

(Schluss: 18.46 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Keine Umwandlung der Gesellschafterdarlehen der Flughafen München GmbH (FMG) in Eigenkapital
 Drs. 16/2220, 16/4612 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Sozialbericht ernst nehmen! - Qualifizierungskonzept ambulante Dienste
 Drs. 16/2769, 16/4659 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Sozialbericht ernst nehmen! - Investitionsbedarf für Pflegeheime ermitteln
 Drs. 16/2770, 16/4464 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Isabell Zacharias, Natascha Kohnen u.a. SPD
Freier Eintritt bei dienstlichen Zwecken für alle Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher in allen staatlichen Museen
Drs. 16/3067, 16/4611 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Dr. Paul Wengert, Bernhard Roos u.a. SPD
Versorgung mit schnellem Internet als Aufgabe der Daseinsvorsorge verankern
Drs. 16/3164, 16/4601 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Ludwig Wörner u.a. SPD
Zwischenbilanz des Mammographie-Screenings
Drs. 16/3209, 16/4554 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Dr. Linus Förster, Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Renaturierung des Augsburger Lechs voranbringen
Kein Wasserkraftwerk im Naturschutzgebiet
Drs. 16/3234, 16/4665 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn und Fraktion (FW)
Gewässerqualität verbessern, Kleinkläranlagen weiter fördern, Förderrichtlinien berechenbar verstetigen und in der Höhe anpassen
Drs. 16/3239, 16/4667 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Sprechanlagen für Lautsprecherdurchsagen an den Schulen
Drs. 16/3301, 16/4613 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Harald Schneider u.a. SPD
Implementierung einer bayerischen Patientinnen- bzw. eines bayerischen Patientenbeauftragten
Drs. 16/3367, 16/4555 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Karin Pranghofer, Hans-Ulrich Pfaffmann, Martin Güll u.a. SPD
Weiterbildung in den Bayerischen Bildungsbericht einbeziehen!
Drs. 16/3491, 16/4481 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Ludwig Wörner u.a. SPD
Biosphärenreservat Bayerische Rhön
Drs. 16/3494, 16/4669 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Akkreditierungspraxis von Bachelor- und Masterstudiengängen
Drs. 16/3506, 16/4387 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Die Faire Milch
Vorstellung des Konzepts im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Drs. 16/3569, 16/4672 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sofortiger Abschiebestopp nach Syrien
Drs. 16/3595, 16/4668 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sozialbericht ernst nehmen!
Präventionskonzept für Bayern - Armut und Gesundheit entkoppeln
Drs. 16/3670, 16/4383 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sozialbericht ernst nehmen!
Gesundheitsberichterstattung modernisieren
Drs. 16/3671, 16/4382 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sozialbericht ernst nehmen!
Gesundheitsförderung in Kitas und Schulen
Drs. 16/3672, 16/4384 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sozialbericht ernst nehmen!
Stärkung aufsuchender Angebote und settingbezogener Gesundheitsförderung
Drs. 16/3673, 16/4385 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Dr. Thomas Beyer u.a. und Fraktion (SPD)
Verkauf von GBW-Wohnungen an strenge Auflagen knüpfen
Drs. 16/3804, 16/4658 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zuständigkeit für die Heimaufsicht in Einrichtungen der Behindertenhilfe bei den Bezirksregierungen ansiedeln
Drs. 16/3806, 16/4661 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FW)
Öffentliche Aufgaben von Gebühren für die Nutzung von Geobasisdaten befreien
Drs. 16/3809, 16/4660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht der Staatsregierung zum Verdacht von Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit dem Bau der Hochgeschwindigkeitsstrecke München - Nürnberg
Drs. 16/3810, 16/4584 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Verkauf von GBW Wohnungen nur ultima ratio
Drs. 16/3819, 16/4664 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Karl Freller, Joachim Unterländer u.a. und Fraktion (CSU),
Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Sachliche Aufklärung der Arbeit der Heimaufsicht über die Einrichtung der Behindertenhilfe
Drs. 16/3820, 16/4662 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Christa Steiger, Kathrin Sonnenholzner u.a. und Fraktion (SPD)
Bayern, aber gerechter
Menschenwürde und Schutz für Bewohner und Bewohnerinnen in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Altenhilfe
Drs. 16/3821, 16/4663 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
Zustimmung zur Drucksache 68/10 im Bundesrat am 5. März 2010
Drs. 16/3986, 16/4462 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verfassungsschutzbericht 2009 verfassungskonform ausgestalten
Drs. 16/4190, 16/4557 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Harald Güller u.a. SPD
Beobachtung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten durch den Verfassungsschutz in Bayern einstellen
Drs. 16/4230, 16/4558 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)
Rufschädigung der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.) als linksextremistisch beeinflusste bzw. linksextremistische Organisation abstellen
Drs. 16/4241, 16/4559 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.05.2010 zu Tagesordnungspunkt 9: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Sozialbericht ernst nehmen! - Pflegenotstand in der Altenpflege verhindern (Drucksache 16/2768)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			X
Aures Inge			X
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas			X
Biechl Annemarie			
Biedefeld Susann			X
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Daxenberger Sepp			
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine			X
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin			
Güller Harald			X
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar			X
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette			X
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			X
Matschl Christa		X	
Meißner Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter			
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa			X
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria			X
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold			X
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			X
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian			X
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard			X
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			X
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz			X
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald			X
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			X
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana			X
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			
Steiger Christa			
Steiner Klaus			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			X
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			X
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul			X
Werner Hans Joachim			X
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			X
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig			X
Zacharias Isabell			X
Zeil Martin			
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef			
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	35	87	28